

# Sand im Getriebe 122

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## Die neue Unzufriedenheit mit der Globalisierung

<b>Walden Bello:</b> Eine Rückschau auf die Lehren der Schlacht von Seattle und deren Nachwirkungen	3
<b>Trump und dann?</b> (N. Chomsky, N. Klein, J. Wagner, Faktencheck Europa)	7
<b>Joseph E. Stiglitz:</b> Die neuen Unzufriedenen der Globalisierung	9
<b>Weltsozialforum 2016:</b> Franzisco Mari (Brot für die Welt) – Carolina Sachs und Hugo Braun (Attac De) – Tadzio Müller (Rosa-Lux.-Stiftung) –	10
<b>Erlassjahr: Debt20:</b> Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!	12
<b>G20:</b> Was ist G20 / Ergebnisse des G20-Treffens im September 2016: Stellungnahmen vom internationalen Gewerkschaftsbund, Klimaretter-Info, Oxfam	13
<b>CETA:</b> Danke Wallonien! - Die Auseinandersetzungen gehen weiter	16
Internationaler Gewerkschaftsbund: Alles über <b>TiSA</b>	17
<b>Syrien:</b> Aufruf gegen einen drohenden größeren Krieg / Kampagne „Macht Frieden“	18
Conrad Schuhler: <b>Terror als Mittel zur Überwindung der Demokratie</b>	19
Otto König / Richard Detje: <b>Militärbündnis EU wird ausgebaut</b>	21
Mike Nagler: Eine starke unabhängige <b>Friedensbewegung</b> ist unbedingt notwendig	23
<b>Attac Frankreich: Strategische Ausrichtung</b>	24
Französische Gewerkschaft <b>CGT: Offensiven im Herbst</b>	30
Gérard Gourguechon: Die Herausforderungen des <b>Loi Travail in Frankreich</b>	31
<b>Frontex 2.0.</b> : EU-Grenzschutzagentur bekommt Eingreiftruppe und mehr Kompetenzen gegenüber Nationalstaaten	34
<b>Geflüchtete:</b> Stefan Wilker: Initiativen 50 aus Idomeni / <b>Durchsetzung der Relocation</b>	34
Wissenschaftlicher Beirat von Attac DE: <b>Herbert Schui</b> ist gestorben – wir trauern um ihn	35
Konferenz: <b>Sackgasse EU. Wie kommen wir da raus?</b> von Attac Österreich Konferenz <b>„Rights 4 All Now“</b> - Brüssel am 25. und 26. November – von Alter Summit	36

## Vorwort

*„Die Globalisierung der Finanzmärkte verschärft die wirtschaftliche Instabilität und die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Sie missachtet die Entscheide der Völker und übergeht die demokratischen Institutionen und ihre Souveränität, offizielle Hüter des Allgemeinwohls. Sie ersetzt dieses durch eine rein spekulative Handlungslogik im einzigen Interesse der multinationalen Unternehmen und Finanzmärkte. Diese Umwandlung der Welt wird wie ein Naturgesetz dargestellt, den Bürger und Volksvertretern wird das Recht abgesprochen, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Die herablassende Arroganz, mit der dies geschieht und das Gefühl der Machtlosigkeit, welches so entsteht, führen den antidemokratischen Parteien neue Stimmen zu. - Aus der Plattform der internationalen Bewegung Attac („[Charta](#)“).*

Diese Einschätzung von 1998 wurde leider seitdem mehrfach bestätigt, zuletzt mit den US-Wahlen – an denen sich fast die Hälfte der [Wähler](#) nicht beteiligt hat. Walter Baier sprach von einer „reaktionären Rebellion“ (SiG 120), **Stieglitz** weist auf die „neuen Unzufriedenen der Globalisierung hin“ und stellt fest: „Die Arbeiter wurden in ihrer Verhandlungsmacht geschwächt“, so auch mit dem „**Loi travail**“ in Frankreich: „Die Umkehrung der Hierarchie der Normen im Unternehmen bedeutet die Stärkung der Macht der Unternehmensinhaber.“ (Gérard Gourguechon)

*„Es ist höchste Zeit diesen Prozeß zu stoppen, neue Kontroll- und Regulationsinstrumente zu schaffen, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene“, hieß es weiter in der Attac-Charta. Daraus wurde nichts – nicht mal nach der Finanzkrise 2007. „Für uns ist die Hauptlektion, dass trotz der ideologischen Diskreditierung des Neoliberalismus und des öffentlichen Zorns über die von den Banken angerichteten Verwüstungen die strukturelle Macht des Kapitals immens bleibt und sie es verhindert hat, dass auch nur ein wichtiger Vertreter der Finanzwelt eingesperrt wurde und tiefgreifende Reformen überhaupt in Angriff genommen wurden.“ bilanziert **Walden Bello**. Warum? Es gelang dem Finanzsektor, „die Geschichte von den Ursachen der Krise umzuschreiben und Letztere vollständig dem Staat anzulasten. Dies ist am besten erkennbar am Fall Europas.“ (W.B.)*

Die Erfahrung lehrt uns, - heißt es in der attac-Charta weiter - „nur das entschiedene Engagement der Bürger kann der doppelten Bedrohung der sozialen Implosion und der politischen Hoffnungslosigkeit entgegenwirken.“ Engagement ... z.B. gegen **CETA**, **TiSA**, **TTIP** u.a.m., als **Friedensbewegung** gegen die zunehmende **Aufrüstung der EU**, als Bürger für die Aufnahme von **Geflüchteten**, als Gewerkschaftler (franz. **CGT** - „**Offensiven im Herbst**“) auch gegen die Repression in der Türkei, ....

Wie kann dieses Engagement wirksam werden?

Auf dem **Weltsozialforum** 2016 in Montreal wurde es besprochen, **Attac Frankreich** hat sich auf eine Strategie für die nächsten drei Jahre geeinigt, zwei **Konferenzen** (Attac Österreich /Alter Summit) konzentrieren sich auf die politischen Herausforderungen in Europa.

Und es gibt doch Erfolge. Eine belgische Seite hat sich zur Aufgabe gemacht, „[Gute Nachrichten](#)“ gegen das „TINA“ von Margret Thatcher u.a. zu veröffentlichen. Eine „Gute Nachricht“ ist die Bestätigung der [Gemeinnützigkeit](#) von Attac durch das Hessische Finanzgericht am 10. November 2016.

*In eigener Sache: Seit 2 Jahren haben wir unsere [„Werkstatt“](#) zugänglich gemacht. Wir werden dort ab Dezember jeden Donnerstag weitere Artikel und Leserbriefe veröffentlichen.(mdv)*



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

**Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! [www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org)**

**Der SiG-Newsletter kann abonniert werden: Eintragung hier** (rechte Spalte!)

<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

**Gedruckte Exemplare** von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung in Deutschland per Mail an [sig-abo@gmx.de](mailto:sig-abo@gmx.de).** Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft

**Bis zur Nr. 112: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften** **Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.**

*Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann*

# Walden Bello

## Eine Rückschau auf die Lehren der Schlacht von Seattle und deren Nachwirkungen

*Rede bei der Eröffnungsplenarsitzung der 111. Versammlung der Amerikanischen Soziologischen Gesellschaft im Washington State Convention Center am 19. August 2016*

Die **Schlacht von Seattle** bescherte mir zahlreiche Lektionen, und eine davon ist die, dass Polizistinnen beim Austeilen den Polizisten in keiner Weise nachstehen. Ich wurde von einer Angehörigen der Polizeitruppe von Seattle zusammengeslagen, übel, doch offensichtlich nicht tödlich. Gestern beschloss ich, eine Reise in die Vergangenheit zu machen und den Ort des Verbrechens aufzusuchen. Ich erinnere mich daran, dass ich Medea Benjamin von Code Pink (US-amerikanische pazifistische Bürgerrechtsbewegung, A. d. Ü.) sah, die ziemlich grob behandelt wurde, und ich vorwärts stürmte, um zu versuchen, die Polizei von ihr abzubringen. In diesem Moment hetzte eine Polizistin hinter mir her und begann, mich mit ihrem Schlagstock zu traktieren, gleichzeitig zerrte sie an mir und warf mich auf die Straße, als Gnadenstoß erhielt ich einen gut gezielten Tritt in mein Hinterteil. Doch das war nicht der härteste der Schläge. Der schwerste Schlag traf mein Ego: Ich wurde geschlagen und getreten, aber als nicht haftfähig angesehen.

Wie einst Cäsar möchte ich meine Rede in drei Abschnitte unterteilen. Der erste enthält einige Überlegungen zur Bedeutung Seattles für die Veränderung in den Erkenntnisssystemen. Der zweite beschäftigt sich mit einer Diskussion darüber, wie trotz der tiefen Krise des Neoliberalismus das Finanzkapital es geschafft hat, enorme Macht zu bewahren. Der dritte ist ein Appell für eine neue umfassende Vision der erstrebenswerten Gesellschaft.

### Seattle und die Krise des Neoliberalismus

Wir alle kennen die Theorie von Thomas Kuhn über das Zustandekommen von Veränderungen in den Naturwissenschaften. Unstimmige Daten passen nicht mehr in das alte Paradigma, dann kommt jemand mit einem neuen daher, mittels dessen sie erklärt werden können. Gesellschaftswissenschaftler haben sich Kuhn bei ihren Anstrengungen zu eigen gemacht, die Ablösung und den Ersatz des vorherrschenden Denkens in Politik, Wirtschaft und Soziologie zu erklären. Während die Rolle unstimmiger Daten meines Erachtens ausgiebig erforscht wurde (so zum Beispiel im Falle der Ablösung des Keynesianismus in den späten siebziger Jahren sowie der Theorie von der rationalen Entscheidung und der Markteffizienzhypothese während der laufenden Finanzkrise), hat man bei den Erklärungen für den Wandel innerhalb der Erkenntnisssysteme die Rolle kollektiver Aktionen nicht angemessen berücksichtigt.

Aus meiner Sicht unterstreicht die Schlacht von Seattle die sehr wichtige, wenn nicht **bestimmende Rolle kollektiver Massenkaktionen bei der Verdrängung von Erkenntnisssystemen**. Lassen Sie mich das erklären. Mittlerweile ist allgemein akzeptiert, dass die Globalisierung ein Fehlschlag war hinsichtlich der Einlösung ihres dreifachen

Versprechens: Befreiung der Länder aus der Stagnation, Überwindung der Armut und Verminderung der Ungleichheit. Die anhaltende Weltwirtschaftskrise, deren Wurzeln in der von den Konzernen betriebenen Globalisierung und Liberalisierung des Finanzsektors liegen, hat der Ideologie des Neoliberalismus den letzten Sargnagel beschert.

Doch vor mehr als zwei Jahrzehnten lagen die Dinge ganz anders. Ich erinnere mich noch an den Geruch des Triumphs, der das erste Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Singapur im November 1996 umgab. Dort erklärten uns Vertreter der USA und anderer entwickelter Länder, dass die von den Konzernen vorangetriebene Globalisierung unvermeidlich sei, dass dieser die Zukunft gehöre und dass die einzig verbliebene Aufgabe nun sei, die Politik von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und WTO „kohärenter“ zu gestalten, um schneller zur neoliberalen Utopie einer integrierten Weltwirtschaft zu gelangen.

In der Tat schien die **Wucht der Globalisierung** alles, einschließlich der Wahrheit, vor sich herzuschieben. In dem Jahrzehnt vor Seattle gab es eine Menge Studien, einschließlich Berichten der Vereinten Nationen, die die Behauptung infrage stellten, dass die Globalisierung und die Politik der freien Märkte zu anhaltendem Wachstum und Wohlstand führten. Tatsächlich zeigten die Daten, dass Globalisierung und marktorientierte Politik Ungleichheit und Armut förderten sowie die wirtschaftliche Stagnation, insbesondere im globalen Süden, verfestigten. Dennoch blieben diese Zahlen in den Augen von Akademikern, der Presse und von Entscheidungsträgern „Halbwahrheiten“ anstatt Tatsachen; von diesen Gruppen wurde eifrig das neoliberale Mantra wiederholt, wonach eine wirtschaftliche Liberalisierung Wachstum und Wohlstand fördere. Die im Hörsaal, in den Medien und in politischen Kreisen bis zum Erbrechen wiederholte orthodoxe Sichtweise betrachtete die Kritiker der Globalisierung als moderne Wiedergeburten der Maschinenstürmer oder, wie Thomas Friedman uns abschätzig bezeichnete, als Anhänger der Theorie, die Erde sei eine Scheibe.

**1999 kam dann Seattle.** Nach den turbulenten Tagen in dieser Stadt begann die Presse über die „dunkle Seite der Globalisierung“ zu sprechen, über die durch die Globalisierung geschaffene Ungleichheit und Armut. Danach gab es spektakuläre Absatzbewegungen im Lager der neoliberalen Globalisierung, wie die des Finanziers **George Soros**, des Nobelpreisträgers **Joseph Stiglitz** und des Starökonom **Jeffrey Sachs**. Der intellektuelle Rückzug aus der Globalisierung erreichte 2007 eine Art Höhepunkt in einem umfassenden Bericht einer Gruppe neoklassischer Wirtschaftswissenschaftler, angeführt von Angus Deaton aus Princeton und dem früheren Chefökonom des IWF, **Ken Rogoff**, in dem strikt Folgendes behauptet wurde: Die Forschungsabteilung der Weltbank – die Quelle der meisten Be-

teuerungen, wonach Globalisierung und Handelsliberalisierung zu niedrigeren Armutsraten, anhaltendem Wachstum und weniger Ungleichheit führten – habe die Daten absichtlich verfälscht und/oder ungerechtfertigte Behauptungen aufgestellt.

In der Tat bleibt der Neoliberalismus das Standardthema zahlreicher Ökonomen und Technokraten. Doch schon vor dem jüngsten weltweiten Finanzkollaps hatte er bereits viel von seiner **Glaubwürdigkeit und Legitimität verloren**.

**Wie kam es dazu? Weniger durch Forschung und Debatten als durch Handeln.** Es brauchte die Aktionen von Menschenmassen gegen die Globalisierung in den Straßen Seattles, die in der Art eines Synergismus mit dem Widerstand von Repräsentanten aus Entwicklungsländern hier im Sheraton Convention Center sowie polizeilichen Übergriffen zusammenwirkten und so zum spektakulären Scheitern des WTO-Ministertreffens führten und jene Halbwahrheiten in Fakten, in Wahrheit verwandelten. Und das intellektuelle Debakel, das die Globalisierung in Seattle erlitt, hatte sehr reale Folgen. Heute gibt der *Economist*, die intellektuelle Offenbarung der neoliberalen Globalisierung, zu, dass „*die Integration der Weltwirtschaft an fast jeder Front auf dem Rückzug ist*“ und dass sich aktuell ein Prozess der „*Deglobalisierung*“ entwickelt, der einstmals undenkbar erschien.

**Seattle war, um mit Hegel zu sprechen, ein „weltgeschichtliches Ereignis“.** Dessen bleibende Lektion besteht darin, dass die Wahrheit nicht einfach da ist, objektiv existierend und für alle Ewigkeit. Die Wahrheit wird durch Handeln ergänzt, in die Tat umgesetzt und bestätigt. In Seattle haben ganz normale Männer und Frauen durch gemeinsames Handeln Wahrheit in die Tat umgesetzt und dadurch ein intellektuelles Denkmuster diskreditiert, das als ideologisches Korsett bei der Kontrolle durch die Großunternehmen diente.

Ich möchte nicht behaupten, der Neoliberalismus sei in Seattle besiegt worden. Aber, um eine kriegereische Metapher zu benutzen, Seattle war sicherlich das Stalingrad des Neoliberalismus. Es brauchte eine weitere Dekade, bevor er endgültig zurückgedrängt wurde, und dazu bedurfte es der weltweiten Finanzkrise, die die Theorie der rationalen Entscheidung und die Markteffizienzhypothese hinwegfegte, die die Vorreiterrolle bei der Globalisierung des Finanzsektors gespielt hatten.

## Die anhaltende strukturelle Macht des Finanzkapitals

Doch die Zurückdrängung des neoliberalen Denkmusters ist nur die halbe Geschichte. Selbst in seiner ideellen Krise haben die Kräfte des weltweiten Kapitals ein **hartes Rückzugsgefecht** geführt. Um dies zu belegen, möchte ich nur auf die erfolgreichen Anstrengungen des Finanzkapitals hinweisen, angesichts der nackten Notwendigkeit umfassender Reformen und des gesellschaftlichen Konsenses darüber **jeglicher Veränderung zu trotzen**.

Als sich im **Herbst 2008** unter der Wall Street der Boden auftat, war viel davon die Rede, dass die **Banken** nun bekommen sollten, was sie verdient hätten, man sprach davon, die „Bankster“ (1) einzusperren und ein drastisches Regelwerk aufzustellen. Der gerade gewählte Barack Obama kam an die Macht, indem er Reformen des Bankwesens versprach, und warnte die Wall

Street mit den Worten: „*Meine Regierung ist das Einzige, was zwischen Ihnen und den Mistgabeln steht.*“

**Rund acht Jahre nach dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise ist offensichtlich, dass die dafür Verantwortlichen es geschafft haben, völlig ungestraft davonzukommen.** Und nicht nur das, sie waren auch in der Lage, die Regierungen dazu zu bringen, dass die Kosten der Krise und die Lasten der Sanierung ihren Opfern aufgebürdet wurden.

**Wie gelang ihnen das?**

**Die erste Verteidigungslinie der Banken** bestand darin, die Banken aus dem finanziellen Dilemma zu retten, das sie verschuldet hatten. Die Banken widersetzten sich rundweg dem Druck Washingtons, für gemeinsame Schutzmaßnahmen eigene Mittel zu verwenden. Indem sie den massiven Kursverfall nach dem Untergang von Lehman Brothers ausnutzten, waren die Repräsentanten des Finanzkapitals in der Lage, sowohl die Liberalen als auch die Rechtsaußenkräfte im Kongress zu erpressen, um deren Zustimmung zum 700 Milliarden US\$ schweren Troubled Asset Relief Programm (TARP, US-Programm zur Stabilisierung des Finanzsektors mittels staatlicher Beteiligung an Finanzinstituten, A. d. Ü.) zu erhalten. Eine Verstaatlichung der Banken wurde als unvereinbar mit „amerikanischen“ Werten verworfen.

Indem sie sodann die Defensivstrategie gegenüber Regulierungen anwendeten, die sie im Kongress über Jahrzehnte gefahren hatten, waren die Banken 2009 und 2010 in der Lage, die Dodd-Frank Wall Street Reform und den Consumer Protection Act (Gesetz zum Schutz der Verbraucher, A. d. Ü.) um drei Schlüsselemente zu beschneiden, die als notwendig für eine wirkliche Reform betrachtet wurden: Verkleinerung der Banken, institutionelle Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken, Verbot der meisten Derivate und effektive Regulierung des sogenannten Schattenbanksystems, das die Krise angefacht hatte.

Sie bedienten sich dabei der von Cornelia Woll so bezeichneten **„strukturellen Macht“ des Finanzkapitals**.

Eine Dimension dieser Macht waren die 344 Millionen US\$, die die Industrie in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 für **Lobbyarbeit** im US-Kongress ausgab, als die Gesetzgebung die Reform des Finanzsektors in Angriff nahm. Allein Senator Charles Dodd, Vorsitzender des Bankenausschusses des Senats, erhielt in den Jahren 2007 und 2008 2,8 Millionen US\$ an Zuwendungen aus der Wall Street.

Möglicherweise genauso mächtig wie die fest verwurzelte Lobby der Wall Street waren mächtige, den Bankern gewogene Stimmen im neuen **Regierungsapparat** von Obama, insbesondere Finanzminister Tim Geithner und der Chef des Wirtschaftsrates Larry Summers, die beide enge Mitarbeiter von Robert Rubin gewesen waren, der nacheinander als Kovorsitzender von Goldman Sachs, Finanzminister unter Bill Clinton und Vorsitzender sowie leitender Berater bei der Citigroup fungierte. Schließlich war der Finanzsektor dadurch erfolgreich, dass er die Verteidigung seiner Interessen mit einer der wenigen verbliebenen klangvollen Behauptungen der ansonsten zerfallenden neoliberalen Ideologie verband: Der Staat sei der Ursprung alles Schlechten, was in der Wirtschaft passiert. Während sie von der staatlichen Rettungsaktion profitierte, **gelang es der Wall Street, die Geschichte von den Ursachen der Krise umzuschreiben und Letztere vollständig dem Staat anzulasten**.

Dies ist am besten erkennbar am **Fall Europas**. Wie in den USA war die Finanzkrise in Europa eine angebotsgetriebene Krise. Die großen europäischen Banken strebten nach hochprofitablem Ersatz mit schneller Rendite für die wenig profitablen Investitionen in Industrie und Landwirtschaft, als da waren Immobilienkredite und Spekulationen in Finanzderivate, oder sie legten ihre überschüssigen Mittel in hochverzinslichen Staatsanleihen an. Tatsächlich haben Europas Banken in ihrem Drang, mehr und mehr Profite durch das Ausleihen von Geld an Regierungen, örtliche Banken und Bauträger zu erzielen, Irland, Griechenland, Portugal und Spanien mit 2,5 Billionen US\$ überschwemmt.

In der Folge stieg das Verhältnis von Schulden zum Bruttoinlandsprodukt in **Griechenland** im Jahr 2010 auf 148 Prozent, was das Land an den Rand einer Staatsschuldenkrise brachte. Weil der Schutz der Banken im Vordergrund stand, bestand der Ansatz der europäischen Behörden zur Stabilisierung der griechischen Finanzen nicht darin, die Gläubiger für ihre verantwortungslose Kreditvergabe zu bestrafen, sondern darin, die Kosten der Anpassung ausschließlich den Bürgern aufzubürden.

**Die umgeschriebene Geschichte, nun fokussiert auf den „verschwenderischen Staat“ anstatt auf unregulierte private Finanzstrukturen als Ursache der Finanzkrise**, fand rasch ihren Weg in die USA, wo sie nicht nur zur Sabotage echter Bankenreformen Verwendung fand, sondern auch zur Verhinderung der Verabschiedung eines effektiven Konjunkturbelebungsprogramms im Jahr 2010. Christina Romer, ehemalige Vorsitzende von Barack Obamas Wirtschaftsrat, schätzte den Mittelbedarf für die Beendigung der Rezession auf 1,8 Billionen US\$. Obama bewilligte nur weniger als die Hälfte davon, nämlich 787 Milliarden US\$, wodurch er die republikanische Opposition beschwichtigte, jedoch eine frühzeitige Erholung verhinderte. Somit **fielen die Kosten für den Wahnwitz der Wall Street nicht den Banken, sondern den gewöhnlichen Amerikanern zur Last**, mit Arbeitslosenraten von mehr als 10 Prozent im Jahr 2011 und einer Jugendarbeitslosigkeit, die 20 Prozent überstieg.

**Der Triumph der Wall Street** bei der Zurückweisung der ihr geltenden öffentlichen Empörung in der Folge des Ausbruchs der Finanzkrise zeigt sich im Vorfeld der **Präsidentschaftswahlen von 2016**. Die US-Statistik spricht eine klare Sprache: 95 Prozent der Einkommenssteigerungen zwischen 2009 und 2012 gingen an **das oberste Prozent**, das mittlere Einkommen lag 2014 im Vergleich zu 2000 um 4000 US\$ niedriger, die Konzentration der Finanzvermögen nahm nach 2009 zu, wobei die **vier größten Banken** Vermögen besitzen, die fast 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Dennoch war die **Regulierung der Wall Street kein Thema** in den Vorwahldebatten bei den Republikanern, während sie bei den Debatten der Demokraten ein Randthema darstellte, trotz der wackeren Bemühungen des Kandidaten Bernie Sanders, sie zu einem Schwerpunkt zu machen.

Die politischen Institutionen einer der am weitesten fortgeschrittenen liberalen Demokratien stellten für die fest verwurzelte strukturelle Macht des Finanzestablishments keine Herausforderung dar. Wie Cornelia Woll schreibt: „*Die Hauptlektion aus der Finanzkrise von 2008 und 2009 bestand für die Regierung und den Kongress darin, dass ihre Mittel, die Finanzindustrie zu einem Verhalten zu drängen, das für das Überleben des kompletten Sektors und der Wirtschaft als Ganzes zwingend notwendig erschien, nur sehr begrenzt waren.*“

In **Griechenland** rief die Austeritätspolitik einen öffentlichen Aufstand hervor, der im Referendum vom Juni 2015 über die Rettungsaktion zum Ausdruck kam, bei dem über 60 Prozent der griechischen Bevölkerung die Vereinbarung ablehnten – doch am Ende wurde ihr Wille übergangen, indem die deutsche Regierung Tsipras zu einer demütigenden Kapitulation zwang.

Klar ist, dass die Schlüssel motive dabei waren, die europäische Finanzelite vor den Folgen ihrer verantwortungslosen Politik zu bewahren, indem **das eiserne Prinzip der vollen Rückzahlung von Schulden durchgesetzt wurde und Griechenland zur Warnung anderer, wie Spanier, Iren und Portugiesen, fertig gemacht wurde, damit diese nicht gegen die Schuldenklaverei revoltieren.**

Wie Karl Otto Pöhl, ein früherer Chef der Deutschen Bundesbank, vor einiger Zeit zugab, diente das drakonische Exempel an Griechenland „*dem Schutz deutscher Banken, aber insbesondere der französischen Banken, vor Schuldenabschreibungen*“.

Jedoch ist es wahrscheinlich, dass sich der Sieg der Banken am Ende als ein **Pyrrhussieg** erweisen wird. Die Kombination aus einer tiefen Rezession oder Stagnation aufgrund der Austeritätspolitik, die große Teile Europas und die USA im Griff hat, und dem Fehlen einer Finanzreform ist tödlich. Die daraus erwachsende andauernde **Stagnation** und die Aussicht auf Deflation haben auf Investitionen in die Realwirtschaft zwecks Ausweitung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen abschreckend gewirkt.

Infolge der Blockade der Bemühungen um eine Neuregulierung des Finanzsektors haben die Finanzinstitutionen noch mehr Gründe, das zu tun, was sie vor 2008 taten und was die laufende Krise begünstigte: Engagements in riesige **spekulative Geschäfte**, die darauf angelegt sind, Superprofite aus der Differenz zwischen dem aufgeblähten Preis von Anlagen sowie darauf basierenden Derivaten und dem realen Wert dieser Anlagen zu erzielen, bevor das Gravitationsgesetz zum unvermeidlichen Crash führt.

**Der intransparente Markt für Derivate** wird nunmehr auf 707 Billionen US\$ geschätzt und liegt damit deutlich über den 548 Billionen US\$ im Jahr 2008. Ein Analyst sagte dazu: „*Der Markt ist so unermesslich gewachsen und die Weltwirtschaft riskiert massiven Schaden, sollte nur ein kleiner Prozentsatz dieser Verträge faul werden. Allein das Ausmaß und die möglichen Auswirkungen sind schwer zu erfassen, geschweige denn abzuschätzen.*“ Der frühere Vorsitzende der US-Börsenaufsichtsbehörde, Arthur Levitt, stimmte dem zu, indem er einem Journalisten berichtete, dass keine der nach 2008 erfolgten Reformen „*die Wahrscheinlichkeit einer Finanzkrise wesentlich vermindert hat*“.

**Die Frage ist also nicht, ob, sondern wann eine weitere Blase platzen wird.**

Und für uns hier ist die **Hauptlektion**, dass trotz der ideologischen Diskreditierung des Neoliberalismus und des öffentlichen Zorns über die von den Banken angerichteten Verwüstungen die strukturelle Macht des Kapitals immens bleibt und sie es verhindert hat, dass auch nur ein wichtiger Vertreter der Finanzwelt eingesperrt wurde und tiefgreifende Reformen überhaupt in Angriff genommen wurden.

## Die Notwendigkeit einer neuen umfassenden Vision

Meiner Wahrnehmung nach ist das Weiterbestehen der strukturellen Macht des Kapitals mit der Tatsache verbunden, dass durch die Kombination objektiver Entwicklungen, intellektueller Kritik und kollektiver Aktion die Legitimität des Neoliberalismus zwar ausgehöhlt wurde, **wir jedoch versagt haben bei der Formulierung der kühnen Alternative, die sich mit der Tiefe der Krise des Kapitalismus messen kann, in der wir uns befinden.**

Dort draußen gibt es **eine große, brodelnde Unzufriedenheit** angesichts der zahlreichen vom Kapitalismus ausgelösten Krisen. Ich wünschte jedoch, jemand könnte sagen, was ein großer Revolutionär zu einer anderen Zeit und an einem anderen Ort sagte: „*Es herrscht große Unordnung unter dem Himmel, die Lage ist ausgezeichnet.*“ Unglücklicherweise ist die Lage nicht ausgezeichnet, da viele von denen, die von der konzerngetriebenen Globalisierung überrannt wurden, sich **rechten Demagogen** und Ideologen wie Donald Trump, Marine Le Pen und, in meinem Land, Präsident Rodrigo Duterte zuwenden. Letzterem gelang es, eine große Anzahl von Bürgern davon zu überzeugen, dass Kriminalität und Drogen die Wurzeln der Probleme des Landes sind und dass die beste Kur für die Leiden des Landes darin besteht, sie alle zu töten, Drogenhändler ebenso wie Drogenkonsumenten. Lassen Sie mich sagen, dass in dieser Hinsicht die USA und Europa kein Monopol auf gefährliche rechte Demagogen mit einer aufgeheizten, wütenden Massenbasis haben, zum großen Teil aufgebrachte Leute aus den leidenden Mittelschichten, die einfache Lösungen wollen und bereit sind, Gewalt zu billigen, um des Führers Version des Himmels auf Erden zu verwirklichen. Der entscheidende Unterschied in diesem Punkt ist, dass Ihre Demagogen noch ungeduldig von der Seitenlinie aus der Ergreifung der Macht entgegensehen, während unsere schon mittels Wahlen an die Macht gekommen sind.

Zweifellos besteht ein Teil des Problems darin, dass **die traditionellen Kräfte der Linken es versäumt haben**, ihre Hauptunterstützungsbasis zu schulen, wie zum Beispiel die weiße Arbeiterklasse. Ein anderer Teil war die Unfähigkeit, Minderheiten in der Bevölkerung in die Reihen der Linken zu integrieren, die bis dato die Heimat der Entrechteten und Marginalisierten war, was einige von ihnen dazu brachte, sich radikalen fundamentalistischen Gruppen wie dem IS zuzuwenden. Dadurch gelang es, die sehr realen Verletzungen, die die konzerngetriebene Globalisierung auf vielen Gebieten hinterließ, einerseits mit der Mär von Verdrängung durch und Verbrechen von Einwanderern und andererseits mit den sehr konkreten Fehlern bei der Integration von Einwanderern zu verknüpfen.

Donald Trump, Marine Le Pen und der IS haben in ganz raffiniert Weise die Lücken genutzt, die die Linke aufgetan hatte, diejenigen, die dem Neoliberalismus das Debakel von Seattle beibrachten, und diejenigen, die in der Antiglobalisierungsbewegung und bei Occupy an vorderster Front standen. **Diese Leute haben unsere Früchte geerntet.**

Ich möchte nicht tiefer auf die soziologischen Gründe für ihren Erfolg und unser Scheitern eingehen, weil viele andere das schon getan haben. Jedoch möchte ich eine Frage stellen: Ist es nicht überfällig, dass wir die **höchst ambitionierte Aufgabe der Schaffung einer allumfassenden Vision, einer Sprache und eines Programms angehen**, um die Alternativen klar zu

benennen und auszuarbeiten. **Bernie Sanders** hat diese kühne Aufgabe angenommen, indem er einen „*demokratischen Sozialismus*“ forderte, was auf den Philippinen und im globalen Süden Widerhall fand.

Meines Erachtens **ist es an der Zeit, die Alternative auszuarbeiten**, weil die Gegenseite bereits ihre eigene Alternative in Form des Trumpismus, des Nationalismus und des Brexitismus ausarbeitet und dabei Teile unserer intellektuellen Kritik am Kapitalismus mit dem emotional hoch aufgeladenen Appel verbindet, zu einer idealisierten, von weißer Homogenität, kultureller Reinheit und religiöser Einförmigkeit geprägten Vergangenheit zurückzukehren.

Aus meiner Sicht ist es dringend, dass wir unsere Furcht vor der Formulierung umfassender Geschichten überwinden und **eine Vision entwickeln, die die Überwindung der derzeitigen, vom Kapital verschandelten Welt durch gemeinsame Kämpfe beschreibt**, an deren Ende der Aufbau von Gesellschaften steht, die sich – um ein emotionsgeladenes Wort zu benutzen – den tiefsten Instinkt von Männern und Frauen zu Nutze machen, – nämlich den der **Zusammenarbeit, des Miteinanders**. Natürlich muss ein solches Bestreben auch die Beschränkungen, Fehlschläge und Verzerrungen berücksichtigen, die bei früheren Versuchen, eine postkapitalistische Gesellschaft aufzubauen, auftraten, insbesondere im Umgang mit Fragen der Demokratie, der Geschlechter und der Umwelt.

Normalerweise zitiere ich nicht aus der Bibel, doch findet sich in Sprüche 29, 18 ohne Zweifel ein tiefsinniges Wort: „*Ohne prophetische Offenbarung verwildert das Volk.*“ Tragisch wäre es, überließe man die Menschen den halbherzigen Alternativen, die die **geschichtlich überholte europäische Sozialdemokratie** bereithält, den ermüdenden Clintons in den USA und den wenig anregenden, von den Eliten gesteuerten Reformbewegungen im globalen Süden. Solche politischen Alternativen stellen für die aktuellen konterrevolutionären Bewegungen keine Herausforderung dar.

Ich danke Ihnen.

(1) Zusammenziehung von Banker und Gangster, A. d. Ü.

<https://www.tni.org/en/article/revisiting-the-lessons-of-the-battle-of-seattle-and-its-aftermath>

Übersetzung: Hans-Hermann Bohrer (Coeditrad), SiG-Redaktion

### **Walden Bello: De-Globalisierung - Widerstand gegen die neue Weltordnung (2005)**

Herausgegeben von Oliver Nachtwey und Peter Strotmann

[http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/Bello\\_De-Globalisierung.pdf](http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/Bello_De-Globalisierung.pdf)

#### **Frühere Artikel von Walden Bello in Sand im Getriebe:**

- SiG 22: Mehr verloren als gewonnen - Bilanz des Irak-Krieges
- SiG 25: Ist die Globalisierung zu Ende?
- SiG 29: Marx, Gramsci und die Philosophie des Widerstandes: Interview mit Walden Bello
- SiG 45: Armut wurzelt in einem viel grundlegenderen Problem
- SiG 49: Humanitäre Interventionen: die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin
- **SiG-Extrablatt:** Woran liegt es? Kleine Einführung in die Ursachen des Zusammenbruchs der Wall Street.,
- SiG 61: Im Freien Fall: Zehn Jahre nach der Asienfinanzkrise
- SiG 79: Zehn Jahre nach Seattle
- SiG112: Europa und der Imperialismus

# Trump und dann?

## Warum Trump, Professor Chomsky?

Von Christian Altmeier, [RNZ](#) (Auszüge)

(...) Es hat sich sehr viel Wut und Enttäuschung angestaut über die neoliberale Politik, die die Eliten in der vergangenen Generation gemacht haben. Selbst auf dem Höhepunkt des Wirtschaftsbooms im Jahr 2007 war die Kaufkraft des Einkommens der arbeitenden Bevölkerung in einfachen Jobs geringer als zu Beginn des Neoliberalismus. (...) Die Demokraten haben in den siebziger Jahren aufgehört, die Interessen der weißen Arbeiterschaft zu vertreten. Seitdem scharen sich diese hinter ihren Klassenfeinden von den Republikanern. (...) Weil viele Amerikaner ihre Jobs verloren haben, gibt es eine große Bereitschaft, nach Sündenböcken zu suchen – wie etwa den Einwanderern. Außerdem haben Befragungen ergeben, dass eine überwältigende Mehrheit der Wähler Wandel wollte. Sie waren unzufrieden mit dem status quo. Hillary Clinton aber stand genau für diesen status quo. (...)

Die wichtigste Nachricht dieser Woche ist nicht die Wahl in den USA. Sondern ein Bericht von der Klimakonferenz in Marokko, der zeigt, dass sich die globale Erwärmung beschleunigt und die Eisfläche in der Arktis um 30 Prozent verringert hat. Zur gleichen Zeit hat das mächtigste Land der Erde eine Partei gewählt, die sich die Zerstörung der Menschheit zum Ziel gesetzt hat. Aber alle Medien berichten nur über die oberflächlichen Folgen der Wahl. Ich finde das schockierend.

Trump will die Unterschrift der USA unter das Pariser Klimaabkommen zurücknehmen und er hat jemanden ausgewählt, um die Umweltschutzagentur in den USA de facto abzuschaffen, der den Klimawandel offen bestreitet. (...)

So groß war die Gefahr eines Atomkriegs seit den frühen achtziger Jahren nicht mehr. Die möglicherweise einzige positive Folge des Wahlsiegs von Donald Trump könnte aber sein, dass er dazu beiträgt, die Spannungen an der russischen Grenze zu verringern. Es könnten sich auch neue Spielräume für Deutschland ergeben, hier die Initiative zu ergreifen und die Beziehung zu Russland zu verbessern. Man darf dabei nicht vergessen, dass die Osterweiterung der Nato zu der jetzigen Situation geführt hat.

*Wird Trump tatsächlich eine isolationistische Politik betreiben?*

Nein, das glaube ich nicht. Er will die Ausgaben für das Militär ja noch erhöhen. Und wenn er die Handelszölle erhöhen würde, würde es zu einer starken Erhöhung des Preisniveaus führen. Das würde bestimmt keine Jobs schaffen und seinen Wählern

schaden. (...) Das einzige, was er vermutlich umsetzen wird, ist das Infrastrukturprogramm. Das ist im wesentlichen auch eine gute Maßnahme, die schon Obama vorhatte. Dessen sogenanntes „stimulus programme“ wurde aber von den Republikanern im Kongress gestoppt, weil sie gegen eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben waren. Der frühere US-Vizepräsident Dick Cheney hat über die Haltung der Republikaner zu Staatsschulden einmal gesagt: Schulden spielen keine Rolle. Die Einschränkung, die er nicht gesagt hat, war: Solange Republikaner diese Schulden machen. Spätere Regierungen müssen sich dann um dieses Problem kümmern, wie etwa Bill Clinton, der den Schuldenberg von Ronald Reagan reduziert hat. Daher wird der Kongress Trumps Infrastrukturprogramm zustimmen. (...)

Die Europäer sollten als erstes die Spannungen mit Russland reduzieren, denn diese sind extrem gefährlich. Natürlich spielt dabei auch Russland selbst eine Rolle, aber es gibt durchaus Dinge, die der Westen tun kann. Dann sollte die EU dringend die Austeritätspolitik beenden und damit aufhören, Entscheidungen von den Nationalstaaten auf die Ebene der Brüsseler Diplomatie zu verlagern. Es gibt ja bereits hoffnungsvolle Ansätze dafür, ein demokratisches Europa zu schaffen, das auch unabhängiger von den USA wäre.

Nach dem Wahlsieg Trumps gibt es Sorge vor einem Erstarken des Populismus auch in Europa. Wie lässt sich das verhindern? Indem man richtig darauf reagiert. Ein Weg wäre etwa die Initiative DiEM 25, die ich unterstütze und die sich für ein demokratischeres Europa einsetzt. Was Mut macht ist die Tatsache, dass die jüngeren Wähler mehrheitlich gegen Trump und gegen den Brexit waren. Es gibt also keinen Grund, zu verzweifeln.

## Naomi Klein: Ein breites linkes Bündnis gegen Angst und Hass

Die kanadische Journalistin und Aktivistin Naomi Klein sieht in dem engen Verhältnis der Demokraten zum Neoliberalismus den entscheidenden Grund dafür, dass Trump die US-Präsidentenwahlen gewonnen hat.

In ihrem Kommentar für die Online-Ausgabe des [Guardian](#) vom 9. November stellt sie die These auf, dass die Mehrheit für Trump zeige, dass die USA sich verzweifelt nach einer Änderung der neoliberalen Wirtschaftsweise sehne. Menschen, die ihren sozialen Status, ihre Sicherheit und ihre Identität verloren haben, wählten Trump, da Hillary Clinton und ihre Wahlkampfmaschine für das verhasste Davos-Establishment

ständen. Trump sowie auch die Brexit-Kampagne trafen bei Menschen einen Nerv, die sich als Verlierer der Globalisierung sehen. Das gelte aber genauso für die recht nationalen Bewegungen, die sich überall in Europa formiert haben und die mit Rückfällen in Nationalismus, Fremdenhass und Frauenfeindlichkeit vermeintliche Antworten auf die Herausforderungen der globalisierten Welt gaben.

Klein folgert, dass sich angesichts dieser Entwicklungen eine wirkliche Linke formieren muss. Für die USA sei das eine Linke, die politisch eine Art grünen New Deal anstrebe, in dem institutionalisierter Rassismus, ökonomische Ungleichheit und der Klimawandel bekämpft werden könnten. Vorbild seien dafür Entwicklungen in Kanada wie das „[Leap-Manifest](#)“ zeige. Klein sieht Anzeichen dafür, dass es ausgehend von [Bernie Sanders](#) bis zu Nina Turner und Elizabeth Warren bei den Demokraten gegenwärtig ein linkes Kraftfeld gebe, das zum Aufbau eines linken Bündnisses mit anderen Organisationen fähig sei. Deshalb appelliert sie, so schnell wie möglich die Schockstarre, die der Wahlsieg Trumps bei vielen ausgelöst hat zu überwinden und alle Energie in den Aufbau einer Gegenbewegung zu Angst und Hass zu stecken.  
*Zusammenfassung: SiG-Redaktion*

## Jürgen Wagner Donald Trump: Zweischneidiges Schwert als EU- Rüstungskatalysator?

(...) Blendet man die – zahlreichen extrem problematischen – Vorhaben und Äußerungen zur Innenpolitik aus, die Trump im Wahlkampf von sich gab und betrachtet lediglich mögliche außenpolitische Folgen, so fällt eine erste vorsichtige Bewertung **zweispaltig** aus.

Unterstellt man dabei, dass Trump sich im Großen und Ganzen an den Positionen orientieren wird, die er in seinen wenigen Grundsatzreden formulierte, so finden sich darin positive Ankündigungen, beispielsweise ein entspannteres Verhältnis zu Russland anzustreben, die aber fast im selben Atemzug von Aussagen konterkariert werden, wie etwa den iranischen Atomdeal einzukassieren und eine massive Aufrüstung des Militärs einleiten zu wollen. Überdies ist auch fraglich, inwieweit er überhaupt seine Wahlkampfankündigungen wahr machen kann oder auch will. Einmal, weil bestimmte Vorhaben Trumps – etwa seine Ablehnung des „Transatlantischen Partnerschafts- und Investitionsabkommen“ (TTIP) – auf mächtigen Widerstand in der US-Industrie stoßen dürfte, aber auch, weil Trump nicht gerade große Begeisterung für außenpolitische Fragen nachgesagt wird. Es könnte

also durchaus auch möglich sein, dass er die Außen- und Militärpolitik im Wesentlichen an sein Kabinett delegieren wird. Doch auch hier geben die bislang gehandelten Kandidaten kein klares Bild ab, sodass Einschätzungen zur künftigen US-Politik zu diesem Zeitpunkt zwangsläufig einen stark spekulativen Charakter haben.

Eines zeichnet sich allerdings bereits jetzt schon ab, nämlich, **dass die Wahl Donald Trumps als Katalysator für die intensivste Militarisierung der Europäischen Union genutzt werden soll.** Egal welcher Politiker zu den Konsequenzen der Wahl befragt wurde, sie alle waren sich einig in der Schlussfolgerung, die EU habe nun überhaupt keine andere Möglichkeit, als nun mit einem großen Militarisierungssprung nach vorn zu reagieren.

Weiter: [IMI-Standpunkt 2016/036](#)

## Faktencheck: Europa Nr. 2 Der Stammtisch zu Donald Trump

Es wird an manchem Stammtisch überlegt, ob es nicht positive Aspekte bei diesem Wahlausgang geben würde.

**Erste Behauptung** aus dem Mund des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen: „*Es lässt sich überhaupt nicht sagen, was Trump machen wird.*...“

**Antwort FCE:** (...) Trump hat viele präzise Programmpunkte formuliert. So die Senkung der Unternehmenssteuern, die Abschaffung der waffenfreien Zonen in Schulen oder den Stopp für die Gesundheitsreform („Obamacare“). Aber selbst wenn Trump so dumm sein sollte, wie Röttgen ihn hinstellt: Die USA sind, wie Deutschland, eine Klassengesellschaft. (...) Die Vertreter dieser Klasse, also die Bosse von Konzernen, Banken, Hedge Fonds und die Top-Militärs werden Trump gegebenenfalls ihr Programm ins Notizheft schreiben bzw. oder auf den Teleprompter werfen. Ein Wirtschaftsberater von Trump, **Feinberg**, kontrolliert den Hedgefonds Cerberus; ein anderer, **Paulson**, verfügt über ein Privatvermögen von schlanken 10 Milliarden US-Dollar und steht auf der Liste der 100 Reichsten der Welt.

**Zweite Stammtisch-Behauptung:** Trump spricht die Sprache der kleinen Leute und will diese vertreten. So versprach er nach seiner Wahl erneut „25 Millionen neue Arbeitsplätze“ und eine „Verdopplung des Wirtschaftswachstums“ zu schaffen.

**Antwort FCE:** Trump ist Milliardär. Er hat gezeigt, dass er nicht zu der minikleinen Gruppe derjenigen Reichen gehört, die ihr Vermögen und ihre Privilegien in den Dienst der kleinen Leute stellen. Trumps gesamtes Leben – und er kann auf ein halbes Jahrhundert Berufsleben zurückblicken – bestand darin, dass er kleine Leute schikanierte und mit Verachtung bedachte. Er hat

Plaiten hingelegt, und dann kleine Handwerker und kleine Unternehmer im Regen stehen lassen. Er will die Unternehmenssteuern senken und schreibe von 35 auf 15 % und den Spitzensteuersatz von 39,6 auf 33 % senken. Wohlgemerkt: Das sind Steuern für Reiche und Konzerne, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereits drastisch gesenkt wurden. Seinen Aufstieg als Medienstar absolvierte er mit einer TV-Serie, die in seiner zynischen Standardfloskel endete „You’re fired – Sie sind entlassen!“. Ja, Trump wird das Wirtschaftswachstum vielleicht steigern. Aber wie konkret? Indem er noch rücksichtsloser als bislang Fracking und Öl- und Erdgasexplorationen zulässt. Indem er Umweltschutzmaßnahmen und Klimaziele beiseite fegt. Indem er den fast zügellosen Raubtierkapitalismus von allen Fesseln befreit.

**Dritte Stammtisch-Behauptung:** Trump findet, dass Putin, so wie er selbst, ein harter Kerl ist. Und dass er sich „mit dem Kerl verständigen“ könne. Er will das US-Engagement in der Welt reduzieren und vielleicht sogar die US-Mitgliedschaft in der Nato zur Disposition stellen. Das kann doch nur gut sein, weil damit die Kriegsgefahr reduziert wird.

**FCE-Antwort:** Vergleichbare Sätze müssen eher als wahlkampfbedingt gesehen werden. Einmal abgesehen davon, dass Trump auch auf diesem Gebiet ganz anderes sagte – durchaus auch im Wahlkampf. So will Trump das Iran-Atomabkommen aufkündigen. (...) Vor allem sei nochmals darauf verwiesen, dass Trump als US-Präsident nicht primär ein Individuum ist. So wie Mussolini, Hitler und Franco oder auch Thatcher nur im Zusammenhang mit den jeweils herrschenden Kreisen gesehen werden können. Ein wesentlicher Bestandteil des Machtkartells in den USA ist der militärisch-industrielle Komplex. Dieser drängt auf eine weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben. Trump hat dieser Position – mehr Rüstung – durchaus zugestimmt. Unter ihm werden auch der Sicherheitsapparat, die Geheimdienste und die Repressionsorgane weiter ausgebaut werden, was denselben Industrien zugute kommt.

Mit Putin mag Trump sich auf der individuellen Ebene vergleichen – wobei Putin ja auch Autokrat ist und im eigenen Beritt, siehe Tschetschenien, auch mit äußerster Brutalität vorgehen kann. Doch kommt es zu einem Konflikt zwischen den USA und Russland, so kann dies schnell in erbitterte Feindschaft und Aggression umschlagen. George W. Bush und W. Putin hatten zunächst ja auch ein „gutes Verhältnis“ (inklusive eines gemeinsamen Schnellboottrips und dem gemeinsamen Fischen auf dem Familienferienwohnsitz der Bushs). Doch die Freundschaft hielt nicht lange. Und es war das objektive Interesse des US-Kapitals, die eigene Hegemonie zu erhalten und (z.B. in der Ukraine und in Syrien) auszuweiten, die

letzten Endes erneut zum Clash mit Russland und zur Politik der Einkreisung Russlands führten.

**Vierte Stammtisch-Behauptung:** Was mit dem Trump-Wahlsieg passierte, ist ein unglücklicher Ausrutscher in den USA. Darüberhinaus könnte „sowas“ in Europa nicht passieren.

**FCE-Antwort:** Der „unmögliche“ Trump ist auch als US-Präsident nicht ganz so einmalig. US-Präsident Nixon hatte einen ähnlich aggressiven und infantilen Charakter. Und (...) Reagan wurde dann zum Frontmann der neoliberalen Offensive – wobei auch er im Hintergrund klug gesteuert wurde. Nixon scheiterte – jedoch nur, weil es die starke Antikriegsbewegung gab, die wiederum den Rückhalt für den bewunderten investigativen Journalismus bildete, der in der Watergate-Affäre so entscheidend war.

Kein Trump in Europa? Warum haben dann die Frontfrauen des Front National und der AfD Trump mit als erste gratuliert? Weswegen lobpriesen Viktor Orban (FIDEZ) in Ungarn und Heinz-Christian Strache (FPÖ) in Österreich den Wahlsieg Trumps als wäre es der eigene? Die Rechte in Europa und Trump in den USA sind Fleisch vom Fleische. Der Unterschied ist „nur“ ein doppelter: Erstens gibt es bislang insbesondere in Deutschland noch keine Führerfigur wie Trump eine ist und die das durchaus vorhandene Massenpotential zu mobilisieren weiß. Und zweitens gibt es bislang in Deutschland noch keine relevante Kapitalfraktion und keine Großkonzerne, die auf einen Volkstribun und auf einen Frontalangriff auf demokratische Rechte setzen.

**Bilanz:** Trump hat ein Programm. Und er steht mit seiner Person für dieses Programm. Die entscheidende Frage wird sein: Gelingt es, einen ausreichend großen Widerstand gegen die Umsetzung dieses Programms von Manchesterkapitalismus und Brutalo-Imperialismus zu mobilisieren?

[Faktencheck](#)

## Bündnis für die Beendigung der israelischen Besatzung: Trump über Israel und Palästina

Hierzu gibt es ein Statement vom 2. November 2016, verfasst von Jason Dov Greenblatt und David Friedman; die beiden sind Vorsitzende des Trump’schen Beratungskomitees zu Israel.

Im Statement im [englischen Original](#) oder in leicht verkürzter [deutscher Übersetzung](#) wird unverhohlen erklärt, dass die (völkerrechtlich illegalen) Siedlungen „kein Hindernis für den Frieden“ und das „palästinensische Volk eine Erfindung“ sei. Das ist noch nationalistischer als Netanjahus Position.

Zum Thema auch [Haaretz](#).

# Joseph E. Stiglitz

## Die neuen Unzufriedenen der Globalisierung

*In armen Weltregionen wenden sich die Menschen schon lange von der Globalisierung ab. Neu kommen Millionen in hochentwickelten Ländern dazu. Es ist das Ergebnis eines Versagens auf breiter Front. Vor 15 Jahren schrieb ich ein kleines Buch mit dem Titel **Die Schatten der Globalisierung**. Es beschrieb den wachsenden Widerstand in den Entwicklungsländern gegen Reformen, die die Globalisierung vorantreiben sollten. Das schien damals unverständlich: Den Menschen in den Entwicklungsländern war gesagt worden, die Globalisierung würde dazu führen, dass es ihnen insgesamt besser ginge. Warum standen so viele Menschen ihr so feindselig gegenüber?*

### **Handel: In immer mehr Industrienationen Ärgernis**

Inzwischen sind zu den Globalisierungsgegnern in den Schwellen- und Entwicklungsländern dutzende von Millionen in den hochentwickelten Ländern hinzugekommen. Meinungsumfragen, darunter eine sorgfältige Studie von Stanley Greenberg et al. für das Roosevelt Institute, zeigen, dass der Handel für einen großen Teil der Amerikaner zu den wichtigsten Quellen der Unzufriedenheit zählt. Ähnliche Ansichten sind in Europa erkennbar.

Wie kann etwas so verhasst sein, das laut unseren führenden Politikern – und vielen Ökonomen – dazu führen würde, dass es allen besser geht?

Eine manchmal von den diese Politik befürwortenden neoliberalen Ökonomen zu vernehmende Antwort ist, dass es den Menschen tatsächlich besser ginge; es sei ihnen nur nicht bewusst. Ihre Unzufriedenheit sei eine Sache für Psychiater, nicht Ökonomen.

### **Neoliberale: Ab auf die Couch**

Doch Einkommensdaten legen nahe, dass es die Neoliberalen sind, die von einer Therapie profitieren dürften. Grossen Bevölkerungsegmenten in den hochentwickelten Ländern geht es nicht gut: In den USA leiden die unteren 90 Prozent seit einem Dritteljahrhundert unter stagnierenden Einkommen. Das Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter männlicher Arbeitnehmer ist real (inflationbereinigt) tatsächlich niedriger als vor 42 Jahren. Und ganz unten sind die Reallohne mit dem Niveau von vor 60 Jahren vergleichbar.

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Nöte und Verschiebungen, die viele Amerikaner erleben, zeigen sich sogar in der Krankenstatistik. So haben die Ökonomen Anne Case und Angus Deaton (der diesjährige Nobelpreisträger) gezeigt, dass die Lebenserwartung in einigen Segmenten weisser Amerikaner zurückgeht.

In Europa liegen die Dinge ein bisschen besser – aber nur ein bisschen.

### **Mittelschicht verliert**

Einige wichtige Erkenntnisse bietet **Branco Milanovics** neues Buch **Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization**. Es betrachtet die großen Einkommensgewinner und -verlierer der beiden Jahrzehnte zwischen 1988 und 2008. Zu den großen **Gewinnern** gehörten die globalen 1 Prozent – die Plutokraten unserer Welt –, aber auch die Mittelschicht in neuen Schwellenländern. Zu den großen **Verlierern** – die nur geringe oder gar keine Einkommenszuwächse erzielten – gehörten die Armen und die Mittel- und Arbeiterschicht in den hochentwickelten Ländern. Die Globalisierung ist nicht der einzige Grund hierfür, aber sie ist einer der Gründe. Geht man von perfekten Märkten aus (eine Annahme, die den meisten neoliberalen Wirtschaftsanalysen zugrundeliegt), gleicht der Freihandel die Löhne ungelerner Arbeiter weltweit an. Der Warenhandel ist ein Ersatz für Migration. Waren aus China zu importieren – deren Produktion eine Menge ungelerner Arbeiter erfordert –, verringert die Nachfrage nach ungelerten Arbeitern in Europa und den USA. Dieser Mechanismus ist so stark, dass es – gäbe es keine Transportkosten und hätten die USA und Europa keine andere Quelle von Wettbewerbsvorteilen, etwa im Bereich der Technologie – so wäre, als würden letztlich immer mehr chinesische Arbeiter in die USA und nach Europa auswandern, bis das Lohngefälle vollständig beseitigt wäre. Es überrascht nicht, dass die Neoliberalen diese Folge der Handelsliberalisierung unerwähnt ließen, als sie behaupteten – man könnte auch sagen: die Lüge erzählten –, dass alle profitieren würden.

### **Vertrauen untergraben**

Dass die Globalisierung die Versprechen der etablierten Politiker nicht erfüllt hat, hat das Vertrauen in das «Establishment» ganz eindeutig untergraben. Und die Tatsache, dass die Regierungen den Banken, die die Finanzkrise von 2008 verursacht hatten, großzügige Rettungspakete anboten, während sie die Normalbürger weitgehend im Stich ließen, verstärkte die Ansicht, dass dieses Versagen nicht bloß eine Frage wirtschaftlicher Fehlurteile sei.

In den USA widersetzten sich die Republikaner im Kongress sogar Hilfen für diejenigen, die unmittelbar durch die Globalisierung geschädigt wurden. Allgemeiner gesprochen haben sich die Neoliberalen, anscheinend aus Angst vor Fehlanreizen, staatlichen Sozialmassnahmen widersetzt, die die Verlierer geschützt hätten.

Aber sie können nicht beides haben: Wenn die Globalisierung den meisten Mitglie-

dern der Gesellschaft nutzen soll, müssen starke Maßnahmen zur sozialen Absicherung greifen. Die Skandinavier haben dies schon vor langer Zeit erkannt; es war Teil des Gesellschaftsvertrages, der eine offene Gesellschaft am Leben erhielt, die der Globalisierung und dem technologischen Wandel aufgeschlossen gegenüberstand. Neoliberale anderswo haben es nicht erkannt und erhalten heute bei den Wahlen in den USA und Europa die Quittung.

### **Banken und Multis begünstigt**

Die Globalisierung ist natürlich nur ein Aspekt des Geschehens; die technologische Innovation ist ein anderer. Insgesamt jedoch sollten Öffnung und Wandel uns reicher machen. Und die hochentwickelten Länder hätten politische Maßnahmen umsetzen können, um zu gewährleisten, dass die Gewinne breiten Schichten zugute kommen.

Stattdessen haben sie eine Politik verfolgt, die die Märkte auf eine Weise umstrukturiert hat, welche die Ungleichheit verstärkt und die Wirtschaftsleistung insgesamt untergraben hat, und als die Spielregeln neu geschrieben wurden, um die Banken und Großunternehmen – die Reichen und Mächtigen – auf Kosten aller übrigen zu begünstigen, verlangsamte sich das Wachstum sogar. Die Arbeiter wurden in ihrer Verhandlungsmacht geschwächt. Zumindest in den USA hielt das Kartellrecht nicht mit der Entwicklung Schritt, und die bestehenden Gesetze wurden nur in unzureichender Weise durchgesetzt. Die Finanzialisierung beschleunigte sich, während sich Unternehmensführung und -kontrolle verschlechterten.

### **TTIP geht in die falsche Richtung**

Heute müssen wir, wie ich in meinem aktuellen Buch *Rewriting the Rules of the American Economy* beschrieben habe, die Spielregeln erneut ändern, und dies muss Maßnahmen zur Zählung der Globalisierung mit umfassen. Die beiden neuen großen Abkommen, auf die US-Präsident Barack Obama drängt – die Trans-Pazifische Partnerschaft zwischen den USA und elf Pazifik-Anrainerstaaten, und die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA – sind Schritte in die falsche Richtung. Die zentrale Botschaft von *Die Schatten der Globalisierung* lautete, dass das Problem nicht die Globalisierung an sich sei, sondern die Weise, wie der Prozess gesteuert würde. Leider hat sich diesbezüglich nichts geändert. Fünfzehn Jahre später tragen nun die neuen Unzufriedenen diese Botschaft heim in die hochentwickelten Volkswirtschaften. *Economy*.

[www.project-syndicate.org](http://www.project-syndicate.org); in *Handelszeitung.ch* erschienen

## Francisco Marí, Brot für die Welt Weltsozialforum: Vielfalt gemeinsam Denken!

(...) Die großen Vorlesungssäle waren nur selten ganz gefüllt. In den vielen Gebäuden der verschiedenen Universitäten von Montreal ging es ruhig und sachlich her. Vielleicht auch deswegen, weil teilweise die Übersetzung fehlte und deshalb alle zwang, sich gut gegenseitig zuzuhören.

Fast 160 Veranstaltungen fanden parallel statt, und dies zweimal am Tag und über drei Tage lang. Insgesamt gab es nahezu 1.200 Debattenangebote, meist im klassischen Stil organisiert, mit PanelistInnen und Präsentationen und oft als Gemeinschaftsveranstaltung verschiedener Gruppen – anders als auf den vorangegangenen Foren. Bisher wurde insbesondere von großen Organisationen das Sozialforum zur Selbstdarstellung ihrer Arbeit genutzt. Auch Brot für Welt trat diesmal mit drei Veranstaltungen zu Klima- und Rohstoffthemen recht bescheiden gegenüber früheren Jahren auf. Doch insgesamt waren es dann doch sehr viele Veranstaltungen – zu viele, um sich wirklich einen Überblick zu verschaffen, auch wenn alle sich in eine von dreizehn Themenachsen einordnen mussten. Dazu fanden noch sogenannte Konvergenz-Veranstaltungen statt, die die Ergebnisse der Workshops mit ähnlichen Themen etc. zusammenfassten und einen Ausblick gaben auf zukünftige Vernetzungen oder gemeinsame Aktionen vorbereiteten. Es gab Versammlungen zu Steuerflucht, Solidarität mit Palästina, Migration, Klimagerechtigkeit, Agrarökologie, Militarisierung oder zu Bildungsfragen.

Die Anzahl von Workshops mit ähnlichen Themen war schon immer ein Gradmesser für die gegenwärtig von sozialen Bewegungen verfolgten Schwerpunkte. Dabei zeigt sich der Wandel des Diskurses auf den Weltsozialforen meist an der angebotenen Anzahl von Veranstaltungen unter einer der [Themenachsen](#).

### Spitzenthema Grundrechte

Absoluter Spitzenreiter waren diesmal mit fast 180 Veranstaltungen Diskussionen zur **Themenachse 7: „Menschen- und soziale Rechte, Würde und Kämpfe gegen Ungleichheit.“** Eine Tendenz, die sich schon auf den Weltsozialforen 2013 und 2015 in Tunis zeigte. Eigentlich verbriefte Grundrechte werden eingeklagt. Dabei geht es, wie im arabischen Frühling, bei Bewegungen in Südeuropa, aber auch in Indien, Myanmar, Thailand oder Bangladesch genauso wie in Afrika darum, der Menschenwürde Geltung zu verschaffen. Dies soll nicht abstrakt geschehen. Daher waren folgerichtig die Veranstaltungen unter der **The-**

**menachse 1: „Wirtschaftliche, soziale und solidarische Alternativen angesichts der kapitalistischen Krise“**, diejenigen mit den zweitmeisten Nennungen. Um die dort diskutierten Alternativen zu erstreiten, bedarf es einer wachen Demokratie und sozialer Bewegungen. Daher landete wohl diese Themenachse im Ranking an dritter Stelle mit rund 120 Veranstaltungen. Aufgrund der starken Beteiligung der angereisten Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den genannten Foren werden die dort geführten Debatten programmatisch dem Namen „Weltsozialforum“ immer gerechter. Da ist dann auch nicht mehr erstaunlich, dass das große Thema der ersten Weltsozialforen, als das Sozialforum noch Gegenpart zum Weltwirtschaftsforum in Davos war, die Themenachse „Kampf gegen die Diktatur der Finanzmärkte“ (Nr. 9), es nur noch auf ganze 25 Veranstaltungen gebracht hat.

Gute Mittelplätze im Ranking der Veranstaltungszahl, als Seismograph für die gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen, belegen die Themenachsen: Medien- und Klimagerechtigkeit und internationale Solidarität (Themen 5+6). Hingegen sind Migrations- und Rassismus Fragen (Themen 4+5) besonders im Vergleich mit den beiden vorhergehenden Weltsozialforen in Tunis unterbelichtet, mit nur etwa sieben Veranstaltungen, ebenso Veranstaltungen zu Friedenskultur und kriegerischen Konflikten.

### 30.000 Teilnehmende für konkrete Veränderungen

Auch wenn fast [1.200 angebotene Workshops](#), in denen ca. 30.000 Interessierte mitdiskutiert haben, nur ein Ausschnitt der globalen Bewegungen zur Gesellschaftsveränderung sind, so zeigen sie doch, wieviel konkreter inzwischen die Auseinandersetzungen für „eine bessere Welt“ geworden sind und sie der großen Entwürfe von Gesellschaftsveränderung, wie sie noch zu Beginn der Sozialforen dominierten, gar nicht mehr bedürfen, um aktiv zu werden.

Dennoch ist die geringe Repräsentanz von Fragen zu Migration oder auch zu Landwirtschaft und Ernährung Ausdruck davon, dass es 2016 ein **Weltsozialforum im globalen Norden** ist. In den Fragen Demokratiedefizite und sozialer Ungerechtigkeit scheinen Nord und Süd ähnliche Diskurse zu führen, besonders da viele Teilnehmende aus Schwellenländern kamen, wie Indien oder Brasilien und auf Aktivistinnen und Aktivisten ausgegrenzter sozialer

Schichten aus Kanada und USA trafen. Aber auch Menschen aus Südafrika, Ghana oder Kenia, also den wirtschaftlich besser dastehenden Ländern, konnten mitreden, wenn es um das Fehlen von Partizipation und Demokratie oder soziale Ausgrenzung durch reiche Eliten geht.

### Klimawandel und Rohstoffhunger jenseits von Nord-Süd

Zwei weitere Bereiche wurden jenseits jedes Nord-Süd-Gegensatzes diskutiert, ohne die jeweils unterschiedliche Verantwortung zu verwischen. Das waren zum einen die Folgen des Klimawandels und zum anderen die Auswirkungen des Rohstoffhungers von Konzernen. Das ist kaum erstaunlich, wenn man weiß, dass in Kanada 70 Prozent der größten Bergbaukonzerne der Welt ihren Sitz haben und sich mit der neuen Regierung in Kanada ein neues Bewusstsein zur Klimafrage im Land entwickelt. Insbesondere bei der Bewertung des Pariser Klimagipfels wurden unterschiedliche Meinungen nicht kaschiert. So wurde verabredet, zugunsten der durch Klimawandel gefährdeten Gruppen weiter auf die Verantwortung der Industriestaaten zu pochen und den Menschen auf untergehenden Inseln, auf verdorrten Weiden oder die durch Unwetter obdachlos geworden sind, eine Stimme für Klimagerechtigkeit zu geben.

### Zeitpunkt und Ort führten zu weniger Andrang

Ungewohnt war – da die letzten drei Foren in Afrika stattfanden – dass nicht viele Teilnehmende von dort angereist waren. Nicht allen Menschen aus Afrika wurden Visa verweigert, die meisten hatten kein Geld, um nach Kanada zu reisen oder konnten ihre Visa erst spät beantragen. Bei allen bisherigen Weltsozialforen hing die endgültige Zahl der Teilnehmenden vor allem von der Beteiligung aus dem Gastgeberland ab. Leider ist in Kanada derzeit auch Ferienzeit, vor allem für die Studierenden – ansonsten könnte das Forum auch nicht in allen Universitätsgebäuden stattfinden – und viele leben nicht in der Stadt während der vorlesungsfreien Zeit. Trotzdem haben aus dem ganzen Land und aus den angrenzenden USA viele AktivistInnen und Interessierte teilgenommen, manchmal kamen sie auch nur für ein Tag. Zu guter Letzt haben doch 30.000 registrierte Teilnehmende ihren Weg nach Montreal gefunden.

Es gab viele beeindruckende Gäste auf dem Weltsozialforum; sie alle aufzuzählen ist unmöglich, aber um ein Beispiel von der

Spannbreite der Debatten zu geben, seien hier zwei Vortragende vorgestellt.

### Kampagnenerfolge für Textilarbeiterinnen

[Kalpona Akter](#) von der Gewerkschaftsbewegung der Textilarbeiterinnen in Bangladesch berichtete aus der Zeit nach dem Einsturz der Fabrik im Rana Plaza Gebäude, wo 1.250 Menschen ihr Leben verloren. Trotz des heftigen Widerstands der einheimischen Fabrikbesitzer haben Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen, wie der Clean Cloth Campaign, von Gewerkschaften, aber vor allem auch von Konsumentinnen und Konsumenten im Norden - so Akter - einiges verbessert. Zumindest bei den großen Zulieferbetrieben hat ein Umdenken in Bezug auf Gewerkschaftsrechte stattgefunden.

Ein neues Gesetz zwingt Betriebe unter der Bedingung, dass Gewerkschaften mindestens 30 Prozent der Beschäftigten organisieren, die Fabrikbesitzer dazu, die Organisationsfreiheit ihrer Beschäftigten zu akzeptieren. Kalpana Akter berichtete davon, dass die Zahl der Betriebe mit gewerkschaftlicher Vertretung von 40 auf 300 Fabriken gestiegen sei. 65 Prozent der Gewerkschaftsvorstände wären nun Frauen. Die Zahl der Todesfälle in den Fabriken ist von 200 auf 20 in einem Jahr zurückgegangen. Dies wäre ohne den Druck auf die Handelsketten wie H&M, Walmart, Carrefour oder Primark durch die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU oder den USA nicht möglich

gewesen. Daher antwortete die Aktivistin auf die Frage einer Journalistin ablehnend, ob die Arbeiterinnen einen Kaufboykott in den Billigläden unterstützen würden. Sie möchten ihre Arbeitsbedingungen verbessern, besonders auch in den Subunternehmen, in denen sich leider nicht viel Positives bewegt. Ein Kaufboykott würde nur dazu führen, dass die Betriebe weiterzögen, zum Beispiel nach Afrika, wo sie unter den gleichen ausbeuterischen Bedingungen wieder produzieren würden. Kalpona Akter forderte die Kundinnen und Kunden in Kanada und anderen Industriestaaten auf, anstatt den Kauf der Kleidung zu boykottieren, die Textilläden mit ihren Billigpreisen zu konfrontieren und nachzufragen, wie solche Preise zustande kämen.

### Freie Software auf dem Weltsozialforum

Ein ganz [anderes Thema](#) sprach der Star der „Freien Software“, Richard Stallmann, vor dem überfülltem Hörsaal in der McGill Privatuni an. Viel zu selten, auch nicht auf den Weltsozialforen, wird die tagtägliche Überwachung des privaten Raumes durch die Datenkraken Facebook, WhatsApp, Skype, aber auch von Microsoft und Apple angesprochen. Warum eigentlich nicht? Der Kampf um soziale Rechte muss auch fordern, die Privatsphäre zu schützen. Aber im Gegenteil, durch Nutzung von Software, mit unbekanntem Überwachungsfunktionen, besonders durch die Smartphones, beteiligen wir uns an der Unterhöhlung des Rechts auf den persönlichen Raum. Der

Begründer des GNU-Betriebssystems, das später unter GNU/Linux weite Verbreitung fand, ist auch der Vorkämpfer für „Freie Software“, wobei er betont: Frei heißt nicht umsonst!

Dem Kampf einer lückenlosen Überwachung und Zwangssteuerung von Nutzenden setzt er die völlige Transparenz bei der Programmarchitektur entgegen: die sogenannten Quellcodes. Wer diese kennt, kann mit anderen, auch Nicht-ExpertInnen besprechen, wie und was er oder sie mit der Software anfangen wollen und ob diese nicht nach eigenen Bedürfnissen umprogrammiert werden kann. Das ist die Befreiung von der Fremdsteuerung. In keinem Fall dürfe der Kampf gegen Konzerne und Politik für die, wie wir in Deutschland sagen, informationelle Selbstbestimmung aufgegeben werden. Gleichgültigkeit oder Mutlosigkeit würden sonst gerade im Hinblick auf soziale Bewegungen zu schneller Überwachung und einfacher Kriminalisierung führen. Wer sich nicht damit auseinandersetzt, würde - so Richard Stallmann - offenen Auges zusehen, wie Protest und Widerstand im Keim dadurch erstickt werden kann, dass die Datenkraken das ganze Leben aller Menschen erfassen.

Richard Stallmann hat recht, und es war leider die einzige Veranstaltung, die sich damit beschäftigte, aber andauernd liefen über Twitter unter #fsm2016 die neuesten Nachrichten über das Forum, damit auch jeder darauf zugreifen konnte, wer, wo und wann gerade etwas kommentiert. Schöne neue Welt! Quelle: [Brot für die Welt](#)

## Carolina Sachs, Hugo Braun Weltsozialforum 2016 in Montreal

Zum 13. Mal führte das WSF Menschen aus vielen Teilen der Welt über Grenzen und politische Anliegen hinweg zu gemeinsamen Diskussionen zusammen. In diesem Sinne stellte sich, dieses erstmals im Globalen Norden organisierte WSF, auch wieder als das „Anti-Davos“ vor, also die Artikulierung des globalen Widerstands gegen Weltherrschaft der Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne. **Themen wie Armut, Ungleichheit, Klimawandel, Finanzmarktkrise, Freihandel, wachsender Rechtstremismus, Islamophobie und Migration** waren Kernpunkte, die zu der Erkenntnis der Sozialforumsbewegung seit 2001 zurückführten, dass eine andere Welt nicht nur möglich, sondern auch nötig ist.

Eine große Herausforderung stellte bei diesem WSF allerdings die **Ablehnung von 230 Visas** dar, von denen zu 70 Prozent Journalist\_innen und Aktivist\_innen aus dem Globalen Süden betroffen waren. Hinsichtlich dessen wurde die Frage, ob das WSF überhaupt noch seinen Namen verdiene, kritisch diskutiert. Die repressive Visapolitik der kanadischen Regierung beschränkte die Teilnahme von Menschen vor

allem aus Afrika und Asien auf ein Minimum. Auch die WSF-Sympathisanten aus Europa waren im Vergleich zu früheren Veranstaltungen marginal vertreten. Mit insgesamt 15.000 zahlenden Teilnehmern wies das WSF in Montreal die geringste Teilnehmerzahl in der Geschichte des WSF auf. **Fazit: ein gut organisiertes nordamerikanisches Regionaltreffen.**

Auch dieses WSF hat – entsprechend seiner Charta von Porto Alegre – keine Beschlüsse gefasst, weder zu politischen Erklärungen noch zu gemeinsamen Aktionen. Dieses Prinzip ist weiterhin umstritten. Tatsächlich kam es jedoch traditionsgemäß zu **konkreten Aktionsabsprachen** von Teilnehmergruppen etwa zur Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeit in der Welt, zu TTIP und CETA, zu einer Kampagne gegen fossile Energien und zur Schließung der Steueroasen.

Die Diskussion um die **Zukunft des WSF** hat weder auf den entsprechenden Forumsveranstaltungen noch während der Sitzung des International Council zu einem relevanten Ergebnis geführt. Die IC-Sitzung litt unter ihrer unzureichenden Vorberei-

tung. Die Diskussion um die Gestaltung des Sekretariats und die strukturellen Veränderungen des IC brachten keinen Fortschritt. Mangels seriöser Vorschläge blieb auch die Diskussion über den Ort des nächsten WSF ohne Ergebnis. Immerhin wurde beschlossen, dass das nächste IC-Treffen im Januar 2017 in Porto Alegre stattfinden wird. (...) Das globale Attac Netzwerk hat sich in Montreal in einem begrenzten Rahmen als handlungsfähig erwiesen. Dank der effektiven organisatorischen Rolle von Attac Quebec und Attac Frankreich wurden die gemeinsamen Seminare und unser Auftritt auf der coverage assembly zur Finanzmarktkritik ein echter Erfolg, der zur praktischen **Verabredung eines gemeinsamen weltweiten Aktionstags zur Schließung der Steueroasen** führte. Darüber hinaus gab es einen Kurzinput von uns zum Austausch zu Aktionen des zivilen Ungehorsams, der auf positive Resonanz stieß. Mit zwei Treffen des globalen Attac Netzwerks und einer Debatte über die Neufassung unserer Charta wurde sein aktiver Fortbestand demonstriert.

[Attac.de](#)

# Tadzio Müller

## Das Forum ist tot - es lebe das Forum

(...) An berechtigten Kritiken des Forums mangelt es nicht. Und doch findet es immer wieder statt. Und doch wird es jedes Mal wieder von großen Organisationen, wie zum Beispiel meiner Arbeitgeberin, mitfinanziert. Und doch kommen jedes Mal tausende und abertausende Teilnehmer\*innen, vor allem – aber nicht nur – aus der Region, in der es stattfindet, sondern aus knapp 100 Ländern »aus der ganzen Welt«. Warum? Ganz einfach: Wenn es das Weltsozialforum nicht gäbe, müssten wir es erfinden. Trotz all seiner Schwächen wäre es jetzt fast schon ein politisches Verbrechen an der globalen Linken, diese mittlerweile etablierte Institution einzustampfen und durch nichts zu ersetzen. Die derzeitige Weltlage, soviel ist offensichtlich, gibt kaum Anlass für Optimismus. Neue Kriege drohen, vielleicht sogar ein neuer großer Krieg. Das derzeitige »Inter-

regnum«, die Krisenphase, in der das Alte noch nicht ganz gestorben ist und das Neue noch nicht ganz geboren, kann sich schnell wenden: Plötzlich gibt es globale Bewegungsdynamiken, eröffnen sich nach links Handlungsmöglichkeiten, ob in der Klima- oder Migrations-, in der Kriegs- und/oder Friedensfrage. Plötzlich schreien alle nach globaler, koordinierter Aktion sozialer Bewegungen – und erinnern sich vielleicht an die größte global koordinierte Politdemonstration, die jemals stattgefunden hat: die Antikriegsmärsche vom 15. Februar 2003. Die verhinderten den Irak-Krieg natürlich nicht, waren aber doch eine (relativ) machtvolle Antwort auf den Wahnsinn der Gegenseite. Und dann stellt sich ganz konkret die Frage: Wer redet wo mit wem, um globale linke Antworten auf globale Fragen und Prozesse zu geben? Für uns relativ ressour-

cenarme Linke war es schon immer schwer, Globalität herzustellen, das heißt politische Effekte auf der globalen Ebene zu produzieren. Das WSF ist eine Antwort auf die Frage, wie wir selbst global relevant werden können, wie wir selbst unsere Daten, Orte und Themen setzen können. Es mag nicht die beste Antwort auf diese Frage sein. Aber bisher gibt es keine bessere, bisher ist das WSF mit all seinen Schwächen die stabilste globale Institution, über die das linke Mosaik verfügt. Wie es sich dieses Jahr entwickelt, werden wir beobachten. Das Forum mag sich überlebt haben. Es mag sogar tot sein. Dennoch muss es heißen: Lang lebe das Forum.

*Tadzio Müller ist Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie bei der Rosa Luxemburg Stiftung. [mehr](#)*



Weltsozialforum 2016 - Einige Ergebnisse von **Konvergenz-Versammlungen**  
<https://fsm2016.org/en/>

**Kalender der Aktionen – lokal und weltweit:** <https://fsm2016.org/en/actions/>

Erklärung von [Via Campesina](#)  
**Umfangreiche Dokumentation in der Werkstatt für SiG 122**

## Erlassjahr

### Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung - jetzt!

Das Entschuldungsbündnis [erlassjahr.de](#) hat begrüßt, dass auf dem G20-Gipfel am 3./4. September erstmals seit 2008 die neuen globalen Schuldenkrisen thematisiert wurden. Im [Kommuniqué des Gipfels](#) von Hangzhou versichern die Staats- und Regierungschefs, dass sie sich für die Verbesserung von Umschuldungsverfahren einsetzen wollen. Sie verweisen dazu auf die Einführung von „Collective Action Clauses“ in Anleiheverträgen (diese im Falle von Umschuldungen auch die Minderheit der Gläubiger zur Übernahme der Schuldenerleichterungen verpflichten) und die Unterstützung des Pariser Clubs.

[erlassjahr.de](#) fordert nun, dass die Bundesregierung die Initiative der chinesischen Regierung fortsetzt und das Thema auf die Agenda des G20-Gipfels 2017 in Hamburg setzt. „Die chinesische Regierung hat den Anfang gemacht und die Notwendigkeit für geordnete Lösungen von Staateninsolvenz

angesprochen“, so Jürgen Kaiser, politischer Koordinator von [erlassjahr.de](#). Die vorsichtigen Formulierungen auf dem Gipfel in China könnten aber nur der Anfang sein. Es komme jetzt darauf an, dass Deutschland 2017 diesen Impuls aufnimmt und die Möglichkeit effizienter und rechtsstaatlicher Entschuldungsverfahren schafft.



Laut [erlassjahr.de](#) sind derzeit 108 Entwicklungs- und Schwellenländer überschuldungsgefährdet. Mit der Kampagne „Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!“ fordert [erlassjahr.de](#) die G20 auf, die sich aufbauenden Schuldenkrisen im Globalen Süden als Gefahr für das Erreichen der vereinbarten globalen Entwicklungsziele anzuerkennen. Zusammen mit den Stimmen von 20 Menschen aus kritisch verschuldeten Staaten soll die Forderung Anfang November an die Bundesregierung übergeben werden. Im Gipfeljahr 2017 plant [erlassjahr.de](#) Aktionen rund um den G20-Gipfel in Hamburg und das G20-Finanzministertreffen in Baden-Baden. Die Kampagne „Debt20“ wird bereits von rund 150 Organisationen, darunter Diözesen und Landeskirchen, entwicklungspolitische Netzwerke, Eine-Welt-Gruppen und Kirchengemeinden, unterstützt. Eingestellt von Rainer Falk um [11:31](#) \_

<http://baustellen-der-globalisierung.blogspot.de/2016/09/gipfelnachlese-schuldenkrisen-wieder.html>

<http://erlassjahr.de/kampagne/debt20/>

# G20-Gipfel, 4. und 5. September 2016

## Was ist G20?

**Die G20 Länder:** Argentinien, Australien, Brasilien, Frankreich, China, Deutschland, Indien, Italien, Indonesien, Japan, Kanada, Südkorea, Russland, Mexiko, Vereinigtes Königreich, Saudi-Arabien, USA, Südafrika, Türkei, EU



**Kurze Infos über G8 und G20:**  
**Sand im Getriebe Nr.100 (Seite 32)**

[Rede von Chavez für eine andere Weltordnung](#) (2006)

Am 1. Dezember 2016 übernimmt Deutschland die G20-Präsidentschaft;  
**G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg**

### G192 gegen G20:

*"Die Erweiterung des exklusiven Clubs der G8 zur G20 ist einerseits Ausdruck der veränderten Kräfteverhältnisse und der abnehmenden Gestaltungskraft der nördlichen Triade.*

*Andererseits wurden die „Neuen“ **nur kooptiert** mit der Absicht, die Strukturen der Herrschaft des globalen Kapitals (inklusive IWF, WTO und Weltbank) möglichst unverändert zu lassen. Es soll sich wohl einiges ändern, damit das Wesentliche so bleibt wie es ist." Aus **Sand im Getriebe Nr.77**, Okt. 2009*

In **SiG 77**: Artikel von [Fidel Castro](#), [Attac Frankreich](#), [Walden Bello](#) (Vorzüge der Deglobalisierung), [Samir Amin](#) (Kritik am Stiglitz-report), Miguel d'Escoto Brockmann (damaliger Präsident der UNO-Vollversammlung): [Revitalisierung der UNO](#), Cephas Lumina, UNO-Experte ([Schuldenaudits](#) durchführen!)

### **SiG 70 „Ihr Gipfel wird nicht unser sein“**

- 100 soziale Bewegungen und NGOs plädieren für ein Programm für radikalen wirtschaftlichen Umbau [attac.at](#)
- Über 620 Organisationen fordern Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO - [Erklärung](#) - – u. a. m.

[Germanwatch](#) zu G20 - mehrere Studien und Artikel

### **Offizielle Dokumente über das Treffen im September 2016 in China:**

[http://www.g20.org/English/Documents/Current/201609/t20160906\\_3395.html](http://www.g20.org/English/Documents/Current/201609/t20160906_3395.html) - Arbeitsübersetzung auf der Seite der [Bundeskanzlerin](#)

## Internationaler Gewerkschaftsbund Kritiken an den G-20-Staatschefs

*Die G20-Staatschefs drängen auf schnellen Aufschwung durch strukturelle Reformen – Gewerkschaften fordern dagegen langfristiges inklusives Wachstum.*

6. September 2016

Der G-20-Gipfel im chinesischen Hangzhou unterstützt wachstumsfördernde Maßnahmen und konzentriert sich stärker auf die Entwicklungsländer. Die G-20-Staatschefs sehen dabei allerdings nicht, dass die jetzt anvisierten Reformen nicht geeignet sind, ein die Nachfrage stimulierendes Wachstum sowie gerechte Löhne und qualitativ hochwertige Jobs zu schaffen.

Der elfte G-20-Gipfel vom 4. und 5. September 2016 im chinesischen Hangzhou schloss mit der Veröffentlichung seines Schlusskommunikés und eines Maßnahmenplans. Trotz negativer Zinsen, des Brexit, stagnierendem Wachstum in der Eurozone, einer hohen Wahrscheinlichkeit weiterer Zinssenkungen seitens der EZB und schwächelndem Wachstum in den Schwellenländern unter den G-20-Staaten klingt der Text optimistisch und legt den Schwerpunkt auf kurzfristige strukturelle Lösungen sowie eine längerfristige Wachstumssteigerung durch Innovationen.

„Die G-20-Gruppe spricht sich zwar für

*Wachstum aus, aber lässt Jobs und die Nachfrage außen vor. Trotz wichtiger Ergebnisse des Treffens der Arbeitsminister der G-20-Staaten im Juli wird die Reaktion auf Beschäftigungslücken und anhaltend niedrige Arbeitseinkommen in lediglich einem von 48 Absätzen abgehandelt. Es werden zwar die Leitlinien für existenzsichernde Arbeitseinkommen ebenso wie die Förderung von mehr Lehrstellen und besserer Beschäftigungsfähigkeit befürwortet, doch es fehlen entscheidene Maßnahmen in Verbindung mit den G-20-Wachstumsstrategien sowie Handlungsstrategien, die diese weiterführen“, so die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) Sharan Burrow.*

In der Stellungnahme der Gewerkschaftsgruppe Labour 20 (L 20) zum Gipfel wurde gefordert, dass sich die neuen Leitlinien an der in Antalya formulierten Selbstverpflichtung im Bereich der Arbeitseinkommen ausrichten. Stattdessen wird strukturellen Reformen eine „zentrale Rolle“ zugeschrieben. Falls diese jedoch den an der Austeritätspolitik ausgerichteten Konsens der vergangenen Jahre fortschreiben sollten,

dann werden weder mehr Lohngleichheit noch mehr hochwertige Jobs entstehen. Indem sie Maßnahmen wie Investitionen in die Infrastruktur und die Stärkung von Arbeitsmarktinstitutionen ignorieren, wird den G-20-Ländern ein rein monetäres Maßnahmenpaket bleiben, das allein kein Wachstum schaffen kann. Dies gilt besonders, wenn die Wirtschaft einzelner Länder von Deflation oder niedriger Inflation bedroht ist – Gefahren, die beide in den Hangzhou-Ergebnissen überhaupt nicht thematisiert werden.

*„Was die globale Wirtschaft jetzt sofort braucht, ist die Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch höhere Löhne und öffentliche Investitionen, nicht noch mehr Strukturformen, die auf kurze Sicht sogar die Nachfrage dämpfen und zu mehr Unsicherheit beitragen könnten. Starke Arbeitsmarktinstitutionen, gute Jobs und Pläne für den Ausbau der Infrastruktur sollten das Kernstück der G-20-Wachstumsstrategien sein und als Leitlinien für strukturelle Reformen dienen – und nicht andersherum. Um die Wachstumsziele von Brisbane zu erreichen, müssen die Verant-*

wortlichen integratives Wachstum entschiedener fördern und Gewerkschaften und sozialem Dialog eine wichtige Rolle dabei einräumen", sagte der Generalsekretär des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses (TUAC) bei der OECD.

Das G-20-Kommuniqué erwähnt Synergien zwischen nachfrage- und angebotsorientierten Maßnahmen sowie Chancen für Frauen, junge Leute und die schutzbedürftigsten Gruppen. Doch insgesamt fehlt ein an die Innovationsagenda angebundenes Mandat, die Nachfrage zu stärken und damit hochwertige Beschäftigung zu sichern. Es geht immer nur um die Angebotsseite.

Das Kommuniqué erkennt die Ziele nachhaltiger Entwicklung und den Aktionsplan von Addis Abeba an und benennt daran anschließende Handlungsbereiche, um das Pariser Klimaabkommen erfüllen zu können, mit dessen Ratifizierung die USA und China auf dem Treffen ein Zeichen setzten. Aber es muss mehr getan werden als Energiemärkte und stärkeres wirtschaftliches Engagement in Entwicklungsländern zu fördern.

„Regierungen schweigen zu verantwortlichem Wirtschaften und Menschenrechten in globalen Wertschöpfungsketten, während sie gleichzeitig noch mehr Handel wollen. Die L 20 erwartet, dass die G 20 sich 2017 zu konkreten Maßnahmen in Bezug auf globale Lieferketten und verantwortliches Wirtschaften verpflichtet. Beim Klimawandel ist das Kommuniqué ähnlich allgemein. Wo bleibt der laute Ruf danach, die Anstrengungen zu erhöhen, das 2°-C-Ziel zu erreichen und die Strategien für einen gerechten Umbau zu entwickeln, die nötig sind, das Klimaziel zu erreichen und hochwertige Arbeitsplätze zu sichern?“, fragte Burrow.

Dasselbe gilt für den neuen G-20-Schwerpunkt zum Thema „neue Wachstumspfade“ im Bereich von Innovationsstrategien, der

nächsten industriellen Revolution und der digitalen Ökonomie. Die L 20 ruft die deutsche Präsidentschaft im nächsten Jahr dazu auf, die technologie- und innovationsbezogenen Wachstumsziele mit der Zukunft von Arbeit und Qualifikationen als eine zentrale langfristige Herausforderung zu verbinden. Gleichzeitig muss die digitale Kluft in Entwicklungsländern und für die schutzbedürftigsten Gruppen überwunden werden.

„Innovationsschübe, industrielle Transformationen und die digitale Ökonomie werden viele Menschen überrollen, wenn sie nicht gut gestaltet werden. Innovationsstrategien müssen gemeinsam über verschiedene G-20-Institutionen und Politikbereiche hinweg formuliert werden. Hier geht es nicht nur um Investitionen und Technologietransfer. Gewerkschaften müssen bei der neuen G-20-Arbeitsgruppe als wichtige Partner hinzukommen, wenn es darum geht, nachhaltige und integrative Ansätze dafür zu finden, gute Arbeitsbedingungen zu sichern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hochwertige Weiterbildungen zur richtigen Zeit anzubieten, und zwar besonders im Produktions- und Dienstleistungsbereich und mit Blick auf demographische und migrationsbedingte Entwicklungen. Hierzu gehört auch die Regulierung neuer Geschäftsmodelle und atypischer Arbeitsverhältnisse in der Internet-ökonomie“, erklärte Evans.

Die G 20 haben nun endlich zur Kenntnis genommen, dass die aktuelle Flüchtlingskrise die größte seit dem zweiten Weltkrieg ist und dass die Lasten geteilt und Entwicklungshilfe geleistet werden muss, da viele Länder bereits überfordert sind.

„Es ist unsere Aufgabe, mehr gemeinsam zu tun. Die G 20 haben es versäumt, einen Aktionsplan dafür auszuarbeiten, Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Ausbildungsgelegenheiten für sie zu schaffen. Flüchtlingsfamilien, unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene haben Anspruch auf die Achtung

ihrer Menschenrechte und den Zugang zu Arbeit, Wohnung, Sprachunterricht und Berufsausbildung. Dem G-20-Kommuniqué fehlt ein wichtiges Wort an der richtigen Stelle: Integration“, sagte Burrow.

<http://www.ituc-csi.org/g20-leaders-push-for-short-term> - Übersetzung: Amata Schneider-Ludorff (coeditrad) / SiG-Redaktion

S. auch: <http://www.ituc-csi.org/120-summit-china-2016?lang=de>

### **Internationaler Gewerkschaftsbund: Was ist L20?**

Die Gewerkschaftsgruppierung Labour 20 (L20) vertritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Ebene der G20. Sie setzt sich zusammen aus Gewerkschaften in den G20-Ländern sowie den internationalen Branchengewerkschaftsverbänden (GUFs) und wird vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und vom Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD koordiniert.

Seit dem Beginn der Finanzkrise 2008 beteiligt sich die L20 am zwischenstaatlichen Prozess der G20, um gemeinsam mit der Wirtschaft (B20), der Zivilgesellschaft (C20) und der Jugend (Y20) als eine der offiziellen "Outreach-Gruppen" für einen integrativen und konstruktiven Dialog über 'Beschäftigung und Wachstum' zu sorgen. Die L20 übermittelt bei Konsultationen mit der Task Force Beschäftigung und den Treffen der Sherpas, bei den Zusammenkünften der Arbeits- und Finanzminister und den G20-Gipfeln die Schlüsselbotschaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die gemeinsamen Konsultationen der Sozialpartner mit den Staats- und Regierungschefs sowie mit den Finanz- und Arbeitsministern bilden einen integralen Bestandteil des G20-Prozesses. <http://www.ituc-csi.org/120?lang=de>

## **Christian Mihatsch, Klimaretter-Info G20 ohne handfeste Ergebnisse**

*Der G20-Gipfel im chinesischen Hangzhou endete ohne das Versprechen, das Pariser Klimaabkommen bis Ende des Jahres zu ratifizieren. Auch eine feste Zusage zum Ausstieg aus fossilen Subventionen blieb aus. Um Ölförderung und Stahlproduktion im Zaum zu halten, wurden lediglich Arbeitsgruppen gegründet.*

Beim Klimaschutz keine nennenswerten Neuigkeiten: Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer hat auf ihrem Gipfel im chinesischen Hangzhou wiederholt, dass sie das Pariser Weltklimaabkommen "so schnell wie möglich" ratifizieren wolle. So steht es in der Erklärung, die das Treffen hervorgebracht hat.

Was positiv klingt, ist eine Enttäuschung für viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Sie hatten gehofft, dass die G20-Länder sich zur Ratifizierung des Paris-Ver-

trags bis Ende des Jahres verpflichten würden, nachdem die USA und China den Vorgang demonstrativ im Vorfeld des Treffens abgeschlossen hatten. Jan Kowalzig von der Entwicklungsorganisation Oxfam zeigte sich vom Ergebnis denn auch wenig beeindruckt: "Der Passus zu Klima bringt wenig neuen Schwung in die Klimapolitik, denn die Ratifizierung des Paris-Abkommens anzustreben, ist eine Selbstverständlichkeit und kein Erfolg des G20-Gipfels."

Ohne feste Datumszusage blieben auch die

Subventionen für fossile Energieträger. Dem Vorbild der Gruppe der Sieben, deren Mitgliedsländer auch in der G20 sind, ist der Gipfel nicht gefolgt: Die G7 hat nämlich schon versprochen, die Subventionen bis zum Jahr 2025 abzuschaffen. Darauf konnte sich die G20 nicht einigen.

Deutlich wurden die Staaten im Absatz zu den Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation über das EGA-Abkommen zu Umweltgütern. Hier streben die beteiligten G20-Mitglieder einen Abschluss

der Verhandlungen in diesem Jahr an. Durch das Abkommen werden etwa Zölle auf Solarzellen und Windräder abgeschafft, was deren Wettbewerbsfähigkeit gegenüber fossilen Energien verbessert.

### Statt festen Daten Arbeitsgruppen

Aus dem Treffen ist zudem ein Abkommen zwischen Saudi-Arabien und Russland hervorgegangen. Die beiden **Ölproduzenten** wollen zusammen gegen den anhaltend niedrigen Ölpreis vorgehen. Dazu haben sie nun zunächst eine Arbeitsgruppe gegründet. Es werde in dem Rahmen auch eine freiwillige Begrenzung der Ölförderung diskutiert, gaben die Energieminister beider Länder bekannt. Der Ölpreis liegt seit zwei Jahren auf sehr niedrigem Niveau. Ursache ist ein Überangebot, das vor allem durch US-amerikanisches Fracking-Öl und eine gesunkene Nachfrage aus China hervorgerufen wird.

Dass das chinesische Wirtschaftswachstum mittlerweile niedriger ausfällt als zuvor erwartet, hat auch für einen weiteren heiklen Punkt auf der Gipfel-Agenda gesorgt: die **Stahlschwemme**. Weil in China weniger gebaut wird, ist dort der Stahlverbrauch gesunken. Die oft staatlich unterstützten Stahlhersteller haben aber ihre sehr energieintensive Produktion nicht gedrosselt. Allein die chinesische Überproduktion ist daher mittlerweile doppelt so groß wie die gesamte europäische Produktion und landet meist auf dem Weltmarkt.

"Dies ist ein globales Problem mit einer spezifisch chinesischen Dimension", sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Hangzhou. Ähnlich sieht dies US-Präsident Barack Obama. An China gewandt sagte er: "Ihr könnt Probleme nicht einfach exportieren. Wir brauchen fairen Handel und nicht nur freien Handel." Um den **Abbau der Überkapazität**

**ten besser zu koordinieren**, haben die G20-Länder nun beschlossen, ebenfalls eine Arbeitsgruppe zu gründen.

Nicht nur in Klima- und Energiefragen lässt die Abschlusserklärung klare Beschlüsse vermissen. Auch bei den **geopolitischen** Konflikten blieb der Durchbruch aus: Die USA und Russland konnten sich nicht auf einen Friedensplan für Syrien einigen und auch beim Ukraine-Konflikt gab es keine Fortschritte.

Für eine negative Überraschung sorgte während des Gipfels ein Land, das gar nicht eingeladen war: Nordkorea. Am Montagmorgen hat die ostasiatische Diktatur testweise drei Raketen ins Japanische Meer abgefeuert. Die Waffen des Typs Rodong haben eine Reichweite von 1.300 Kilometern – genug, um damit Japan zu treffen.

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/21870-g20-ohne-handfeste-ergebnisse>

## Oxfam Enttäuschende Ergebnisse bei den Themen Ungleichheit, Klima und Flucht

Die G20 Staaten haben auf dem Gipfel im chinesischen Hangzhou ihre alten Versprechen wiederholt, Ungleichheit zu reduzieren und mehr gegen den Klimawandel zu unternehmen. Für nächstes Jahr versprachen sie zudem ein stärkeres Engagement in der Flüchtlingsfrage. Oxfam kritisiert die Beschlüsse als zu vage und zu langsam.

### Ungleichheit und Steuerreformen:

Erfreulich sind der Konsens in Bezug auf die Entwicklung neuer globaler Steuerregeln sowie die Fortschritte beim länderübergreifenden Informationsaustausch von Steuerdaten. Gleichzeitig greift der bereits verabschiedete BEPS-Reformprozess (gegen Gewinnkürzung und -verlagerung) deutlich zu kurz. Ein faires und transparentes System, durch das globale Steuervermeidung wirksam bekämpft werden kann, ist so weiterhin nicht in Sicht. Auch nach dem Gipfel kann daher nicht von mehr Steuergerechtigkeit gesprochen werden. Entwicklungsländern entgehen jedes Jahr mindestens 100 Milliarden US-Dollar durch Steuervermeidung von multinationalen Konzernen. Das entspricht fast drei Vierteln der gesamten internationalen Entwicklungshilfe in Höhe von 135 Milliarden US-Dollar. Die finanziellen Mittel fehlen den Entwicklungsländern dann für den Auf- und Ausbau von Schulen und Krankenhäusern. Um soziale Ungleichheit endlich wirksam zu bekämpfen, fordert Oxfam daher „BEPS Plus“, eine zweite

Runde von Reformen, die den für Entwicklungsländer desaströsen internationalen Steuerwettbewerb nach unten beendet und echte globale Steuergerechtigkeit schafft.

Zu vage sind aus Oxfam-Sicht auch die Beschlüsse die getroffen wurden, um mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen und Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Es bedarf weit mehr, um die gravierende Ungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern abzubauen.

### Zu Klima und fossilen Energien:

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen im Kampf gegen die weltweite Armut. Für über 60 Millionen Menschen wird derzeit die Nahrungsmittelversorgung immer prekärer, weil Dürren, Überschwemmungen und andere Wetterextreme, die wegen des Klimawandels zunehmen, die Ernten beeinträchtigen.

Insofern ist es richtig, dass die G20-Länder sich nun die zügige Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens vorgenommen haben. Allerdings verlieren sie in ihrer Abschlusserklärung kein Wort darüber, dass ihre jeweiligen Klimaschutzziele im Klimavertrag nicht ausreichen, um wie verabredet die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen. Von der Bundeskanzlerin war in Sachen Klima während des Gipfels kaum etwas zu hören – das könnte daran liegen, dass die Bundes-

regierung derzeit ihren Klimaschutzplan 2050 berät und ihn dabei so sehr verwässert, dass er in seinem aktuellen Entwurf dem Pariser Klimavertrag zuwiderläuft.

### Flucht und Migration:

Das Versprechen des diesjährigen G20-Gipfels, erst im Jahr 2017 mit der Entwicklung einer geeigneten Antwort auf die Flüchtlingsfrage zu reagieren, ist zu vage und die Antwort käme viel zu spät. Vor kurzem erst hat Oxfam darauf hingewiesen, dass die sechs reichsten G20-Mitgliedsstaaten weniger als neun Prozent aller Flüchtlinge aufnehmen und damit ihrem fairen Anteil nicht gerecht werden. Die Staats- und Regierungschefs müssen gewährleisten, dass alle Menschen die notwendige Unterstützung erhalten, die auf der Flucht vor Gewalt oder Armut sind oder aus anderen Gründen ihr Land verlassen haben und dabei in Not geraten sind. Dabei müssen ihre Grundrechte jederzeit respektiert werden. Reiche Länder in aller Welt müssen zudem mehr Flüchtlingen humanitäre Aufnahme gewähren und auch ärmere Länder, die bereits eine sehr große Zahl von Flüchtlingen aufgenommen haben, stärker unterstützen. Schließlich gilt es, der größten Gruppe der weltweit Geflüchteten, den Schutz zu geben, den sie dringend benötigen – den in ihren Heimatländern vertriebenen Menschen. Die internationale Gemeinschaft darf diese Menschen nicht länger vergessen. [Oxfam](#)

### Weitere Berichte:

- <http://www.heise.de/tp/artikel/49/49341/1.html>
- [https://makroskop.eu/2016/09/die-deutsche-bremse-der-](https://makroskop.eu/2016/09/die-deutsche-bremse-der-internationalen-kreditmaschine/)

[internationalen-kreditmaschine/](http://www.venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO-Stellungnahme_G20_China.pdf)

- [http://www.venro.org/uploads/tx\\_igpublikationen/VENRO-Stellungnahme\\_G20\\_China.pdf](http://www.venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO-Stellungnahme_G20_China.pdf)

# CETA - „C'est à nous de décider“ (WIR entscheiden!)

„Ohne die Mobilisierung der Landwirte, der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der Genossenschaften und der NGOs seit 3 Jahren wäre CETA am 27.10. unterschrieben worden ohne irgendeine der sicher unzureichenden Zugeständnisse. Der Gipfel, auf dem CETA unterschrieben werden sollte, hat nicht stattgefunden. Dass ein internationaler Gipfel auf Grund einer sozialen Mobilisierung annulliert wird, ist ein Sieg an sich, denn es bedeutet dass ab jetzt keine Verhandlung über ähnliche Verträge wird ohne die Teilnahme der Parlamente und der Zivilgesellschaft stattfinden können.“ ( Aus der [Pressemitteilung](#) des belgischen Bündnisses Stop TTIP/CETA, 28.10.2016)

## Attac Deutschland: CETA: Undemokratische Verhandlungen schwächen die EU Kampagne gegen Wallonien Vorgeschmack auf nationale Ratifizierungsprozesse

26.10.2016 – [Attac.de](#)

Nicht das Nein Walloniens und Brüssels zu CETA schadet der EU, sondern die undemokratische Art und Weise, wie CETA auf den Weg gebracht und verhandelt wurde, stellt Attac fest.

„Die EU ist nicht handlungsunfähig, weil Wallonien und Brüssel ihr demokratisches Recht in Anspruch nehmen, sondern weil Kommission und Regierungen die CETA-Verhandlungen völlig undemokratisch geführt haben und die EU-weite Kritik an CETA weitgehend ignorieren“ sagt Roland Süß vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. „Zunächst wurde das CETA-Handelsmandat abseits der Öffentlichkeit und ohne breite demokratische Rückbindung beschlossen. Danach wurde sechs Jahre lang ohne Mitsprache der Parlamente und der Zivilgesellschaft verhandelt und auf Kritik allein mit Beschwichtigung reagiert. Nun heißt es, man dürfe das Abkommen nicht mehr ablehnen, weil das die ‚Handlungsfähigkeit‘ der EU gefährde.“

Die Reaktionen auf das Nein Walloniens bieten einen Vorgeschmack auf den Ablauf der nationalen Ratifizierungsprozesse. Roland Süß: „Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat immer argumentiert, die CETA-Kritiker sollten erst mal die Verhandlungen zwischen der EU und Kanada abwarten. Danach sei es an den nationalen

Parlamenten, sich mit CETA auseinanderzusetzen. Die Hetzkampagne gegen Wallonien macht deutlich, welcher Druck auf CETA-Kritiker inner- und außerhalb der Parlamente ausgeübt wird. Das beschädigt die Demokratie in Europa – nicht die wallonischen Abgeordneten, die ihrer demokratischen Pflicht nachkommen.“

**EU-Kommission ignorierte über ein Jahr lang die Kritik Walloniens:** Der wallonische Ministerpräsident Paul Magnette hatte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström die Bedenken Walloniens schon am 4. Oktober 2015 vorgetragen, Antwort erhielt er erst ein Jahr später am 6. Oktober dieses Jahres. 2016. Bereits im April 2016 beschloss das wallonische Parlament, CETA abzulehnen. (...)

### Parlamente und Zivilgesellschaft in EU-Verhandlungen einbeziehen

Attac fordert, dass Verhandlungen der EU künftig nicht nur transparent, sondern mit breiter parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung geführt werden. Fehlentwicklungen müssen bereits während des Verhandlungsprozesses korrigiert werden können. Eine solch umfassende Demokratisierung politischer Prozesse würde auch dazu beitragen, dem immer größer werdenden Einfluss von Konzernen auf die Politik entgegenzuwirken.

15.11.2016, **„CETA-Check“: Jetzt müssen EU-Abgeordnete Farbe bekennen**

Nach der Unterzeichnung durch die Regierungen muss CETA nun im Europaparlament diskutiert und abgestimmt werden. Die Abstimmung findet Ende 2016 oder Anfang 2017 statt.

EU-weit haben BürgerInnen die Möglichkeit ihre EU-Abgeordneten via E-Mail aufzufordern CETA abzulehnen. Sie erhalten ebenso eine praktische Anleitung, wie sie mit ihren Abgeordneten persönlich in Kontakt treten können. Der „CETA-Check“ wird von der europäischen Allianz „Stop TTIP“ koordiniert, die von über 500 Organisationen unterstützt wird und deren erste Aktion die selbstorganisierte europäische BürgerInneninitiative gegen CETA und TTIP war, die rund 3,5 Millionen Menschen unterschrieben haben.



## Merci Wallonie! Attac-Regionalversammlung NRW bedankt sich bei der belgischen Region für ihr Nein zu CETA

22.10.2016 – [Attac.de](#) (...) Auf dem heutigen Treffen der Regionalgruppen von Attac in Nordrhein-Westfalen danken die Teilnehmenden den Parlamentarier\_innen der Wallonie, dass sie bis jetzt dem massiven Druck standgehalten haben und bei ihrem Nein ge-

blieben sind. „*Merci Wallonie, ihr habt mit eurem Nein die Demokratie gegen Konzerninteressen verteidigt*“, sagt Annette Schmid von Attac Düsseldorf. (...)

Bei der heutigen Attac-Regionalversammlung NRW in Aachen wurde beschlossen,

nun erst recht die Bemühungen um die **Volksinitiative NRW gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP** zu intensivieren. Mit der Initiative wird die NRW-Landesregierung aufgefordert im Bundesrat sowohl CETA als auch TTIP abzulehnen.

### Solidarität mit den Protesten gegen CETA in Belgien:

<http://stopceta.de/>

Attac Österreich [Warum](#) Wallonien Nein zu CETA sagt

19.10.2016 - **FGTB (belgischer Gewerkschaftsbund)** gegen CETA: Forderung nach Neuverhandlungen und Verschiebung des Treffens EU-Kanada (für den 27.10. geplant), [Text](#)

27.10.2016: [Abkommen vom 26.10.2016](#) zwischen der belgischen Regierung und den regionalen Regierungen  
[Kritiken](#) der belgischen Gewerkschaft CNE

27.10.2016 **Presseschau** auf den [Nachdenkseiten](#)

26.10.2016: [Attac Quebec](#) begrüßt die Entscheidung von Wallonien und fordert, dass vor jeglicher Unterzeichnung von CETA eine öffentliche Debatte endlich stattfindet.

25.10.2016: Erklärungen der **französischen Gewerkschaft CGT, der Belgischen Gewerkschaft CNE: Nein zu CETA!**

[Attac FR: CETA ist nicht kompatibel mit Klimaschutzmaßnahmen](#)

27.10. 2016: Beschluss des [Landtags](#) von Sachsen-Anhalt: Die Landesregierung sollte einer Ratifizierung nicht zustimmen

# TiSA würde jegliche "Zusicherung" über öffentliche Dienste im Rahmen von CETA ungültig machen

Internationale der Öffentlichen Dienste, [PSI-Spezial: TiSA contra Öffentlichen Dienste](#), [Heft](#)

*Education International (EI), Public Services International (PSI), the European Public Service Union (EPSU), International Union of Food workers (IUF), the International Transport Workers' Federation (ITF) and UNI are calling on all countries participating in the negotiations to immediately publish information about their position and demands on other countries, including the US, Japan, Turkey, Australia and New Zealand, and begin national consultations with social partners and civil society. (14. Oktober 2016, [https://www.ei-ie.org/en/news/news\\_details/4142](https://www.ei-ie.org/en/news/news_details/4142))*

Attac Deutschland: [Broschüre](#) "CETA, TTIP, TiSA - Die wirklich falschen Freunde"

**Am 5./6. Dezember sollen die TiSA-Verhandlungen abgeschlossen werden.**

Ein [Bündnis](#) ruft zur internationalen Demo in Genf auf: 4. Dezember, 14 Uhr am Place de Neuve

## Internationaler Gewerkschaftsbund Alles über TiSA

Der IGB hat anlässlich der aktuellen TiSA Verhandlungsrunde in Genf einen umfassenden Bericht veröffentlicht, der auf Grundlage der bislang geleakten Annexe die Auswirkungen von TiSA auf die einzelnen Sektoren analysiert. Dazu zählen u.a. Innerstaatliche Regulierung Beschäftigte Dienstleistungssektor Telekommunikation E-Commerce Logistik Transport Öffentliche Auftragsvergabe Öffentliche Dienstleistungen Es ist eines der bislang umfassendste Dokumente mit Blick auf die einzelnen Sektoren und es liegt auch in deutscher Übersetzung vor. Eine frühe Fassung wurde im März auch beim gemeinsamen ver.di FES Workshop zu TiSA diskutiert und der Input der versammelten ExpertInnen ist dort eingeflossen. Wir drucken die letzte Seite der 30-seitigen [Broschüre](#)

Angesichts der festgefahrenen WTO-Verhandlungen über den Marktzugang und keiner nennenswerten Entwicklungen beim multilateralen Handel mit Dienstleistungen seit dem Abschluss des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) hat eine Gruppe entschlossener, größtenteils Industrieländer die Initiative ergriffen und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) initiiert, um eventuell verbliebene Hindernisse für ihre Dienstleistungserbringer zu beseitigen. TiSA ist so konzipiert, dass es in die WTO-Struktur passt, ist aber kein offizielles plurilaterales WTO-Abkommen. Es wird beabsichtigt, allen WTO-Mitgliedern kurz nach seinem Abschluss einen Beitritt zu ermöglichen. Sobald ihm genügend WTO-Mitglieder beigetreten sind, kann TiSA rechtmäßig Teil des WTO-Systems werden. Unterdessen wird die große Mehrheit der Entwicklungsländer von den Verhandlungen über das neue GATS ausgeschlossen. Die Industrieländer sind dabei, die festgefahrene Situation bei der WTO in kreativer Weise zu überwinden.



Die TiSA-Verhandlungen basieren auf keinerlei vorherigen Folgenabschätzungen. Vorangetrieben wird diese Agenda größtenteils von multinationalen Unternehmen, die ihre Marktmacht konsolidieren, ihre Kontrolle über Regierungen ausweiten und Regulierungsmaßnahmen strengen Vorschriften und Verfahren unterwerfen wollen. Die daraus resultierende Konsolidierung der Marktmacht bedeutet, dass die Beschäftigten im Dienstleistungsbereich einem größeren Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, flexiblen Arbeitsbeziehungen und einer geringeren Koalitionsfreiheit ausgesetzt sind. In praktisch allen Sektoren werden die Tarifverträge gefährdet sein, und in manchen Sektoren könnten unregulierte Beschäftigungsformen zur Regel werden. TiSA wird es den Unternehmen ermöglichen, viele Gruppen von Beschäftigten, die gegenwärtig arbeitsrechtlich geschützt sind, mit Verträgen einzustellen, die weniger Leistungen und Schutz bieten. Innerstaatliche Regulierungsmaßnahmen werden ausgebremst. Die Regierungen werden geplante Maßnahmen ankündigen und Kommentare der Wirtschaft akzeptieren müssen. Angesichts drohender Streitslichtungsverfahren seitens großer Länder oder des Rückgriffs auf Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (ISDS), sofern vorhanden, werden private Dienstleistungsanbieter die Möglichkeit haben, ihnen missfallende Regulierungsmaßnahmen zu verzögern, zu verwässern oder sogar ganz zu stoppen, noch bevor sie den Parlamenten zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt werden. TiSA wird der selbsternannten „Share Economy“ von Unternehmen wie Uber und Task Rabbit neuen Auftrieb geben, die auf informeller Basis Dienstleistungen erbringen und im unlauteren Wettbewerb mit etablierten Anbietern stehen, die sich an Geset-

ze, Steuervorschriften, Regeln und Tarifverträge halten müssen, die garantieren, dass die Beschäftigten menschenwürdig bezahlt und respektiert werden und dass die Verbraucher hochwertige Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Freiberufliche Leistungen wie die von Wirtschaftsprüfern, Architekten, Ingenieuren und anderen werden ein neues Betätigungsfeld für florierende Internetplattformen sein, und der Wettbewerb unter den Anbietern in diesem Bereich wird drastisch zunehmen. Öffentliche Dienstleistungen werden eine neue Liberalisierungswelle, einen stärkeren Wettbewerb mit Privatunternehmen und eine indirekte Privatisierung erleben, während der derzeitige Rekommunalisierungstrend gebremst wird. Staatseigene Unternehmen müssen sich wie private Unternehmen verhalten und sich bei ihren Entscheidungen von Marktüberlegungen leiten lassen.

Logistik- und Vertriebsleistungen werden eine weitere Öffnung erfahren. Nach dem Beitritt osteuropäischer Länder zur EU haben westeuropäische Beschäftigte die Folgen bereits zu spüren bekommen, und anschließende Gesetzesreformen haben ihre Arbeitsstandards gesenkt. TiSA wird diese Auswirkungen in allen Mitgliedsländern noch verstärken und ausweiten. Je nachdem, welche Form TiSA letztendlich annimmt, könnte sich dadurch die Art, wie Geschäfte gemacht werden, grundsätzlich ändern, und die globale Wirtschaft könnte neu gestaltet werden: weniger Macht für Arbeitnehmer, kleine Akteure und Regierungen, mehr Macht für Großunternehmen und ihre Aktionäre.

TiSA wird zu einer stärkeren Konsolidierung der Marktmacht einiger großer Akteure und zu weniger wirtschaftlicher Freiheit führen.

[http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc-tisa-report\\_de.pdf](http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc-tisa-report_de.pdf)

IGB-Flyer: **TiSA – schlechte Nachrichten für Gemeinwesen und Arbeitnehmer**  
<http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc-tisa-teaser-de-web.pdf>

# Hände weg von Syrien - Eine dringende Botschaft für den Frieden angesichts der Gefahr eines größeren Krieges

## Hands Off Syria Coalition

Wir erheben unsere Stimmen gegen die Gewalt des Krieges und den enormen Druck von Kriegspropaganda, Lügen und einer politischen Agenda, die verwendet werden, um diesen Krieg und jeden der vergangenen Kriege der USA zu rechtfertigen.

Wir, die unterzeichneten Organisationen und Einzelpersonen, unterstützen die folgenden Punkte der Einheit und werden als Ad-hoc-Koalition zusammenarbeiten, um zu helfen, die Regimewechsel-Intervention durch die USA, die NATO und ihre regionalen Verbündeten und die Tötung unschuldiger Menschen in Syrien zu beenden.

1) Die Fortsetzung des Krieges in Syrien ist das Ergebnis einer von den USA, der NATO, ihren regionalen Verbündeten und reaktionären Kräften durchgeführten **Intervention** seitens der USA, deren Ziel der Regimewechsel in Syrien ist.

2) Diese Politik des Regimewechsels in Syrien ist **illegal** und geschieht in klarer Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, des Buchstabens und des Geistes des Völkerrechts und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

3) Diese Politik des erzwungenen Regimewechsels **bedroht die Sicherheit der Region und der Welt** und erhöht die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Russland mit dem Potenzial einer nuklearen Katastrophe für die ganze Welt.

4) Der Krieg, die US-Sanktionen und die EU-Sanktionen haben jeden Sektor der syrischen Wirtschaft destabilisiert und haben ein einst autarkes Land **in eine hilfsabhängige Nation verwandelt. Die Hälfte der syrischen Bevölkerung ist jetzt vertrieben.** Ein UN-Bericht der ESCWA weist darauf hin, dass diese Sanktionen gegen Syrien die Hilfeleistung während einer der größten humanitären Notsituationen seit dem Zweiten Weltkrieg lähmen. Ein Drittel

der syrischen Flüchtlinge in Jordanien, dem Libanon und in der Türkei wurden von US-Kürzungen an UNICEF hart getroffen. Dies zwingt verzweifelte Flüchtlinge dazu, sich auf dem Weg nach Europa zu machen.

5) Keine ausländische Organisation, sei es eine ausländische Regierung oder eine bewaffnete Gruppe, hat das Recht, die Grundrechte des syrischen Volkes nach Unabhängigkeit, nationaler Souveränität und Selbstbestimmung zu verletzen. Dazu gehört das **Recht der syrischen Regierung**, militärische Unterstützung aus anderen Ländern anzufordern und zu akzeptieren, wie dies auch von der US-Regierung zugegeben worden ist.

6) **Nur die Syrer** haben das unveräußerliche Recht, ihre politischen Vertreter zu wählen und den Charakter ihrer Regierung zu bestimmen, und zwar frei von ausländischen Interventionen. Dieses Recht kann unter den Bedingungen der U.S.-orchestrierten ausländischen Intervention gegen das syrische Volk nicht selbstbestimmt ausgeübt werden.

7) Unsere Opposition gilt dem erzwungenen Regimewechsel in Syrien durch von den USA unterstützte ausländische Mächte und ihre Söldner. Es ist nicht unsere Aufgabe, Präsident Assad oder die syrische Regierung zu unterstützen oder sich ihr zu widersetzen. Nur das syrische Volk hat das Recht über die Legitimität seiner Regierung zu entscheiden.

8) Die dringendste Frage ist derzeit der Frieden und die **Beendigung der Gewalt durch ausländische Interventionen**, die zum Tod von Hunderttausenden und der Vertreibung von Millionen von Syrern geführt hat und sowohl im Land selbst als auch als Flüchtlingskrise im Ausland.

Basierend auf diesen Punkten der Einheit vereinbaren wir als Einzelpersonen und Organisationen – in einer Ad-hoc-Koalition –

folgende **Forderungen** und verpflichten uns, gemeinsam daran mitzuwirken:

1) Ein sofortiges Ende der U.S.-Politik des erzwungenen Regimewechsels in Syrien und die volle Anerkennung und Einhaltung der Grundsätze des Völkerrechts und der U.N.-Charta durch die USA, die NATO und ihre Verbündeten, einschließlich der Achtung für die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Syriens.

2) Ein sofortiges Ende aller ausländischen Aggressionen gegen Syrien und ernsthafte Bemühungen um eine politische Lösung des Krieges.

3) Ein sofortiges Ende aller militärischen, finanziellen, logistischen und nachrichtendienstlichen Unterstützung durch die USA, die NATO und ihre regionalen Verbündeten für die ausländischen Söldner und Extremisten im Nahen Osten.

4) Ein sofortiges Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien. Massive internationale Hilfe für Vertriebene in Syrien und syrische Flüchtlinge im Ausland.

Nur in einem friedlichen und unabhängigen Syrien, das frei von ausländischer Aggression ist, können die Syrer ihre Souveränitätsrechte frei ausüben, ihren freien Willen ausdrücken und freie Entscheidungen über ihre Regierung und die Führung ihres Landes treffen.

Wir fordern alle Unterstützer des Friedens und des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker auf der ganzen Welt auf, sich uns in Zusammenarbeit anzuschließen, um diese humanitären Forderungen zu erfüllen.

Wir benötigen Arbeitsplätze, Gesundheitswesen, Bildung und ein Ende der rassistischen Gewalt der Polizei in den USA, und keine US-Kriege im Ausland!

Aufruf unterschreiben:

<http://handsoffsyriacoalition.net/>

Übersetzung und [Liste der Erstunterzeichner/-innen](#)

**Attac Deutschland, November 2015 „Kein Kriegseinsatz in Syrien! Attac ruft zu Protest auf / Bundestag muss**

**Militärintervention ablehnen“.** Darin heißt es unter anderem: „Wir lehnen alle militärischen Interventionen ab. Der von der Bundesregierung angestrebte Kriegseinsatz ist völkerrechtswidrig.“

*Wir fordern den Stopp aller Rüstungsexporte und die Trockenlegung aller Finanzierungsquellen des "Islamischen Staates" sowie anderer terroristischer Milizen.*

*Dieser Krieg zerstört nicht nur die Lebensgrundlagen der Menschen im Nahen und Mittleren Osten. Er untergräbt auch die mühsam erkämpften Freiheitsrechte in Europa. Die Opfer von Terroranschlägen und unsere Trauer um sie dürfen nicht instrumentalisiert werden, nicht für neue Überwachungsapparate, nicht für Kriege.“*

Weitere Hinweise:

**Syrien und kein Ende / Ein Beitrag von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz**, <http://russlandkontrovers.de/syrien-und-kein-ende/>  
**\*Spiel mit dem Weltkrieg\*** [German foreign Policy](#)

**Syrien: Washington und Berlin fordern Flugverbotszone**, [www.hintergrund.de](http://www.hintergrund.de)

# Bundeswehrmandat für Syrien verlängert Grüne und Linke stimmen geschlossen dagegen

11.11.2016- Die **Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“** verurteilt die Zustimmung der Bundestagsabgeordneten zur Verlängerung und Erweiterung des Syrienmandats der Bundeswehr. Dadurch wird Deutschland noch weiter in den Krieg in Syrien hineingezogen und der Konflikt zwischen der NATO und Russland weiter eskaliert. Trotz der mehrheitlichen Verabschiedung der Mandatsverlängerung zieht Ulrich Wohland, einer der Sprecher\*innen der Kampagne, aber eine vorsichtig optimistische Bilanz. „Unser Ziel war, dass mehr Bundestagsabgeordnete als letztes Jahr gegen das Bundeswehrmandat stimmen – nun sind es sogar sechs weniger als 2015. Doch wenn man sich die Aufteilung der Stimmen genauer anschaut, gibt es Grund für einen vorsichtigen Optimismus,“ resümiert Wohland. „Fast alle Bundestagsabgeordneten aus der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD, die im letzten Jahr gegen das Mandat oder mit Enthaltung gestimmt hatten, blieben bei ihrem Votum. Und im Gegensatz zu 2015, als noch jeweils drei grüne Abgeordnete den Einsatz befürworteten bzw. sich enthielten, stimmte die Grüne Bundestagsfraktion in diesem Jahr geschlossen dagegen – wie auch wieder die Linke. Das ist ein Erfolg und macht uns Mut. In unseren Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten unterschiedlicher Fraktionen wurde deutlich: Das noch immer überwiegende Ja zum Bundeswehreinsatz ist keineswegs zementiert. Viele Abge-

ordnete, die jetzt noch für das Bundeswehrmandat gestimmt haben, würden zivile Lösungen der militärischen Reaktion vorziehen. Das ist für die Kampagne und für die ganze Friedensbewegung Ansporn, die Möglichkeiten ziviler und gewaltfreier Konfliktbearbeitung in Syrien noch konkreter zu vermitteln und Politikerinnen und Politiker aller Parteien dafür zu gewinnen.“

445 Bundestagsabgeordnete votierten am gestrigen Nachmittag für das Mandat, 139 dagegen, davon insgesamt 29 aus der Regierungskoalition (zwei aus der CDU/CSU, 27 aus der SPD-Fraktion). Zwei Abgeordnete enthielten sich. Bei der Abstimmung im vergangenen Jahr waren es 145 Nein-Stimmen (davon zwei CDU/CSU und 28 SPD) und sieben Enthaltungen. Die Zahl der Ja-Stimmen blieb gleich. Insgesamt waren weniger Abgeordnete als im letzten Jahr bei der namentlichen Abstimmung anwesend.

Im Vorfeld der Abstimmung hatte die Kampagne vom 1. bis 10. November zu „Urgent Action Days“ unter dem Motto „NEIN zum Bundeswehrmandat – JA zu zivilen Lösungen“ aufgerufen. Zahlreiche Friedensgruppen aus ganz Deutschland organisierten in dieser Zeit Mahnwachen, kreative Protestaktionen und Informationsveranstaltungen zum Thema Syrien. Auch der Kontakt mit Abgeordneten in den Wahlkreisen wurde aktiv gesucht. „Es ist beeindruckend, wie viele Menschen ihre Bundes-

tagsabgeordneten angeschrieben und angerufen und um Stellungnahmen zum Bundeswehrmandat für Syrien gebeten haben,“ so Kampagnenkoordinator Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperative. „Und es ist erfreulich, dass viele Politikerinnen und Politiker auch darauf reagiert haben, teilweise auch mit sehr persönlichen Statements. Das Thema bewegt die Menschen, sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik.“



Den Höhepunkt der Urgent Action Days bildete am gestrigen Vormittag vor der Abstimmung im Parlament eine Protestaktion vor dem Reichstag. (...) Die Kampagne wird ihre Arbeit fortsetzen und auch im Wahljahr 2017 für zivile Alternativen der Konfliktbearbeitung werben.

Mehr Informationen über die Kampagne "MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien" und die beteiligten Trägerorganisationen: [www.macht-frieden.de](http://www.macht-frieden.de) .  
Pressefotos Quelle: [IPPNW](http://IPPNW)



Der Terror ist immer und überall, will es scheinen. Kaum eine Nachrichtensendung vergeht, ohne dass wir auf „die terroristische Bedrohung“ und die von dieser ausgehende Gefahr hingewiesen und in Angst und Schrecken versetzt werden. Über den Terror, seine Ursachen sowie den Unterschied zwischen linken und rechten Antworten hierauf sprach Jens Wernicke mit Conrad Schuhler, Vorsitzender des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung in München.

## Jens Wernicke im Gespräch mit Conrad Schuhler.

Herr Schuhler, in unseren letzten Gesprächen hatten wir bereits über die „[Terror-Manipulation](#)“ und das Wechselspiel zwischen Anschlägen, Geheimdienstaktionen und einem Klima der Angst gesprochen, das dazu benutzt wird, um Prozesse der [Endemokratisierung](#) zu beschleunigen und forcieren. Seitdem ist viel passiert und hat die Lage sich deutlich zugespitzt. Es

## Conrad Schuhler

# Der Terror als Mittel zur Überwindung der Demokratie

scheint, als wären „wir alle“ von „islamistischem Terror“ bedroht und täte die Politik ihr Möglichstes, die deswegen vorhandene allgemeine Angst in der Bevölkerung gen Militarisierung der Außenpolitik, aber auch der inneren Sicherheit zu verwenden. Wie bewerten Sie die Lage? Was erleben wir im Moment?

C.S.: „Terror“ und „islamistischer Terror“ sind zu den Hauptchiffren für Fremdenfeindlichkeit, Flüchtlingsabwehr und mehr Polizeistaat geworden. Ungarns rechtsradi-

kaler Präsident Orban hat erklärt: Jeder einzelne Migrant stellt ein Terrorrisiko dar. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Seehofer sagte nach dem Attentat in München, nun sei der islamistische Terror in Deutschland angekommen. Tatsächlich hat der Münchner Attentäter, ein Iraner, aus einer rechtsradikalen Perspektive gehandelt und geschossen. Der norwegische Nazi-Massenmörder Anders Behring Breivik war einer seiner Heroen. Seine neun Todesopfer hatten allesamt einen Migrationshintergrund.

Die bayerische Polizei setzte 2.300 Einsatzkräfte ein, um gegen ihn vorzugehen, darunter die GSG-9 und die österreichische Spezialeinheit „Cobra“. Binnen Minuten wurde das Einsatzkonzept „Sonderlage nach Amoklauf“ zur „akuten Terrorlage“ hochgedreht, obwohl es sich um einen einzelnen Attentäter handelte. Der Nahverkehr wurde lahmgelegt, der Hauptbahnhof geschlossen, die sozialen Netze berichteten von Schüssen überall. Die Polizei produzierte Panik und Terrorhysterie in einer dadurch gelähmten Millionenstadt.

München steht dabei symbolisch für den gesellschaftlichen Aufriss, an dem gearbeitet wird: Die Terrorangst wird entfacht, um humane und demokratische Grundsätze vollends fahren zu lassen. Der Ausnahmezustand soll zum Dauerzustand werden. In ihrem Neun-Punkte-Plan hat Merkel nun Bundeswehreinheiten im Innern und mehr Abschiebungen angekündigt. Der bayerische Innenminister hat das präzisiert und verlangt, dass auch in Krisengebiete abgeschoben wird.

Das bricht mit der aktuellen Rechtslage, und darum geht es auch: die Bevölkerung so weichzuklopfen, dass sie weiteren Demokratieabbau und organisierten Fremdenhass hinnimmt oder sogar selbst entfacht. Vergessen wir nicht, dass sich die Zahl der rechtswidrigen Attacken auf Flüchtlinge im letzten Jahr verfünffacht hat, allein an die 100 Brandanschläge auf Flüchtlingsheime gab es in diesem Jahr. Und die regierungsamtliche Propaganda vom allgegenwärtigen „islamistischen Terror“ wird die Gewalttäter in ihrem rassistischen Wahn nur weiter beflügeln.

*Während die Bundesregierung den Ausbau ihrer Gewaltorgane ankündigt, sagt sie andererseits kein Wort zu den Ursachen von Flucht und Terror, die sie zu einem guten Teil selbst zu verantworten hat.*

Sie müsste endlich eine friedliche Außenpolitik organisieren. Stattdessen beteiligt sie sich an Kriegen im Nahen und Mittleren Osten mit Hunderttausenden zivilen Opfern und hat ihre Rüstungsexporte gerade auch in Krisengebiete auf Rekordhöhen hochgetrieben. Sie müsste den Sozialstaat in Deutschland für alle ausbauen, auch für die Migranten.

Stattdessen nimmt die Verarmung in Deutschland zu, wird die soziale und medi-

zinische Versorgung der Flüchtlinge weiter blockiert und diesen jetzt sogar damit gedroht, in Krisen- und Kriegsgebiete abgeschoben zu werden. Das ist de facto ein Aufzuchtprogramm des Terrorismus.

*Das heißt, unsere Eliten organisieren eine Art „Gewaltspirale“, wie auch der Friedensforscher Daniele Ganser diese immer wieder konstatiert, die auf der einen Seite zu Radikalisierung und auf der anderen dann zu Demokratieabbau und Sicherheitsstaat führt? Meinen Sie, das ist sozusagen so gewollt; ich meine, dass die Eliten gezielt daran arbeiten, den Polizeistaat zu errichten? Oder ist das Ganze schlicht Folge einer „Recht des Stärkeren“- respektive „Law and Order“-Mentalität, die per se nie auf die Idee kommen würde, die sozialen Ursachen von Gewalt zu erforschen oder die Macht- und also Eigentumsfrage zu stellen?*

Pierre Bourdieu hat in die „linke Hand“ und in die „rechte Hand“ des Staates unterschieden. Mit der linken Hand ist der Sozialstaat gemeint, mit der rechten die staatlichen Gewaltorgane. Max Weber hat den Staat bekanntlich als Inhaber des Gewaltmonopols definiert. Erste Aufgabe kapitalistischer Staaten ist die Sicherung des kapitalistischen Eigentums. Je mehr die „linke Hand“ verkümmert, desto mehr muss der Staat mit seiner „rechten Hand“ zuzahlen.

Der rapide Abbau der Sozialstaatlichkeit im Neoliberalismus sorgt für den Abbau der freiwilligen Zustimmung zur gesellschaftlichen Ordnung. Alle Untersuchungen belegen, dass die Menschen den Glauben an eine bessere Zukunft für sich und ihre Kinder verlieren und den politischen und medialen Eliten zutiefst misstrauen. Wenn die Menschen aber nicht mehr freiwillig mitziehen, dann muss die Elite die Elemente des Zwangs verstärken, auch die der medialen Einflussnahme. Das passiert derzeit.

Terror und islamische Bedrohung sind vor allem die Alibis für diese Art von Hochrüstung der staatlichen Gewalt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Bundestag den Einsatz der Bundeswehr im Innern beschließen wird. In Verantwortung für die Sicherheit der Bürger, versteht sich. Er kann ja schlecht sagen, da in der Bevölkerung die Zustimmung zu unserem System immer mehr abnimmt, müssen wir jetzt die Gewaltelemente verstärken.

Ob das so gewollt und strategisch geplant ist? Zur Strategie des neoliberalen Kapitalismus gehört auf jeden Fall der Abbau des Sozialstaates und die hemmungslose Bereicherung des 1 Prozent. Klügere Strategen haben von Anfang an mit einem Schwund der freiwilligen Zustimmung zum kapitalistischen System gerechnet. Huntington hat schon vor 25 Jahren als ideologischen Hauptgegner den Islam ausgemacht.

Wenn Sie sich die Papiere der Bundesregierung und ihrer wissenschaftlichen Apparate

zur „Verteidigungspolitik“ anschauen, dann sehen Sie eine systematische Beschwörung Deutschlands als „weltpolitische Gestaltungsmacht“, einschließlich Rüstungsexporten und Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Jetzt werden Inlandseinsätze nötig. Natürlich ist das geplant und zielgerichtet.

Schauen Sie sich beispielsweise die Politik der deutschen Regierung in Sachen TTIP und CETA an. Sie wollen einen Handelsblock schmieden, der sich nach innen gegen alle sozialen Forderungen, die das Eigentumsrecht der großen Konzerne beschneiden würde, immun macht, und der nach außen die Handelsregeln global festlegen würde, zum Nachteil der Länder des Südens. Wer eine solche Politik für die Elite ganz oben gegen den Rest der Welt durchziehen will, der braucht starke Gewaltorgane.

*Was ich beobachte, ist, dass es zunehmend auch zu einer Art „Links-Rechts-Konfrontation“ kommt, die mehr und mehr linke und kritische Positionen einzuordnen beginnt. Will sagen: Umso schlimmer die Terrorhysterie wird, umso mehr auch Linke sprechen von „innerer Sicherheit“, Gefahrenlage etc. pp. Verschiebt sich hier ob der Angst womöglich der Diskurs, meine: engt sich der Raum des Sagbaren immer weiter gegen anti-humaner Positionen ein?*

Auch die Linke muss die innere Sicherheit als wesentlichen Bestandteil der sozialen Frage begreifen.

Ich kenne die USA, wo ich einige Jahre gelebt habe, ganz gut. Dort haben Sie mittlerweile „Gated Communities“, von privaten, teuren Sicherheitsdiensten bewachte Gemeinden, wo die Reichen ihr sicheres Leben führen, und Sie haben verwahrloste, kriminelle Bezirke, die umso krimineller und verwahrloster sind, je ärmer die Menschen sind, die dort leben müssen.

Sicherheit wird im neoliberalen Kapitalismus zu einer wertvollen Ware, die sich zu friedensstellend nur noch Reiche leisten können. Zu der sozialen Unsicherheit tritt die zivile Unsicherheit für die Subalternen. Das muss geändert werden. Zu den Forderungen der Linken muss der Ausbau der polizeilichen Kräfte gehören, aber polizeiliche Kräfte, die demokratisch kontrolliert und eingesetzt werden. Das Sicherheitsniveau im sozialen Brennviertel darf nicht schlechter sein als in den Villenvierteln.

Und der wesentliche Punkt ist die demokratische Kontrolle dieser Gewaltapparate. Was Polizei, Geheimdienste und Bundeswehr anlangt, kann doch von effektiver demokratischer Kontrolle keine Rede sein. Wir brauchen demokratische Räte, die sich aus Vertretern der Parlamente, der Kommunen, der Gewerkschaften, sozialen Gruppen und der Beschäftigten der Gewalteinrichtungen zusammensetzen und diese permanent kontrollieren. Wem das zu zukunftsfern klingt, der sollte sich keine Gedanken mehr machen über die Gesellschaft, die wir haben wollen.

Wo die linken Positionen links bleiben, unterscheiden sie sich diametral von jenen der Konservativen und Rechten. Gibt es eine Art „Grundwiderspruch“ zwischen linken und rechten Antworten auf den Terror? Und wenn ja, woran macht man diesen fest?

Der Grundwiderspruch besteht darin, dass rechte Positionen stets Gefahren konstatieren, die sie für in der „[Conditio Humana](#)“, der menschlichen Verfasstheit, begründet sehen. Nach den Terrorakten von Nizza und Würzburg hat Innenminister de Maizière etwa behauptet, es gehöre leider zum menschlichen Leben, dass es solche Gewaltexzesse gebe.

Neben dem „islamischen Terrorismus“ tritt im konservativen Erklärungskanon die psychotherapeutische Deutung auf. Alle Täter, heißt es, würden eine starke Persönlichkeitsstörung oder gar -zerstörung aufweisen. Nur solche gestörten Persönlichkeiten würden in die Welt des Terrors abdriften, gesunde Personen täten das nicht. Dass Traumatisierungen und Persönlichkeitsstörungen nicht vom Himmel fallen,

sondern im Wesentlichen soziale Ursachen haben, wird von den konservativen Terrordeutern grundsätzlich geleugnet. Dementsprechend sehen die Rechten als Antwort auf den Terrorismus die Abschottung der Außengrenzen und die Perfektionierung des Polizeistaats nach innen. Für die Linke hingegen ist der Terrorismus eine Folge der globalen und nationalen Unterdrückung und der wachsenden sozialen Ungleichheit. In Deutschland besitzt das reichste Prozent der privaten Haushalte ein Drittel des Gesamtvermögens, während die Mehrzahl des großen Restes so gut wie kein Vermögen besitzt, aber fast jeder Fünfte armutsgefährdet ist. Jede wirkliche Ursachenbekämpfung muss an diesen sozialen Übeln ansetzen.

Die „traumatisierten“ Gewalttäter in Frankreich, Belgien und auch bei uns kommen mehrheitlich aus der zweiten Generation von Migranten, die in sozial unterversorgte Enklaven abgeschoben wurden. Wer den Terrorismus überwinden will, sagt die Linke, muss für würdevolle Lebensbedingungen für alle sorgen. Ohne diese geht es nicht, soziale Sicherheit und Frieden sind

die Grundlage für so etwas wie Sicherheit.

*Und das aber wird durch die politische Rechte und ihre Propaganda negiert?*

Ja, die rechte Propaganda deutet die soziale Frage in einen Verteilungskampf um, der zwischen Innen und Außen und nicht zwischen Oben und Unten im Klassengefüge der einheimischen Gesellschaft geführt wird. Als Gegenspieler werden die eigene, zivilisierte Kultur und die vermeintlich minderwertige Kultur und Religion der anderen ausgegeben.

Und dass die Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Ausländer so gewaltig zugenommen haben, erklärt selbst der Innenminister von Nordrhein-Westfalen damit, dass die Menschen sich das trauen, weil sie glauben, dass ihre rassistische Haltung jetzt begrüßt und gutgeheißen wird. Ich bedanke mich für das Gespräch.

*Dieser Text erschien zuerst auf den „[NachDenkSeiten – die kritische Website](#)“. Die Verwertung durch uns erfolgt im Rahmen der Creative Commons Lizenz 2.0 Non-Commercial, unter welcher er publiziert wurde.*

## Otto König / Richard Detje Militärbündnis EU wird ausgebaut

11. Oktober 2016

### Bratislava-Agenda als Fahrplan zur Militarisierung

Europa, das in Folge der neoliberalen Austeritätspolitik sozial auseinanderdriftet und in der Flüchtlingsfrage zwischen nationalistischen Egoisten und menschenfeindlicher Abschottungspolitik zerrieben wird, soll ausgerechnet über einen Militarisierungsschub wieder zu mehr Einigkeit finden. Die »gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik« ist auserkoren, die zentrifugalen Tendenzen zu bremsen und zum einigenden Band der zerbröselnden Staatengemeinschaft zu werden.

Das einzige Thema, auf das sich alle EU-Mitgliedstaaten derzeit einigen können, ist »mehr Sicherheit«. Immer mehr Papiere werden publiziert – deutsch-französische, ein italienisches, eines der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini – mit der eindeutigen Botschaft: Europa muss in Sachen Verteidigung schlagkräftiger gemacht werden. Die EU dürfe nicht länger allein von der militärischen Macht und Fähigkeit einzelner Länder abhängen.

Der angekündigte Austritt Großbritanniens hat für die EU-Militärpolitik neue Spielräume eröffnet. Schon wenige Tage nach dem Brexit-Votum präsentierten Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein französischer Kollege Jean-Marc Ayrault Grundelemente für eine »europäische Sicherheitsagenda«. [1] »Äußere Krisen« sei-

en »zahlreicher geworden und geographisch näher an Europa herangerückt«, ist in dem Papier zu lesen.

Deshalb solle die EU, um »zivile und militärische Operationen wirksamer planen und durchführen« zu können, eine »ständige ... zivil-militärische ... Planungs- und Führungsfähigkeit« installieren und die »Anstrengungen auf dem Gebiet der Verteidigung« verstärken. Die EU-Staaten sollen »ihre gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich ihrer Verteidigungshaushalte« bekräftigen und einhalten.

Vor dem Gipfel der EU-Regierungschefs in der slowakischen Hauptstadt Bratislava im September legten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihr französischer Kollege Jean-Yves Le Drian mit ihrem Papier »Erneuerung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU« (GSVP) nach. [2] Die Ende Juni von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini vorgestellte neue »EU Global Strategy on Foreign and Security Policy« erfordere, so die beiden Minister, ein militärisch »stärkeres Europa«.

Es gehe nicht um eine europäische Armee, sondern um eine verstärkte Zusammenarbeit, und dazu sei der Aufbau eines »ständigen zivil-militärischen Hauptquartiers« zur Steuerung von zivilen und militärischen EU-Missionen und Operationen notwendig. Das Papier enthält Vorschläge zur gemeinsamen Finanzierung von EU-Interventionen

und plädiert für eine Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie.

Diese Vorschläge sollen zunächst von einer kleinen Gruppe EU-Staaten – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande sowie die Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn – vorangetrieben werden, deren militärischem Zusammenschluss sich später weitere Staaten anschließen können. Um dieser Militärkooperation das notwendige politische Gewicht zu geben, sollen sich die Treffen des Europäischen Rats künftig regelmäßig auch dem Thema »Sicherheit und Verteidigung« widmen.

Die beiden deutsch-französischen Positionspapiere entsprechen weitestgehend den Vorstellungen, die Berliner Außen- und Militärpolitiker seit ein paar Jahren äußern. [3] Mit der Verabschiedung des Weißbuchs 2016 »Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« wurde quasi ein offizielles Ergebnis gefunden. In dem Dokument betont die Große Koalition, man sei bereit, »die globale Ordnung aktiv mitzugestalten« und »Führung zu übernehmen«.

Die globale außen- und sicherheitspolitische Strategie der EU werde wesentlich dazu beitragen, die »Handlungsfähigkeit der Union in ihren Außenbeziehungen zu stärken«. Deutschlands strategische Prioritäten lägen in einer fortschreitenden Integration europäischer Streitkräfte, der Stärkung des europäischen Pfeilers in der

NATO sowie im kohärenten Zusammenwirken zwischen NATO und EU.

Bei der Bereitschaft, militärische Macht einzusetzen, geht es nicht nur um die Kontrolle nationalstaatlicher und/oder Außengrenzen der EU, sondern ganz generell um die Durchsetzung strategischer und ökonomischer Interessen. »Der politische Wille nach einer globalen (Mit)-Führung kann nur dann geltend gemacht werden, wenn er auch machtpolitisch unterfüttert wird«, schreibt Carlo Massala, Professor an der Bundeswehr-Universität in München.[4]

Entsprechend seien die Auslandseinsätze der Bundeswehr im sogenannten »Krisengürtel« rings um Europa von Afghanistan über Mali, Libyen und Syrien bis zum Irak getragen von der Überzeugung, »sicherheitspolitische Verantwortung« tragen zu müssen. Voraussetzung sei dafür eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr und eine stärkere militärische Zusammenarbeit in der EU.

Deshalb müsse »die Kooperation im Bereich der Verteidigung« ausgebaut werden, unterstrich Kanzlerin Angela Merkel auf dem »Dreier-Gipfel« mit dem französischen Staatspräsidenten François Hollande und dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi Ende August symbolträchtig auf dem Hubschrauberträger »Giuseppe Garibaldi«.

**Die ersten Weichen auf dem Weg zur Militarisation der EU wurden schon auf den Ratsgipfeln in Köln und Helsinki im Jahr 1999 mit dem Beschluss, eine »Schnelle Eingreiftruppe« aufzustellen, gestellt. Danach entwickelte sich das Projekt »Militärmacht Europa« mit »Lichtgeschwindigkeit«, so der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana. Die Einrichtung eines Militärausschusses und anderer für die Militärplanung relevante Institutionen folgten im Jahr 2000. Mit der Verabschiedung der »Europäischen Sicherheitsstrategie« 2003 bekam die Interventionsausrichtung der EU ein festes Rahmenwerk. Erste Militäreinsätze folgten noch im gleichen Jahr – inzwischen sind es 30 gemeinsame Militäreinsätze auf drei Kontinenten.**

Die Zusammenarbeit in Fragen der Verteidigungspolitik müsse zur »Norm, nicht zur Ausnahme« werden, schrieb die EU-Außenbeauftragte in ihr Papier »Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik«, in dem sie feststellt: »Wir müssen bereit und in der Lage sein, abzuschrecken, zu antworten und uns zu schützen gegenüber Aggressionen, Provokationen und De-

stabilisierung«. Zwei Schwerpunkte für Investitionen sieht Mogherini in der militärischen Aufklärung und verbesserten digitalen Fähigkeiten. Damit findet sie nicht nur in einer ganzen Reihe EU-Staaten Gehör, sondern ermunterte auch den ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán, die Debatte über den »Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee« wieder anzustoßen.

Es war EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, der sich den Großteil der kursierenden Vorschläge zu eigen machte und in seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 in Straßburg erklärte: »Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus. ... Europa muss mehr Härte zeigen.« Die EU könne es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln. Es gelte die **EU-Battle-Groups** einsatzbereit zu machen. Gemeinsame Rüstungsgüter könnten der EU in einzelnen Fällen übergeben werden, um die Interventionsfähigkeit unterstützen – »**selbstverständlich in uneingeschränkter Komplementarität mit der NATO**«.[5]

Juncker plädiert für eine Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes, denn »eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie«. Ein europäischer Verteidigungsfonds könne der »Forschung und Innovation einen kräftigen Schub« verleihen. In diesem Zusammenhang stellte EU-Kommissar Jyrki Katainen **Pläne** für sogenannte »Europäische Verteidigungsanleihen« (**European Defence Bonds**) in Brüssel vor, mit denen die Mitgliedstaaten zusammen Kapitalmärkte anzapfen könnten, um zum einen gemeinsam Rüstungsgüter wie Drohnen, Kriegsschiffe und diverse Cybertechnologie anzuschaffen und zum anderen in die Terrorabwehr und den Schutz der Außengrenzen vor Flüchtlingen zu investieren.

Während Deutschland, Frankreich und Italien auf dem EU-Gipfel in Bratislava für »Gemeinschaftsprojekte« in der Sicherheitspolitik warben, sperrten sich die Briten. Schon nach Bekanntwerden der deutsch-französischen Initiative hatte sich Londons Verteidigungsminister Michael Fallon besorgt über eine »unnötige Verdopplung dessen, was wir bereits in der NATO haben«, geäußert. London werde sich »auch weiterhin jedem Versuch widersetzen, einen Rivalen zur NATO zu schaffen.«

Unabhängig von den Bedenken der vor dem Absprung stehenden Briten soll es mit der Militarisation der EU zügig gehen: Der »**Bratislava-Fahrplan**«, auf den sich

die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten außer Großbritannien geeinigt haben, verlangt ausdrücklich die »**Verstärkung der EU-Zusammenarbeit im Bereich der externen Sicherheit und der Verteidigung**«. Bis zum nächsten EU-Verteidigungsministertreffen Mitte November soll Federica Mogherini ein beschlussfähiges Konzept vorlegen – dazu soll der Aufbau eines »operativen EU-Hauptquartiers« gehören. Dann soll, wie es in der »**Erklärung von Bratislava**« heißt, »über einen konkreten Zeit- und Umsetzungsplan für Sicherheit und Verteidigung« entschieden werden.

Dies als »Motor für das weitere Zusammenwachsen Europas« auszugeben, ist das Gegenteil eines solidarischen, demokratischen und sozialen Europa.

[1] Jean-Marc Ayrault/Frank-Walter Steinmeier: Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt, <http://www.auswaertiges-amt>

[2] »Erneuerung der GSPV« – Deutsch-französische Verteidigungsinitiative. [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de), 12.9.2016.

[3] Bundespräsident Joachim Gauck kann drei Jahre nach seinem erstmaligen Plädoyer im Rahmen der »Einheits«-Feierlichkeiten in Dresden im Jahr 2013, dass Deutschland sich künftig stärker als bisher in die internationale Politik – auch militärisch – einmischen müsse, auf eine erfolgreich abgeschlossene Kampagne zurückblicken. Vgl. Otto König/Richard Detje: Gauck fordert Ende der »Zurückhaltung«, auf [SozialismusAktuell](http://www.sozialismus.de), 22.6.2014.

[4] Vgl. Carlo Massala: Europa zwischen USA und Russland – Ist eine europäische Armee die richtige Antwort? In: Gerd F. Kaldrack/Hans-Gert Pöttering (Hrsg.): Eine einsatzfähige Armee für Europa. Zur Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon, Wiesbaden 2011.

[5] Vgl. Jürgen Wagner: Bratislava – Agenda EU-Rüstungsschub nach dem Brexit, [IMI-Analyse 2016/34](http://www.sozialismus.de).

Quelle: [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

12.11.2016: Aus [Protest](http://www.sozialismus.de) gegen die Militarisation und unmenschliche Flüchtlingspolitik der EU haben **Attac-Aktive und Friedensbewegte EU-Kommissarin Federica Mogherini in Bonn einen "Goldenen Panzer für Aufrüstung und Abschottung" überreicht.**

aus dem [Vertrag von Lissabon, 2009](http://www.sozialismus.de) - Seite 45 (Punkt 49 c): "Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern." S. auch dazu: Martin Hantke und Tobias Pflüger : EU: Aufrüstung und Militarisation in „Die europäischen Attac sagen "Nein" zum EU-Reformvertrag (2008)“, [SiG-Bibliothek](http://www.sozialismus.de)

## IMI-Kongress am 18.-20. November 2016 in Tübingen Kritische Bilanz der EU-Außenpolitik

<http://www.imi-online.de/2016/11/10/imi-kongress-kritische-bilanz-der-eu-aussenpolitik/>

# Mike Nagler (attac Koordinierungskreis)

## Eine starke unabhängige Friedensbewegung ist unbedingt notwendig

Redebeitrag auf der bundesweiten Friedensdemonstration am 8.10. in Berlin

Liebe Freunde,  
schön das so viele Menschen heute auf der Straße sind! Wir sind heute hier weil wir Nein sagen zu den neuen Aufrüstungsplänen der Regierung! Wir sagen Nein zu Waffenproduktion und Rüstungsexporten! Wir sagen Nein zur Aushöhlung des Asylrechts. Wir sagen Nein zur Abschottungspolitik des EU Grenzregimes. Wir sagen Nein zu einer Politik die zunehmend auf militärische Konfrontation setzt!

Wir sagen JA zu Dialog, Kooperation und friedlicher Konfliktlösung. Wir sagen JA zu Abrüstung: Die Waffen nieder – Überall!

### Was ist das eigentlich für eine Zeit?

Eine Zeit, in der uns Politiker erzählen, es wäre kein Geld für Bildung, kein Geld für Soziales vorhanden. Dann aber gleichzeitig ein beispielloses milliardenschweres militärisches Aufrüstungsprogramm ankündigen. Eine Zeit, in der in Europa Atomwaffen modernisiert und wieder einsatzbereit gemacht werden.

Eine Zeit, in der völkerrechtswidrige Drohenkriege mit unzähligen zivilen Opfern geführt werden.

Eine Zeit, in der über 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind. Auf der Flucht auch vor deutschen Waffen, auch wieder vor deutschen Soldaten.

Eine Zeit, in der das Asylrecht faktisch außer Kraft gesetzt wird und gleichzeitig auf EU Ebene mit der Verschärfung der Dublin Regelungen Geflüchtete schutzlos gestellt werden.

Eine Zeit, in der die Deutsche Bank nach weiteren Rettungspaketen schreit und in der deutschen Außenpolitik immer militaristischere Töne zu hören sind.

### Es ist eine Zeit, in der eine starke unabhängige Friedensbewegung unbedingt notwendig ist.

Die Menschen hier und überall auf der Welt wollen keine Kriege! Sie wollen keine Aufrüstung – sie wollen Frieden! Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und deshalb sind wir heute auf der Straße!

Seit 1945 gab es nicht mehr so viele Menschen, die auf der **Flucht vor Krieg und Hunger** waren wie heute. Viele Menschen werden gezwungen ihre Länder zu verlassen, weil sie dort keine Perspektiven mehr sehen.

Gestern, vor 15 Jahren, **am 7. Oktober 2001, begann die Bombardierung Afghanistans**. „Krieg gegen den Terror“ hieß die Parole und eine gewaltige Militarismusmaschine wurde in Gang gesetzt!

Die Zahl der Kriegstoten wird bis heute allein in Afghanistan auf bis zu 500.000 geschätzt. Heute, 15 Jahre später, ist noch immer kein Ende der Katastrophe in Sicht.

Die Bilanz ist ein Desaster: Tausende unschuldige Zivilisten wurden getötet, viele Menschen befinden sich auf der Flucht und das Land ist heute komplett zerstört. Darüber hinaus hat sich die Zahl der **Kriegsschauplätze** fast Jahr für Jahr vergrößert: **Irak, Somalia, Sudan, Libyen, Ukraine, Mali, Syrien...die Liste der Einsatzgebiete auch der Bundeswehr ist lang.**

Die Erfahrungen aus dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“ sind eindeutig: Wer Terror mit Krieg bekämpft erntet mehr Krieg und mehr Terror.

Darum sagen wir: Nein zum Krieg.

### **Schluss mit den Auslandseinsätzen.**

Aktuell liegt der deutsche Militärhaushalt bei ca. 35 Milliarden jährlich. Die Einhaltung der NATO-Beschlüsse verlangt nun eine Anhebung auf 2% des Bruttoinlandsproduktes. Das entspricht nahezu einer **Verdopplung der Militärausgaben in den nächsten 8 Jahren**. Hierfür scheint Geld dazu sein. Angesichts des riesigen Investitionsstaus im sozialen Bereich, beispielsweise in Höhe von 34 Milliarden allein bei den Schulen, ist das unbegreiflich. Frau von der Leyen hat im Januar sogar 130 Milliarden zusätzlich für die Aufrüstung der Bundeswehr bis 2030 angekündigt. Das sind Steuergelder, die zweckentfremdet werden. Wir fordern: Schluss damit! Statt die Bundeswehr für weitweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, diese Gelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Aber: Wofür das alles?

### **Warum diese massive Aufrüstung?**

### **Warum die neuen Militäreinsätze?**

Was wir getrost ausschließen können ist, dass es den Regierenden um Menschenrechte, Demokratie oder die Verbreitung von Wohlstand in der Welt geht. Denn dazu braucht man keine Armeen, dazu braucht man keine Militärinterventionen, keine Aufrüstungsprogramme und Waffenexporte.

Deutschland und der EU geht es darum, sich für die Auseinandersetzungen im weltweiten Konkurrenzkampf zu wappnen.

Es geht um den Zugang zu fossilen Energiereserven und anderen Rohstoffen.

Es geht um die Positionierung im globalen Kampf um Märkte und Profite.

Es geht auch um die militärische Abschottung der „Festung Europa“ gegenüber den Menschen, die wir mit unserer verfehlten Wirtschafts- und Handelspolitik zu ewiger Armut verdammt haben.

Die Abschiebungs- und Abschottungsagentur Frontex wurde erst in dieser Woche mit neuen Befugnissen ausgestattet, um Überwachung und Abschottung im Mittelmeer noch rigoroser umzusetzen.

Um diese Gewaltpolitik durchzusetzen, wird sie der Bevölkerung schmackhaft gemacht, indem Feindbilder geschaffen werden! Der „islamistische“ Terrorismus und die Länder Nordafrikas über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentralasien eigeneten sich in den letzten Jahren hervorragend für die neuen Feindbildprojektionen der alten und neuen europäischen Kolonialmächte.

Und angesichts der Stationierung deutscher Soldaten in Osteuropa, nun auch in Litauen, muss man ganz deutlich sagen: Wir haben in Europa nur eine friedliche sichere Zukunft mit, nicht ohne Russland und schon gar nicht gegen Russland.

Es ist absolut notwendig, dass viele Menschen deutlich machen, dass sie nicht bereit sind, die neuen Großmachtambitionen und Kriegsabenteuer hinzunehmen.

### **Wir fordern die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!**

### **Wir fordern den Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO.**

Für Heckler & Koch, Rheinmetall, Krauss Maffei Wegmann und Co. war das vergangene Jahr ein gutes Jahr. Nie vorher waren die Rüstungsexporte so hoch wie im vergangenen Jahr. Nach wie vor gilt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

### **Wir fordern: Rüstungsproduktion und Waffenexporte müssen gestoppt werden!**

Solange sich mit Krieg Geld verdienen lässt, wird es auch Kriege geben. Nur wenn die Wurzeln, nur wenn die Ursachen von Kriegen, der Kapitalismus und Imperialismus, beseitigt sind, wird es wirklich dauerhaft Frieden geben können.

Denn **Kapitalismus und Demokratie sind niemals miteinander vereinbar**. Zum Aufbau einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft ist eine andere Wirtschaftsordnung eine unabdingbare Voraussetzung.

Und hierfür ist die Frage nach dem Eigentum die wichtigste, an der sich alles andere festmacht. Eine wirklich demokratische Gesellschaft verhindert die aus großen privaten Vermögen resultierende Machtzusammenballung. Eine wirklich demokratische Gesellschaft lässt das Vermögen denen, die es durch ihre Arbeit schaffen. Das ist und bleibt die Voraussetzung einer strukturell friedlichen Welt.

### **Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Nein zu Krieg and Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU!**

### **Wir wollen Dialog, weitweite Abrüstung und friedliche zivile Konfliktlösungen!**

Eine andere, eine gerechtere and friedlichere Welt ist möglich!

In diesem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Demonstration.

# Attac Frankreich

## Strategische Orientierung 2016-2019

Die Vorlage zur strategischen Orientierung 2016 – 2019 wurde im Rahmen der Jahreshauptversammlung am 30. Januar 2016 besprochen und verändert, nach einer Debattenphase fand zwischen dem 15. April und dem 15. Mai 2016 eine Abstimmung per Briefwahl über Ergänzungen und Änderungen. An der Abstimmung nahmen von knapp 10000 Mitgliedern von Attac Frankreich rund 2700 teil.

Der so entstandene [Text](#) wurde auf der [Attac-Vollversammlung](#) Ende Mai 2016 verabschiedet.

Die strategische Orientierung für die Jahre 2013-2016 - „**Gegenmacht aufbauen**“ - ist in [SiG 101](#) erschienen.

### Identität und Strategie von Attac

Die durch die Finanzwelt und die private Verschuldung bedingte Krise von 2007-2008 hat nicht dazu geführt, dass die neoliberale Politik in Frage gestellt wurde. Sie ist im Gegenteil in eine neue Blase der öffentlichen Verschuldung und Finanzspekulationen gemündet. Die Schwellenländer, die das weltweite Wachstum gesichert haben, versinken nunmehr erneut in einer enormen ökologischen und Finanzkrise, insbesondere China, das seine Wirtschaft neu orientieren muss. Der Welthandel ist nach der subprimes-Krise abgeflaut. Sobald die nächste Finanzkrise stattfindet, werden die meisten Regierungen die inzwischen kolossalen öffentlichen Schulden nicht weiter in die Höhe treiben können. Zudem werden die Zentralbanken nicht in der Lage sein, die Zinssätze, die ohnehin schon beinahe bei null stehen, weiter herunterzuschrauben. Der kapitalistische Globalisierungsprozess könnte sich umkehren und zu einer Epoche der Zersplitterung der Weltwirtschaft werden.

Im Laufe des nächsten Mandates 2016-2019 unserer Organisation, die Ende der Neunziger Jahre als Kampfansage gegen den sich durchsetzenden Neoliberalismus gegründet wurde, wird dieser neue Kontext uns stark beschäftigen. Der Neoliberalismus ist noch nicht am Ende, das Finanzwesen ist sogar nach 2008 noch konzentrierter und mächtiger geworden, seine Instabilität ist jedoch immer weniger kontrollierbar. Der identitäre Rückzug bestärkt zudem maßgeblich die Tendenzen zur Zersplitterung der Weltwirtschaft. Die Plünderung natürlicher Ressourcen, die militärischen Eingriffe im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika tragen zum blutigen Chaos in diesen Regionen bei und lösen somit die Auswanderung von Menschen aus, die nun auf die Grenzen der „Festung Europa“ stoßen.

Überall ruft die Brutalität der glauben- und gesetzlosen Finanzkapitalisten soziale, ökologische, feministische und demokratische Kämpfe hervor, andererseits generiert sie jedoch fundamentalistische, sexistische, nationalistische oder rassistische Reaktionen. Gewisse rechtsextreme Strömungen stellen sich als Feinde des Liberalismus dar, begnügen sich aber damit, dessen Zügellosig-

keit anzuprangern ohne jemals die Grundlagen des kapitalistischen Systems zu bekämpfen. Sie behaupten, dass sie das Volk gegen die Eliten vertreten, wälzen dann aber ihren Hass auf Sündenböcke aus dessen eigener Mitte (Ausländer, Flüchtlinge, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, sozial Ausgegrenzte usw.).

Angesichts der zunehmenden sozialen Gewalt reagieren die Regierungen mit Unterdrückung, mit der Kriminalisierung von Whistleblowern und Sozialbewegungen, mit Sicherheitspolitik und mit einer generellen Überwachung, was die öffentlichen Freiheiten und die Demokratie bedeutend beeinträchtigt und das Gefühl der Enteignung nur verstärkt. Die sozialen Bewegungen bleiben ihrerseits gespalten - das betrifft insbesondere die Gewerkschaften, die mit strategischen Fragen konfrontiert sind - und sind unfähig, die von der neoliberalen Globalisierung am meisten betroffenen sozialen Gruppen zusammenzubringen. Deren Mobilisierungen, Kritiken und Vorschläge werden von den Medien weitestgehend ignoriert. Diese Medien sind ohnehin in der Hand einiger großer privater Gruppen, deren Einfluss die Informationsvielfalt maßgeblich bedroht. Dementsprechend ist in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang der Mobilisierungen im sozialen Bereich und im Kampf gegen die Austeritätspolitik zu verzeichnen. Die Griechenland-Krise hat den Mangel an Koordination der Bewegungen in der EU und das Vakuum in der politischen Debatte aufgezeigt, deren Konsequenzen heute deutlich werden. Gleichzeitig gewinnen andere soziale und ökologische Bewegungen an Einfluss, wie zum Beispiel der Widerstand gegen die großen unnützen und aufgezwungenen Projekte, die Bewegung für Klimagerechtigkeit oder die feministischen Bewegungen.

### Die wesentlichen Dimensionen der Identität von Attac

Nach jahrzehntelangen sozialen Niederlagen und ideologischen Rückschritten ist die Rückgewinnung des Einflusses durch intensive Basisarbeit erforderlich. Attac hat es sich in diesem schwierigen Kontext der immer währenden Krise zur Aufgabe gemacht, die Klärungsprozesse wieder in Schwung zu bringen und neu zu gestalten.

Attac hat zudem versucht, die Bewegungen auf allen (lokaler, nationaler, europaweiter und internationaler) Ebenen zu unterstützen und zum Aufbau sowie zur Verstärkung und Sichtbarkeit der internationalen Solidarität beizutragen. Das findet u.a. im Rahmen des „Alter Summit“, der Bewegung für Klimagerechtigkeit, des „World Social Forum“ (WSF) und des europäischen und weltweiten attac-Netzwerks statt; Attac schenkt den neuen Mobilisierungsformen (Indignados und Occupy, Alternatiba, Blockupy, europäische Märsche gegen die Austeritätspolitik, weltweite Frauenmärsche...) besondere Aufmerksamkeit.

Unser Widerstand gegenüber der neoliberalen Politik bezweckt nicht die Neubelebung einer verklärten Vergangenheit - Einheit der nationalen oder religiösen Gemeinschaft - sondern zielt auf eine weltweite politische Gemeinschaft der Menschen, die es schaffen könnte, den grenzenlosen Herausforderungen die Stirn zu bieten: Wohlstandsgefälle, Ungleichheiten der Geschlechter und Klimawandel, sowie auch deren Folgen: die Migration verzweifter Bevölkerungen. Die Bewegung für eine andere Welt tritt für das Projekt weltoffener Gesellschaften ein, die die Herrschaft des allgemeinen Wettbewerbs ablehnen. Daher muss sie versuchen, die Ebenen der demokratischen Souveränität, das Lokale mit dem Globalen und die Politik mit der Wirtschaft zu verbinden.

Der Verkehrsfreiheit von Kapital und Waren, sowie der Schließung der Grenzen und der herrschenden Einstellung des „jeder-für-sich“ möchten wir die Reise- und Kooperationsfreiheit der Menschen entgegensetzen, um gemeinsam nach Mitteln und Entscheidungen zum Schutz der Natur und Gesellschaft zu suchen.

Die politisch-wirtschaftliche Elite wird sich bemühen, ihre Privilegien zu verteidigen und sich ohne Zögern entscheiden, sich der profitorientierten Politik anzuschließen und somit eine maßvolle und gerechte Gesellschaft selbstherrlich ablehnen. Aufgabe der sozialen Bewegungen ist es, eine solche Politik und deren schreckliche Folgen zu verhindern und das Konzept einer solidarischen und kooperativen Gesellschaft wünschenswert zu machen, die auf Demokratie und soziale wie Klimagerechtigkeit basiert.

## Die Grundlinien der Strategie von Attac

Die Strategie von Attac bewegt sich im Rahmen einer **dreifachen Grundüberlegung** und Praxis:

**Volksbildung** mit dem Ziel, einen Bruch mit der neoliberalen Politik und eine Überwindung des Kapitalismus und des patriarchalischen Leitbildes zu erreichen; **Projekte** des gesellschaftlichen Übergangs mittragen; **gewaltfreier Ungehorsam**.

Attac muss sich in den vielfältigen Widerstand einbringen, um einen echten Neuaufbau der Gesellschaft und der Natur zu fördern. Die neoliberale Diskurs muss entkräftet werden und der Widerstand muss sich gegen die wirtschaftliche und finanzielle Globalisierung, gegen die Finanzialisierung, die sich auf Gesellschaft, Natur und Demokratie auswirkt, entfalten. Genereller Freihandel, freier Wettbewerb, Finanzialisierung der Natur, Privatisierung der Gemeingüter und Produktivismus sind mit den sozialen, ökologischen und politischen Einrichtungen Institutionen nicht vereinbar, die zur Errichtung einer gemeinnützigen, vielfältigen, gerechten und überlebensfähigen Welt erforderlich sind.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, eine der treibenden Kräfte zur Veränderung der Gesellschaft, ist auf der Strecke geblieben, wobei die Austeritätspolitik die Frauen noch viel härter trifft und die Ungleichheit der Geschlechter noch um Einiges verstärkt.

Dieser Widerstand erfordert eine aktive **Volksbildung**, also die Aneignung von Wissen und eine Entwicklung der Expertisen der Bürger/-innen, die in der Lage ist, sich der Gehirnwäsche in jeglicher Form, insbesondere durch die vorherrschenden Medien zu widersetzen, und zudem kulturelle Aktivitäten in Stadtvierteln, wie Volksfeste (zum Beispiel Jahresfeier der Nacht zum 4. August 1789, wo die Privilegien des Klerus und des Adels abgeschafft wurden), öffentliche Kinovorführungen, gesellige Abende (Festtafeln) anbietet, alles Unternehmungen, die weite Teile der Bevölkerung erreichen, insbesondere die Jugend. Dem vereinfachenden Diskurs der Meinungsbildner setzt Attac fundierte Analysen und Vorschläge entgegen, die von Aktivistinnen und unter effektiver Mitarbeit der Bürger/-innen selbst erarbeitet sind. Es geht vor allem um den Abbau des weit verbreiteten Irrglaubens an einen heilbringenden Wachstum, der einzig und allein die Vollbeschäftigung sichern könnte. In diesem Sinne werden die sozialen, ökologischen und feministischen Kämpfe und der Widerstand gegen die Beschleunigung der kapitalistischen Akkumulation, gegen die großen und unnötigen, erzwungenen Infrastrukturanlagenprojekte und den Extraktivismus

vernetzt und aufeinander bezogen. In diesem Sinne werden auch Kämpfe gegen die Multis und deren Industrie- und Finanzlobbys geführt, die das Handeln der öffentlichen Stellen kolonisiert haben.

Zweitens ist unsere Strategie durch das aktive **Mitwirken an Projekten der Transition sowie an lokalen und systemkritischen Alternativen** gekennzeichnet: Genossenschaften und Kooperationen, neue Statuten für Unternehmen, wonach deren Kontrolle durch die Arbeitnehmer/-innen möglich sein soll, Sozial- und Solidarwirtschaft, Komplementärwährungen, genossenschaftlicher Wohnungsbau, kurze Handelswege, bäuerliche ökologische Landwirtschaft, dezentrale und kooperative Energieerzeugung bzw. -versorgung, Commons-Bewegung, Transition Towns usw.

Unverzüglich reagieren wir auf den Zusammenbruch des vorherrschenden Zivilisationsmodells und auf die Flucht nach vorne, indem wir zeigen, dass erstrebenswerte Alternativen jetzt schon möglich sind. Neue Welten werden aufgebaut, aus denen Gesellschaften entstehen, die fähig sind, sich auf die Erschütterungen einzustellen, die sie bedrohen, auf die finanziellen, ökologischen, technologischen und demokratischen Erschütterungen.

Denn wir wissen, dass das Ziel in den Mitteln selbst liegt, die genutzt werden, um es zu erreichen. Diese weltweit zahlreichen, aber scheinbar zersplitterten Alternativen haben gemeinsame Ziele, und sie entwerfen, initiieren und ermöglichen die notwendigen Umbrüche auf anderen Ebenen – auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene.

Und zuletzt können wir uns angesichts der Bedrohungen nicht damit begnügen, die leigale Zerstörung der menschlichen Gesellschaften, der Demokratie und der Natur einfach zu beklagen. Die Mehrheit der gewählten Vertreter\_innen regiert im Dienste des Finanzwesens und der transnationalen Unternehmen und nicht jenem der breiten Bevölkerung. Die Griechenland auferlegte Austeritätspolitik hat dies nur zu deutlich bestätigt.

Die aufgezwungene Politik ist nicht legitim, die Regierungen verraten ihre Versprechen und treten die Demokratie mit den Füßen. Daher rufen wir zu entschlossenen und gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams auf. Beschlagnahme- und Besetzungsaktionen, Wiedereroberung des öffentlichen Raumes, die „Zones à défendre“ (ZAD, „zu verteidigende Zonen“, eine Art politisch motivierte Besetzung) und selbstverwaltete Freiräume müssen Symbole und Stützpunkte werden, zur Auslösung einer global umfassenderen Bewegung des zivilen Ungehorsams.

## Die Schwerpunkte des Attac-Engagements

Das Attac-Engagement (Volksbildung, Alternativen und Erfahrungen für einen nachhaltigen Übergang, ziviler Ungehorsam) umfasst mehrere Schwerpunkte, die hier in separaten Rubriken vorgestellt werden. Der wichtigste Teil unserer Arbeit besteht darin, diese Schwerpunktbereiche wirksam und sinnvoll miteinander zu verknüpfen und sie mit Analysen und Handlungen anzureichern, die es möglich machen, in einem Kontext des globalen Zusammenbruchs zu denken und zu handeln. Die Fragen können nicht unabhängig voneinander behandelt werden, denn nicht weniger als eine zivilisatorische Veränderung ist notwendig. Wir brauchen neue Narrative, um das Umsteuern erstrebenswert, glaubwürdig und motivierend zu gestalten.

### Den Finanzsektor entwerfen

Acht Jahre nach der Finanzkrise scheint die Lage für die Finanzwirtschaft und die Banken so günstig wie noch nie zu sein. Die zaghaften Reformen im Finanzsektor, die nach der Krise eingeleitet wurden, werden bereits in Frage gestellt. Die Lobbys und die finanzpolitische Oligarchie blockieren die notwendigen Investitionen für einen Übergang der europäischen Wirtschaftssysteme hin zu nachhaltigen Wirtschaftsmodellen. Mehr als je zuvor muss Attac den Kampf zur Entwerfung der Finanzwirtschaft führen: Der Finanzsektor muss unter demokratische Kontrolle gestellt werden und nicht die Demokratie unter die Kontrolle der Finanzwirtschaft. Falsche Lösungen wie die Grüne Finanzwirtschaft müssen bekämpft werden.

Vor diesem Hintergrund engagiert sich Attac auf mehreren Ebenen:

- In Frankreich und in Europa sind die Staatsverschuldung und ihre Verknüpfung mit der Austeritätspolitik ein zentrales Thema. Im Rahmen der Bürgerinitiative für ein **Schuldenaudit** werden wir unsere Bemühungen zur Aufklärung, unsere Vorschläge und Mobilisierungen weiter fortführen.
- **Steuerbetrug, Steuerflucht** und aggressive Steueroptimierung führen in der EU zu geschätzten Steuerausfällen in der Höhe von rund 1000 Mrd. € pro Jahr. Das ist inakzeptabel. Attac wird auch in Zukunft den Kampf gegen die **Steueroasen** und die Verrechnungspreise der Konzerne fortsetzen. Attac setzt sich weiterhin für die Aufhebung der Doppelbesteuerungsabkommen ein und dafür, dass die "normalisierten" **Steuerschlupflöcher** aus dem französischen Gesetzentwurf über den Finanzsektor verschwinden.
- Attac macht sich stark für eine echte **Finanztransaktionssteuer** auf europäischer Ebene, um die Banken wieder unter gesell-

schaftliche Kontrolle zu bringen und ihre Aktivitäten in den Steuerparadiesen anzuprangern, besonders im Rahmen der **Kampagne „Requins“** („Haifische“).

Die Kampagne **„les requins“** prangert die Machenschaften von Multinationals wie Unilever, Total, Paribas, Vinci und stellt konkrete Forderungen zur Änderung ihrer Wirtschaftsweise



**„Faucheurs de chaises“**: bei solchen Aktionen werden Stühle aus Bankfilialen beschlagnahmt, als **Protest gegen Steuerflucht** (schätzungsweise 60-80 Mrd. € jährlich werden dem französischen Staat vorenthalten). Bild oben: erste Aktion von „Bizi“, Feb 2015.



**Kurzes Video über die Kampagne**  
Anlässlich des **Prozesses** gegen einen der Teilnehmer an dieser Aktion findet am **9. Jan 2017 in Dax** der **„Prozeß der Steuerflucht“** statt – mit Edgar Morin, Annick Coupé (attac Fr), José Bové, Eva Joly, u.v.m.



• Das Projekt der Kapitalmarktunion und der Investitionsplan für Europa der Kommission **Junker** sind Verbote einer neuen Offensive der Finanzmarkt deregulierung und der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen von Public-Private-Partnership Modellen. Attac muss gegen diese Pläne mobilisieren, indem es mit der Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle der Finanzwirtschaft und der Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegen hält.

### Für einen ökologischen, sozialen und feministischen Übergang

Die **ökologische Krise** verschärft sich und der Mythos vom unbegrenzten Wachstum vermeint zusehends die notwendige Neuorientierung der Wirtschaftssysteme in den Industrieländern hin zu einer Reduzierung der Güterproduktion und einer Senkung der Treibhausgasemissionen. Tag für Tag setzen die **Multis** ihre Beutezüge in den Gesellschaften und Ökosystemen fort, sie verhöhnen die Sozial- und Umweltrechte und entwickeln **zerstörerische Projekte** (große, unnütze Projekte, industrielle Landwirtschaft, Landnahmen und Denaturierungen, Exploration und Gewinnung von nicht konventionellen Kohlenwasserstoffen, weitere Förderung fossiler Brennstoffe, Wiederinbetriebnahme stillgelegter Minen, Privatisierung von Wasserressourcen, zivile und militärische Nuklearprojekte). Unter dem wachsenden Druck der Industrie- und Finanzlobbies unterstützen immer mehr Staaten diese Vorgehensweise, anstatt sie durch strenge Regeln zu beenden. Die Staaten sind nicht bereit notwendige Investitionen zu tätigen, um den ökologischen Erfordernissen und den gesellschaftlichen Dringlichkeiten wirksam zu begegnen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechen.



<https://france.attac.org/se-mobiliser/gaz-et-petroles-de-schistes/>



Der Widerstand gegen die Multis und das Aufzeigen von Alternativen hat die Position von Attac gestärkt, Denkanstöße und Analysen zum ökologischem Kollaps und zu seinen Auswirkungen auf unsere Weltanschauung zu liefern. Ein Bruch mit dem produktivistischen System ist notwendig. Das setzt voraus, dass Aktivitäten entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden, die sich an den gesellschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen orientieren und mit einer Reduktion der Arbeitszeit und lebenslangem Lernen verbunden sind: Das gilt für öffentliche Dienste (Bildungswesen, Gesundheitsbereich, Kultur, Wohnen, Wasserversorgung), für die soziale Sicherung und die Investitionen in erneuerbare Energien... Dieser Bruch ist nur mit einem tiefgreifenden Wandel der Organisation der Arbeit möglich, bezogen auf die Qualität wie auf die Arbeitszeit, eine Neuorganisation, die Schluss macht mit dem doppelten Last der Überlastung der einen und der Präkarisierung der anderen vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit.

Unabdingbare Grundlage dafür ist die Verteidigung und die Stärkung des Arbeitsrechts. Das **Arbeitsrecht** wird von der neoliberalen Politik gezielt zerstört, Tarifverhandlungen werden zu einem Werkzeug im Dienste der Konkurrenz unter Missachtung des ArbeitnehmerInnenschutzes. Die „Uberisierung“ der Wirtschaft bedeutet für die ArbeitnehmerInnen Präkarisierung und Vereinzelung. Attac tritt für alternative Regelungen der Arbeitswelt ein. Der Wert der Arbeit soll neu gedacht werden, unterschiedliche Berufslaufbahnen sollen gefördert und die wirtschaftliche (Beteiligung an der Steuerleistung) und soziale Solidarität (Krankenversicherung, Pensionen) gestärkt werden. Im aktuellen Kontext der Massenarbeitslosigkeit beteiligt sich Attac an der Diskussion der verschiedenen Vorschläge: bedingungsloses Grundeinkommen, Grundeinkommen, lebenslanges Gehalt, etc. - als Ergänzung oder Alternative zur Verbesserung der aktuellen Sozialhilfe und der damit verknüpften Bedingungen (RSA - „aktives Solidareinkommen“, Status der Freischaffenden, etc.), Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Schaffung von Arbeitsplätzen. Attac engagiert sich gemeinsam mit den Interessenten und Interessentinnen (Gemeinschaften, Bündnisse, Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Verbände, etc.) Denkräume und Strukturen zu schaffen, wo auf demokratische Art und Weise über die Entwicklung dieser Konzepte diskutiert wird und ad-hoc Mobilisierungen vorbereitet werden. Eine Systemänderung ist notwendig. Die Erfahrungen aus den Übergangsprozessen und die lokalen Alternativen zeigen den Weg zu einer anderen Welt. Der Kampf gegen den Klimawandel gehört zu unseren zentralen Anliegen. Er ist mit dem Kampf gegen den Freihandel, die Or-

ganisation des Finanzsektors und im Kampf gegen das grenzenlose Wachstum verknüpft. Diese Kämpfe werden öfter in Form von friedlichem und radikalem Ungehorsam geführt. Wir schlagen vor:

- Die Volksbildung fortzuführen. Attac leistet sowohl auf nationaler Ebene als auch über die lokalen Gruppen einen wichtigen Beitrag zu den Überlegungen über die verschiedenen Dimensionen des Übergangs in ein neues Gesellschaftsprojekt.

- Die Aktivitäten und Kampagnen von Attac auszuweiten, die in den Jahren 2013 - 2015 mit Blick auf die COP21 entwickelt wurden und die Widerstand, Ungehorsam und Alternativen umfassten. Dazu sind Erweiterungsstrategien notwendig, die bereits sehr konkret sind. Die Erfahrung mit Alternatiba bestätigt das. Attac wird auch in Zukunft diese Alternative aktiv unterstützen, die Hoffnung macht und unsere politische Praxis verändert.

- Attac soll ein wesentlicher Akteur bei der Schaffung einer Bewegung für die Klimagerechtigkeit sein. 2015 ist dafür ein Wendepunkt. Attac hat im Bündnis Coalition Climat 21 eine wesentliche Rolle eingenommen. Das wird auch so bleiben mit Blick auf die Post COP 21 Ereignisse und Diskussionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

## Gegen die multinationalen Konzerne, den Freihandel und die transatlantischen Verträge kämpfen

Die transatlantischen Verträge, die die Europäische Union aushandelt, TTIP mit den Vereinigten Staaten und CETA mit Kanada, stecken voller ernsthafter Gefahren: es geht nicht mehr nur darum, Zollschränken zu senken, man will auch unter dem Vorwand der Harmonisierung soziale, die Umwelt und das Gesundheitswesen betreffende Normen und sogar Finanzregulierungen angreifen. Die Verträge stellen außerdem eine Gefahr für die Demokratie dar, weil sie den multinationalen Konzernen erlauben gegen Regierungen vorzugehen, wenn Gesetze ihre Gewinne schmälern könnten.

Diese Verträge sind Teil einer globalen Offensive, um die Kontrolle der multinationalen Konzerne über unsere Gesellschaften zu verstärken, eine Offensive, die sich auch in der Wiederaufnahme der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) zeigt oder in den Verhandlungen für einen umfangreichen Vertrag zur Liberalisierung der Dienstleistungen, dem TiSA-Vertrag.

Angesichts dieser Drohungen haben Attac, ihre Partnerorganisationen sowie zahlreiche lokale Initiativen überall in Frankreich eine große Kampagne zur Frage der Freihandels- und Investitionsverträge gestartet. Die dafür erforderliche Arbeit wird in engem Kontakt

mit mehreren Gründungsmitgliedern von Attac durchgeführt.



Die verschiedenen Freihandelsverträge zum Scheitern zu bringen wird nicht ausreichen, um die politischen, ökonomischen und institutionellen Träger dieser Projekte zum Nachgeben zu bringen. Die Kampagne gegen diese Freihandelsverträge stellt ein wichtiges Instrument dar:

- um für das Thema Freihandel ganz allgemein zu sensibilisieren und erneut zu mobilisieren gegen die WTO, gegen andere von der EU oktroyierte Freihandelsverträge, vor allem gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA bzw. EPAs) mit den AKP-Staaten und dies in internationaler Solidarität mit den Bewegungen, die auf allen Kontinenten im Kampf gegen die Freihandelsverträge sind.

- um wieder den Einfluss der Lobby-Gruppen, die Auswirkungen der multinationalen Unternehmen auf die Bereiche Soziales und Umwelt und deren Straflosigkeit in Frage zu stellen, und um Antworten darauf zu geben.

- um unsere Alternativen zu entwickeln: Entwicklung möglichst lokaler Wirtschaftsstrukturen (u. a. die Rückführung ins Ausland verlagertes Betriebe), Umgestaltung unserer Produktions- und Konsumweise, Einführung einer Straßen-Maut, Verteidigung einer lokalen Demokratie, die den Zugang zu den Bürgerrechten sicherstellt und den ökologischen Erfordernissen genügt.

**Das Alternative Handelsmandat für Handel und Investitionen** bekannt machen und ihm eine Form geben, die für eine weitere Verbreitung geeignet ist.

## Mit dem Neoliberalismus in Europa brechen

Die Aktivitäten von Attac tragen dazu bei, eine andere mögliche Welt zum Vorschein kommen zu lassen; auf dem Weg dahin sollen diese Aktivitäten auch dazu beitragen, die Kräfteverhältnisse in Europa umzukehren. Die Erfahrungen aus der Auseinandersetzung der Regierung Syriza mit den europäischen Institutionen haben einen Einblick in die strategische Debatte gewährt, die innerhalb der linken und sozialen Bewegungen Europas geführt wird. Die Gewalt, die die europäischen Institutionen ausüben,

lässt kaum mehr eine Wahl. Ab jetzt ist es klar: wer nicht ungehorsam sein will, dem bleibt nur die Unterwerfung.

Ein politisches Programm könnte eine große gesellschaftliche Mehrheit für eine Regierung zusammenbringen, die die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten verteidigen würde: sich auf ein Kräfte-messen mit den europäischen Institutionen einlassen und eine Reihe einseitiger Maßnahmen ergreifen, die die Währung, das Steuersystem, die Schulden und die Banken betreffen, und sich notfalls darauf vorbereiten, eine nationale Komplementärwährung zum Euro einzuführen oder sogar aus dem Euro auszusteigen. Die Unerbittlichkeit der Gläubiger wird die Unterstützung vieler Menschen für solche Maßnahmen nur weiter verstärken. Eine solche Strategie würde es erlauben, mögliche Bündnisse in Europa zu schmieden und sich auf die europäischen sozialen Bewegungen zu stützen; eine solche Strategie würde einer echten Alternative zum Neoliberalismus in Europa Gestalt verleihen.

Aus der Auseinandersetzung zwischen Griechenland und seinen Gläubigern folgt eine weitere Lehre, nämlich dass es vergeblich ist, Lösungen allein von den politischen Kräften zu erwarten. Ohne den fortwährenden Druck der sozialen Bewegungen und dem Aufschwung von breit getragenen Alternativen wird es keine positiven Veränderungen in Europa geben. Daher bemüht sich Attac, diese Bewegungen in Frankreich wie in Europa zu stärken – zusammen mit seinen Partnern und dem europäischen Attac-Netzwerk. Wir müssen den Widerstand gegen den Kapitalismus auf allen Ebenen, auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene aufbauen und für einen echten ökologischen und sozialen Wandel unserer Gesellschaften eintreten.

## Demokratie und Gleichheit gehören zum Kern unserer Aktivitäten

Nach den Attentaten vom Januar und vor allem vom November 2015 haben François Hollande und seine Regierung einen gefährlichen antidemokratischen Sicherheitskurs eingeschlagen. Permanenter Ausnahmezustand, Rücknahme demokratischer Rechte und Freiheiten, Unterdrückung sozialer Bewegungen, Entzug der Staatsangehörigkeit, militärische Interventionen haben in der Zivilgesellschaft Widerstände hervorgerufen, zu denen Attac beiträgt, und die sich weiter verstärken müssten. Dieser sicherheitspolitische Kurs verstärkt den Legitimitätsverlust der derzeitigen politischen Institutionen und verpflichtet uns, unsere Aktivitäten für eine wirkliche ökonomische, soziale, ökologische und feministische Demokratie zu verstärken. Das setzt voraus, gegen alle

Formen der Unterdrückung und Diskriminierung und für den Zugang eines jeden und einer jeden zu den Bürgerrechten zu kämpfen.

Die Rechte der von der neoliberalen Globalisierung am meisten betroffenen Menschen, Migranten, prekär Beschäftigte, Frauen, Obdachlose werden immer stärker Objekt von Angriffen zynischer Politiker, die darauf abzielen, den legitimen Zorn vieler Menschen auf Sündenböcke abzulenken. Angesichts der sozialen Diskriminierung, die durch den Neoliberalismus gefördert und durch die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt wird, angesichts der rassistischen und fremdenfeindlichen Reden des Rechtsextremismus sowie angesichts der Verschwendung des Kommunitarismus, ist es nötig, die republikanischen Prinzipien der Gleichheit, der Solidarität und des Laizität, Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, Tag für Tag zu stärken und anzuwenden. Der antirassistische Kampf ist eine Angelegenheit der Bewegung für eine andere Welt, und Attac kämpft daher für die Einführung der an den Wohnsitz gebundenen Staatsbürgerschaft und für das Ausländerwahlrecht. Der Kampf für Frauenrechte durchzieht alle Aktivitäten von Attac und er muss in der Organisation seinen gebührenden Platz einnehmen, gleichgültig ob es sich um Aktionen gegen die Austerität handelt oder für Klimagerechtigkeit. Dies ist um so wichtiger, da die Rechte der Frauen durch den Aufstieg der Rechten in Europa in Frage gestellt werden. Der Kampf gegen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern auch eine Bedingung für die individuelle und kollektive Emanzipation von Männern wie Frauen.

In einer Zeit, in der die großen Medien immer mehr in den Händen großer privater Firmen konzentriert sind, muss das Recht auf eine pluralistische und qualitätsvolle Information als ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie verteidigt werden. Attac beteiligt sich außerdem an der Ausarbeitung und Erprobung von Formen sozialer und demokratischer Kontrolle, von Vergesellschaftung von Unternehmen und Institutionen. Auf dem Feld der praktischen Demokratie fördern wir Verfahren, die eine direkte Beteiligung der Bürger/-innen an den sie betreffenden Entscheidungen sowie eine wirksame Kontrolle ihrer Vertreter/-innen erlauben. Das geschieht durch die Ausarbeitung neuer demokratischer nicht ausschließlich repräsentativer Praktiken, die Wahlen mit anderen Verfahren zur Bestimmung der Verantwortlichen verbinden: direkte Demokratie, Los-Verfahren, Ehrenamt, Versuche mit dem imperativen Mandat, usw. Das ist ein Bereich, in dem es besonders dringend ist, Fortschritte zu machen. Um so mehr, als es dazu innerhalb von Attac zahlreiche noch zu diskutierende

Vorschläge gibt: Abberufungsreferenden, Bürgerkonvente und -kammern, deren Mitglieder durch Los bestimmt werden, Modalitäten für einen verfassungsgebenden Prozess aus der Gesellschaft heraus, „hier und jetzt“ Versuche mit neuen demokratischen Praktiken auf Initiative der sozialen und politischen Bewegung, usw. .

Der ökologische, soziale und feministische Wandel und der Bruch mit dem Kapitalismus werden nur möglich sein, wenn die Bürger/-innen die Führung ihrer Angelegenheiten auf lokaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene an sich reißen. Während der nächsten Amtsperiode wird sich Attac in allen ihren Untergliederungen entschlossen darum bemühen, mit der Beschreibung, Verbreitung und Verwirklichung möglicher Formen dieser Führungsübernahme durch die Bürger/-innen voranzukommen. Das setzt eine grundsätzliche Erneuerung der Verfahren voraus. So werden in der Bewegung zur fundamentalen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens neue Beteiligungsverfahren und Entscheidungsprozesse in allen Bereichen – sozialem, wirtschaftlichem und politischen Bereich - ihren gebührenden Platz einnehmen. Die kommende Präsidentschaftswahl könnte die Gelegenheit für Debatten über die Notwendigkeit und die Mittel einer radikalen Demokratisierung des politischen Lebens in einem bislang in Frankreich nicht bekannten Ausmaß sein. Mit innovativen Vorschlägen wird Attac seinen Beitrag zur Debatte leisten.

Zu diesem Zweck wird Attac eine Kommission „Demokratie“ auf der Grundlage der bereits geschaffenen Arbeitsgruppen bilden. Diese Kommission wird die Unterstützung des wissenschaftlichen Beirats und anderer Kommissionen und Arbeitsgruppen heranziehen können. Sie wird einen oder mehrere Koordinator/-innen aus seiner Mitte benennen, die sich mit dem Verwaltungsrat zusammensetzen werden. Diese neue Kommission muss erneut über die Demokratie, ihre Mittel und ihren Sinn nachdenken, denn über die Demokratie wird der soziale Wandel verwirklicht, dessen Ziel die individuelle und kollektive Emanzipation ist. Breite Schichten der Bevölkerung empfinden ein Gefühl der Ungerechtigkeit und wünschen sich eine größere soziale Gleichheit, wählen aber Regierende, die dem Neoliberalismus, ja sogar dem radikalen Neoliberalismus ergeben sind. Attac wird eine gründliche Untersuchung starten, um dieses Paradox zu analysieren und um Auswege aus dieser gefährlichen Sackgasse zu finden. In diesem Zusammenhang müssen unter anderem wieder Begriffe überprüft werden wie Souveränität, Emanzipation, Repräsentation, direkte Demokratie, Staatsbürgerschaft, verfassungsgebende und verfaßte Demokratie, Bürger/-innen-Konvent. Ziel dieser Kommission ist es, einen Beitrag zur

Entwicklung von kurz-, mittel- und langfristigen Alternativen zur zweifachen - politischen und ökonomischen - Enteignung zu leisten, die der Kapitalismus und die „real existierende Demokratie“ täglich in allen sozialen Bereichen durchführt.

Die Oligarchie maßt sich das Recht auf die Entscheidungen an, und das macht es ihr möglich, das Recht und die Natur zu zerstören. Angesichts der Katastrophen des Kapitalismus müssen Demokratie und Gleichheit im Mittelpunkt stehen, wenn es um den sozialen Wandel und die Wahrung der Natur geht!

## Die interne Arbeitsweise von Attac Frankreich

Angesichts der kommenden Herausforderungen und der Rolle, die wir Attac zuweisen, muss die innere Demokratie gestärkt werden, indem wir die Arbeitsweise unserer Gremien verbessern und unsere Aktivistengruppen verstärken.

Der „**Verwaltungsrat**“ besteht aus 29 Mitgliedern (davon 8 Vertreter von Gründungsorganisationen). Diese sind per Briefwahl, an der rund 1/3 der Mitglieder teilgenommen hat, gewählt worden.

Der Verwaltungsrat hat im Juni 2016 zwei **Sprecher** (Aurélie Trouvé et Dominique Plihon), eine **Generalsekretärin** (Annick Coupé) und einen **Finanzverantwortlichen** (Vincent Guerpillon) gewählt und das 14köpfige „**Büro**“ gewählt:

Denis Aguiton (AITEC), Didier Aubé (Union Syndicale Solidaires), Françoise Clément, Annick Coupé, Vincent Guerpillon, Frédéric Lemaire, Huayra Llanque, Dominique Plihon, Raphaël Pradeau, Daniel Rallet (SNES) / Julien Rivoire (Snesup), Daniel Rome, Gilles Sabatier, Aurélie Trouvé, Flavia Verri (SiG-Redaktion)

### Die innere Demokratie stärken und die Arbeitsweise unserer Gremien verbessern.

Zu Beginn der dreijährigen Amtsperiode, die nun zu Ende geht, wurde beschlossen, einen Schritt weiter in der Demokratisierung von Attac zu gehen und die beiden Ko-Präsidenten durch ein breiteres Kollektiv von vier Sprechern zu ersetzen, wobei das Geschlechterverhältnis zu beachten war. Dieses Kollektiv ist nach halber Amtszeit auf drei Sprecher verkleinert worden, weil eine der Sprecherinnen wegen der Übernahme von anderen Verantwortungen aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden ist. Das **Sprecherteam** hat es möglich gemacht, die Verantwortlichkeiten besser aufzuteilen und der Vertretung von Attac ein differenzierteres und weniger personalisiertes Gesicht zu geben, sowohl innerhalb als auch in der Au-

endarstellung der Organisation. Es wäre wünschenswert, diesen Prozess der Aufteilung der Verantwortlichkeiten und der Vertretung von Attac fortzusetzen. Diese **Aufteilung der Verantwortlichkeiten** muss auch innerhalb des Verwaltungsrates angewandt werden. Die Verantwortlichkeit für Kampagnen und weitere Verantwortlichkeiten dürfen nicht auf den Schultern weniger Mitglieder des Verwaltungsrates ruhen, das würde der Demokratie und der Wirksamkeit der Aktivitäten der Organisation schaden.

Die gewählten Mitglieder müssen **geschult** werden, um sich mit den verschiedenen Aspekten der Rolle eines Verwaltungsratsmitglieds vertraut zu machen, und eine Bestandsaufnahme der verschiedenen Verantwortlichkeiten muss regelmäßig während der Amtszeit durchgeführt werden. Das **Büro** ist zuständig für die Verwaltung und die Erledigung der laufenden Aufgaben, aber der gesamte Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Schwerpunktsetzung der Organisation und deren Durchführung.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats und des Büros müssen außerdem in direkter Verbindung mit der übrigen Organisation stehen: Die **Kommissionen** müssen eine wichtige Stütze für die Arbeit des Verwaltungsrats und darüber hinaus der Organisation sein. Sie stehen allen offen und dienen dazu, zu den Debatten und Entscheidungen Beiträge zu liefern, die laufende Betreuung der Kampagnen und Bündnisse zu erleichtern, in Verbindung mit den Gremien der Organisation Material auszuarbeiten (...)

Die **Mitarbeiter/-innen im zentralen Büro** bilden das Fundament, auf dem in erster Linie die Organisierung, die Kommunikation und Betreuung der Kampagnen und wichtiger Aktionen der Organisation in Verbindung mit ihren verschiedenen Gremien ruht. (...) Der Verwaltungsrat muss außerdem Arbeitsbedingungen in Übereinstimmung mit den Wertvorstellungen der Organisation gewährleisten (Räume, Urlaub, Arbeitszeit, berufliche Laufbahn...) und die Unterstützung durch freiwillige Helfer organisieren. (...)

Die Verbindung zwischen dem Verwaltungsrat und den **lokalen Gruppen** muss sichergestellt werden zum Beispiel durch die Teilnahme von Mitgliedern des Verwaltungsrats an Treffen der lokalen Gruppen. Die Teilnahme der Verwaltungsratsmitglieder an den Nationalen Konferenzen der lokalen Gruppen (CNCL) trägt ebenfalls zum Zusammenhalt der Organisation bei.

#### • **Die Aktivitäten von Attac mit Hilfe der lokalen Gruppen im ganzen Land verbreiten**

Unsere 150 im gesamten Land verbreiteten lokalen Gruppen stellen einen wesentlichen Faktor unserer Organisation dar. Die loka-

len Gruppen treffen sich **jährlich drei Mal im Rahmen der Nationalen Konferenz der lokalen Gruppen (CNCL)**. Während der nächsten Amtsperiode müssen Mittel und Wege gefunden werden, die lokalen Gruppen und die Arbeitsweise der CNCL zu stärken. (...)

#### **Attac einen Weg zur akademischen Welt und zur sozialen Bewegung öffnen: der Wissenschaftliche Beirat und das Gründerkollegium**

Der **Wissenschaftliche Beirat** ist ein Instrument zur theoretischen Vertiefung der Schwerpunktthemen von Attac. Es ermöglicht eine Verbindung zwischen Attac und der akademischen Welt aufzubauen. Die Treffen des wissenschaftlichen Beirats sind ab jetzt offen für von außerhalb kommende Teilnehmer. 2015 wurde Seminare über die Laizität, den sozialen und ökologischen Übergang sowie über die europäische Krise mit Beteiligung von Vertretern von Syriza und Podemos abgehalten. Eine jährlich vier Mal erscheinende **elektronische Zeitschrift, Les Possibles**, wurde ins Leben gerufen. Die Erneuerung des wissenschaftlichen Beirats, die seit mehreren Jahren begonnen wurde, muss weiter verfolgt werden, vor allem hinsichtlich einer Öffnung auf mehrere Disziplinen. Er soll ein Ort sein für Vorschläge und Diskussionen zu den Aktivitäten der Organisation, ihren Kampagnen und den dafür geschaffenen Publikationen, ein Ort der Debatte mit den anderen Akteuren der sozialen Bewegungen, ein Kollektiv im Dienst von Attac für die Schulung ihrer Aktivistinnen.

Das **Gründerkollegium** macht es möglich, die Verbindung mit den Organisationen zu festigen, aus denen die sozialen Bewegungen bestehen. Seine Zusammensetzung muss auf den neuesten Stand gebracht werden, um neue Organisationstypen und neue Bewegungen zu berücksichtigen und um das Auftauchen neuer Mittel der Information und neue Ausdrucksformen in Betracht zu ziehen. (...)

#### **Aktivistinnen und Aktivistinnen schulen**

Attac war immer - und wird es auch bleiben - ein Ort um anders Politik zu machen, außerhalb von Parteien, aber im Kern der sozialen Bewegungen. Unsere Organisation spielt weiter eine wichtige Rolle für die politische Information und Ausbildung. Mehr als 16 Jahre nach ihrer Gründung muss Attac ihre Anstrengungen in diesem Sinn fortführen.

Attac muss der Ausbildung, der Integration sowie der Übernahme von Verantwortung durch neue Aktivistinnen - vor allem von Frauen, jungen Menschen und von Personen aus unteren Schichten der Bevölkerung - Vorrang einräumen. Der Ausbau des Attac-Campus-Netzwerks entspricht dieser Aufgabe, steckt jedoch voller spezieller

Herausforderungen. Die jungen Aktivistinnen, die beim **Attac-Campus** mitmachen, erleben oft ihre erste Erfahrungen als Aktivistinnen und müssen regelmäßig umziehen (Studienortwechsel in Frankreich oder Studium im Ausland). Die **Schulung der Mitglieder** ist daher entscheidend für das Entstehen und den Fortbestand der Gruppen im ganzen Land. Um zum kontinuierlichen Generationenwechsel beizutragen, muss man die Mittel herausfinden (menschlicher Einsatz, technische, finanzielle Mittel,...) um diese Herausforderungen zu meistern. Es sollte mit Überlegungen begonnen werden, wie die Teams sich kontinuierlich erneuern können, zum Beispiel über die Organisation von Schulung für Mitglieder, auf lokaler und nationaler Ebene.

#### **Kommunikation mit einem breiten Publikum**

Um ein breiteres Publikum zu erreichen, ist seit zwei Jahren eine umfangreiche Arbeit über die Außenkommunikation und die Sichtbarkeit von Attac geführt worden. Sie hat dazu geführt, dass eine Reihe unserer Mittel zur Information, zur politischen Alphabetisierung und zur Kommunikation umgestaltet wurden wie unser **Web-Auftritt** und **Lignes d'Attac** (Info-Brief). Es wurden aber auch neue Werkzeuge erstellt: die Zeitschrift **Les Possibles**, die Reihe „**Petits guides**“, Kampagnenmaterial... Diese Arbeit muss mit einer dreifachen Zielsetzung weitergeführt werden: unsere Analysen aufwerten, unsere Kampagnen unterstützen, neue Teile der Öffentlichkeit erreichen.

#### **Die vier Dimensionen unserer Kommunikation werden verstärkt:**

- Unsere **Internet-Kommunikationswerkzeuge** (Internetauftritt, Videos, Info-Briefe, soziale Netze).
- Unsere **Publikationsaktivitäten** (Bücher, Berichte und Beiträge, Lignes d'Attac, Les Possibles).
- Die Herstellung von **Agitationsmaterial** (kleine Führer, Aufkleber, Plakate...)
- Unsere **Verbindungen zu den Medien** in der Form von Partnerschaften (anlässlich von Großereignissen, Veröffentlichungen, Kampagnen...)

Übersetzung: *Nabila K., Eveline Haselsteiner, Jürgen Janz (cooörditrad) / SiG-Redaktion*

Anm. der Redaktion:  
(1) **Afrika, Karibik, Pazifik**  
(2)  
[http://sudedulor.lautre.net/spip/IMG/pdf/Fiche\\_8\\_niches\\_fiscales.pdf](http://sudedulor.lautre.net/spip/IMG/pdf/Fiche_8_niches_fiscales.pdf)

Meinungen zu diesem Artikel bitte an [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de) schicken; sie werden zeitnah in der Werkstatt für SiG 122 veröffentlicht.

# Französischer Gewerkschaftsbund CGT

## Offensiven im Herbst

Einleitender Bericht von Pascal Bouvier auf der Versammlung des französischen Gewerkschaftsbundes CGT am 30. August 2016 – Auszüge -

(...) Auf der diesjährigen Herbstversammlung sollten wir uns daran erinnern, dass vor 80 Jahren das Recht auf 2 Wochen bezahlten Urlaub nach vielen Kämpfen errungen wurde. So konnten die Lohnabhängigen mit ihrer Familie einige Entspannungszeiten erleben. Und doch stellen wir fest, dass 80 Jahre später – und bei 5 Wochen bezahlten Urlaub – fast die Hälfte der Menschen in Frankreich keinen Urlaub gemacht hat. Das sollte für uns ein Warnsignal sein! (...)

### Rechtsextremismus

Die jahrzehntelange Austeritätspolitik hat eine Zunahme der Prekarisierung und der Zukunftsängste bewirkt. Alle diese sozialen Rückschritte sollen nur den ‚Gesetzen des Marktes‘ dienen – die „Globalisierung“ genannt werden –, indem die Konkurrenz zwischen den Bevölkerungen verschiedener Länder weiter verschärft wird. Dies bewirkt Hoffnungslosigkeit und Rückzugstendenzen –dadurch entsteht ein Klima, das rechtsextreme Parteien hochkommen lässt.

In Frankreich war bei den letzten Wahlen ein Erstarren des Front National festzustellen. (1)

Wir, Vorstandsmitglieder der CGT, sind von der Gefahr überzeugt, die der Rechtsextremismus mit dem Front National darstellt. Hingegen lassen sich CGT-Mitglieder manchmal von dem Front National mit seinen Lügen und Betrügereien hinsichtlich der sozialen Frage täuschen. Gegen diese zum Himmel stinkenden Ideen müssen wir unsere Aufklärungsarbeit bei den Mitgliedern und Beschäftigten fortsetzen. (2)

### Ausnahmezustand ist keine Lösung

(...) Wieder einmal war Frankreich das Ziel von terroristischen Attentaten. Sie können nur bekämpft werden, wenn der Rechtsstaat und die Freiheitsrechte bewahrt werden. Jede Demagogie über die Sicherheit muss bekämpft werden. Der Ausnahmezustand ist nicht die richtige Antwort und gleichzeitig bedeutet er einen massiven Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger. (...) Die Regierung muss den Ausnahmezustand beenden, wirkungsvolle und verantwortungsvolle Entscheidungen treffen und für eine echte Sicherheit sorgen, die die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte respektiert. Die CGT agiert nicht allein und hat das Kommuniqué der Initiative ‚wir werden nicht nachgeben‘ unterschrieben. (...) Alle Gliederungen der CGT – auf nationaler wie lokaler Ebene - (...) haben diese extreme Gewalttaten scharf verurteilt und ihre Solidarität und Unterstützung den betroffenen Personen zugesichert. Während unsere Gesellschaft eine in ökonomischer und sozialer Hinsicht fürchterliche Krise ohnegleichen erlebt, müssen die Werte der Solidarität, des Friedens und der Geschwisterlichkeit mehr als je zuvor betont werden, um die Barbarei und die Ungleichheit zurückzudrängen. (...)

Vor allem dürfen wir nicht in die Falle der Spaltung laufen, zumal laut einer Umfrage durch Ipsos im Juni/Juli 57% der Franzosen sich über ‚zu viele‘ Immigranten beklagen. Die Ideen der extremen Rechten stehen im Gegensatz zu unseren Werten, wobei die Trennung von Religion und Staat einer der Hauptbestandteile ist.

### Säuberungen in der Türkei

Die letzte Zeit wurde auch geprägt durch die politische Situation in der Türkei, mit dem erfolglosen Putschversuch, der die Legitimierung der bestehenden Regierung und ihres Präsidenten Erdogan gestärkt hat.

Als einzige Antwort auf diesen Angriff will er sofort die Todesstrafe wieder einführen; sein Programm wird in der Türkei von vielen begeistert unterstützt!

Diese autoritäre Regierung macht dort nicht Schluss: Übergriffe der Regierung auf die Medien, Verfolgung und Verhaftungen von Journalisten, Verbote von Veröffentlichungen, Blockieren von Web-Seiten und sozialer Netzwerke. Das macht dieses Land zu einem no man's land für die Informations- und Meinungsfreiheit.

Dieses Land ist das größte Gefängnis für Journalisten mit mindestens 40 Gefangenen. Gegen diese unerträgliche Situation der Unterdrückung der Presse und der blutigen Repression des kurdischen Volkes hat sich das Gewerkschaftsbündnis aus SNJ, SNJ CGT und CFDT mit einem gemeinsamen Brief an den französischen Präsidenten gewandt. Die ‚Säuberung‘ geht weiter. (3)

### Eine instabile Welt

Auf der internationalen Ebene ist die Situation nicht rosig. In den USA kämpft ein Donald **Trump** (eher Unternehmer als Politiker) um die Präsidentschaft, indem er Mexikaner und schwarze Amerikaner stigmatisiert und nebenbei Frankreich und Deutschland als islamisierte Länder anprangert.

Überall wird die Verantwortung auf die Anderen verlagert; auf die, die die **Austeritätspolitik** zu spüren bekommen. **Europa** spielt mit den Ängsten der Menschen hier und der Stigmatisierung von Frauen, Männern, Kindern, die vor Kriegen fliehen und hier Schutz suchen. (4) Es ist das Bild eine Welt in einer sehr instabilen Lage, für die unsere Regierungen eine große Verantwortung tragen.

### Arbeitsrecht

Das neue Arbeitsgesetz gehört zu den Werkzeugen, die kollektive Rechte zerstören, um einem ungezügelmten Kapitalismus zu dienen.

Nach einer sehr schnellen Behandlung vor dem Verfassungsrat wurde dieses Gesetz mitten im Sommer erlassen, ohne dass jemals darüber abgestimmt wurde! Die unglaubliche Hast des Premierministers, das 49-3 aus der Tasche herauszuholen, sagt viel aus über den Zynismus, mit dem er sein soziales Projekt durchdrücken will. Es ist außerdem der Beweis dafür, dass er für eine solche Abstimmung keine Mehrheit mehr hatte. (...)

Seit fünf Monaten bilden wir im ganzen Land eine **Front** gegen diese neue neoliberale Welle. (...) Die Bevölkerung steht hinter den Gewerkschaften, die sich dagegen engagieren. Man muss sich nur die Abstimmung ansehen, an der innerhalb von nur 4 Wochen eine Million Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben. (5) (...) Die Bürger möchten neue Arbeitsgesetze, aber lehnen dieses Gesetz ab.

Seit Beginn der Mobilisierungen ändern sich die Zahlen nicht. Immer noch lehnen 70% der Franzosen dieses Gesetz ab, wobei die Durchführung unserer Abstimmung in den Betrieben gezeigt hat, dass 92% der Arbeitnehmer dagegen sind. Angesichts solcher Zahlen könnten unsere Versammlungen und Debatten mit den Arbeitnehmern uns erlauben, die soziale Bewegung zu verbreitern und zu verstärken.

Wir müssen jedoch auch aus der Bürgerabstimmung eine Bilanz ziehen und sehen, was gut funktioniert hat und wo es haperte. Auch wenn diese Abstimmung es uns ermöglicht hat, in nur 4 Wochen 1 Million Menschen zu erreichen – was nicht so leicht wie eine Unterschrift bei change.org am eigenen PC geht –, dürfen wir nicht über die Schwächen unseres gewerkschaftlichen Lebens hinwegsehen. (...) Wir sollten unsere Erfahrungen austauschen, ohne irgendeine Organisation oder Gewerkschaft zu stigmatisieren. Diese Bilanz sollten wir beim nächsten CCN im November vertiefen.

Bei den Kämpfen, die wir seit 5 Monaten führen, genauso wie 2010 **fehlte die Durchführung von Streiks in Betrieben und anderen Arbeitsstätten.**

Seit Beginn dieses Konfliktes schauen Gewerkschaften in Europa und in der Welt auf uns und unterstützten uns. Sie haben alle das Beispiel **Griechenland** im Kopf. Dieses Land war im Visier der Troika, die in dem Land eine Zerstörung der Regeln kollektiver Tarifverträge durchsetzte, was erstaunlich an Artikel 2 des neuen Arbeitsrechts erinnert. Überall wird die von der EU durchgesetzte Politik kritisiert und abgelehnt. Unser französisches Sozialmodell ist eine Referenz für viele Arbeitnehmer auf dieser Erde. Es muss verteidigt werden. Es ist unser gemeinsames Gut, Ergebnis langer Arbeitskämpfe, die die soziale Geschichte unseres Landes geprägt haben, das als Land der Menschenrechte gilt.

Diese Ablehnung ohne Unterlass treten Präsident Hollande, sein Premierminister und seine Arbeitsministerin mit den Füßen, sie zerstören das bestehende Arbeitsrecht und **missachten auch die fundamentalen Regelungen der ILO**. Dieses Gesetzesvorhaben verletzt ebenfalls den Pakt der Vereinten Nationen über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte. Experten des UN-Komitees für die ökonomischen, sozialen und kulturellen Grundrechte haben ihr Gutachten vorgelegt. Es ist niederschmetternd für Frankreich. Die CGT behält sich das Recht vor, vor der Justiz zu klagen und wird gleichzeitig die Protestbewegungen gegen dieses ungerechte und illegale Gesetzesvorhaben fortführen.

## Repression

Die Angriffe auf die CGT haben nicht aufgehört. Loic, Cédric, Antoine, Laurent, Nicolas und viele andere haben etwas Gemeinsames. Sie gehören alle zur CGT. Sie haben alle an Demonstrationen gegen das „Loi Travail“ teilgenommen. Sie sind alle inhaftiert worden und warten auf die Gerichtsverhandlung. (6) Diese willkürlichen Verhaftungen hatten für die Regierung nur ein Ziel: die soziale Bewegung knebeln und die von der breiten Bevölkerung unterstützten Proteste zu diskreditieren, während die Randalierer freie Bahn hatten. Wie Sie wissen, hat die CGT einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen während der Demonstrationen beantragt. Konfrontiert mit solchen, von oben gelenkten, Machenschaften, verlangt die CGT nochmals ein Amnestiegesetz, die Abschaffung der Erfassung in einer Datenbank ADN, vor allem für gewerkschaftliche Mitglieder und den Schutz der gewerkschaftlichen Rechte. Die CGT wird sich nicht einschüchtern lassen....

## Arbeitszeitverkürzung

Dieser Herbst wird durch unsere Kampagne für die 32-Stundenwoche geprägt sein. Diese Kampagne ist umso wichtiger, als viele

Firmen anfangen, die Arbeitszeit infrage zu stellen. Bei Bouygues Telecom soll sie erhöht werden... Als Gegenströmung zum Druck, die 35-Stunden-Woche infrage zu stellen, muss unsere Kampagne (32-Stunden-Woche ohne Einkommensverlust) schnell starten. (12) Vielen Dank für Ihr Zuhören.

Übersetzung: *cooridtrad / SiG-Redaktion*  
Vollständiger Text auf Französisch hier:  
<http://cgt.fr/Une-rentree-a-l-offensive.html>

### *Anm. der SiG-Redaktion*

- (1) <http://www.humanite.fr/pour-la-cgt-le-front-national-est-un-danger-pour-le-monde-du-travail-et-la-democratie-592017>
- (2) <http://cgt.fr/-Extreme-droite-l-imposture-sociale-.html>
- (3) <http://www.snjcgf.fr/front/Pages/article.php?cat=1&item=1&page=1&art=719>
- (4) CALAIS <http://cgt.fr/Demantelement-du-camp-de-Calais-et.html>
- (5) <http://www.cgt.fr/Votation-citoyenne-en-ligne.html>
- (6) [http://cgt.fr/Journee-de-mobilisation-pour-le.html?debut\\_premier\\_article=20](http://cgt.fr/Journee-de-mobilisation-pour-le.html?debut_premier_article=20)  
<http://cgt.fr/Stop-a-la-repression-syndicale.html>  
<http://cgt.fr/Militants-syndicaux-pas-criminels.html>
- (7) <http://cgt.fr/-Les-32-heures-.html>

## Gérard Gourguechon

# Die Herausforderungen des Loi Travail in Frankreich

*Dieser Aufsatz ist in der online-Zeitschrift des französischen Wissenschaftlichen Beirats „Les Possibles“ im September 2016 erschienen. Wir veröffentlichen die Übersetzung einer stark gekürzten Fassung.*

*In SiG 120 und 121 hatten wir schon Analysen und Berichte über die Kämpfe gegen das Gesetz veröffentlicht.*

29. August 2016

Die französische Arbeitsrechtsreform Loi Travail hat in Frankreich zu starken und bis heute (Anfang September 2016) anhaltenden Protesten geführt, obwohl das Gesetz schließlich „verabschiedet“ wurde. Sie nahmen verschiedene Formen an (Demonstrationen, Streiks, Besetzungen, große Unterschriftenaktionen, Aufbau neuer Bündnisse, Schaffung neuer öffentlicher Räume für Begegnungen und Diskussionen usw.). Die starre Haltung der gesamten Regierung kann nicht durch bei einigen Beteiligten vorhandene „psychologische“ Elemente oder gar Charaktereigenschaften (Eigensinnigkeit, Sturheit,...) erklärt werden. Die Entschlossenheit der Regierung, nicht nachzugeben, bei wesentlichen Punkten nicht abzuweichen (Umkehrung der Hierarchie der Normen) macht uns die Interessen des Finanzkapitalismus zum weiteren Ausbau seiner Macht und Vorteile deutlich. (...)

### 1. Die Regierung beteiligt sich am Klassenkampf an der Seite der Großunternehmer und Finanzwirtschaft

Das Loi travail wurde am 9. August 2016 verabschiedet und verkündet. (...). Der dritte Teil des französischen Arbeitsgesetzes (Code du travail) wird von nun an von neuen Regeln beherrscht, welche die jetzige Hierarchie der Normen außer Kraft setzen. Ab sofort legt das Gesetz die (minimalen) Vorschriften öffentlicher Ordnung, den Anwendungsbereich der Tarifverhandlungen über die Arbeitszeit (was ist verhandelbar und auf welcher Ebene?) sowie die ergänzenden Bestimmungen im Falle einer fehlenden Einigung fest. Somit bleibt die 35-Stunden-Woche eine gesetzliche Bestimmung, aber Ausnahmeregelungen werden zum Standard. Auch gelten nun die Branchenvereinbarungen nur dann, wenn es keine Unternehmensvereinbarung gibt.

### 2. Die Umkehrung der Hierarchie der Normen im Unternehmen bedeutet die Stärkung der Macht der Unternehmensinhaber

(..) Ein „Arbeitsgesetz“ sollte die realen Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer\_innen innerhalb des Unternehmens in Betracht ziehen: Beide verbindet kein normaler Vertrag, es ist kein Handelsvertrag zwischen zwei gleichberechtigten Parteien. Es handelt sich vielmehr um einen Vertrag, bei dem eine Partei von der anderen abhängig ist und in deren Dienste steht. Beim Code du travail geht es also darum, dass der Arbeitnehmer nicht vom Arbeitgeber verdinglicht, als Gegenstand behandelt wird, sondern gesetzliche Rechte besitzt; somit darf das Gesetz im Unternehmen wirksam sein und sich in den Umgang des Arbeitgebers mit den Beschäftigten und somit in die Unternehmensführung einmischen.

Jahrzehntlang bestand die grundlegende Entscheidung darin, die Arbeit den Menschen anzupassen und nicht die Menschen den „Anforderungen“ der Arbeit gefügig zu machen. Aber eben Letzteres hatte der französische Staatspräsident François Hollande verkündet, als er seine Absicht erklärte, „das Arbeitsgesetz den Anforderungen der Unternehmen anzupassen“.

Als der französische Unternehmerverband MEDEF 1999 sein Projekt einer „sozialen Umgestaltung“ in Angriff nahm, schrieb der damalige stellvertretende Vorsitzende Denis Kessler: „Die Globalisierung hat die wirtschaftlichen und Sozialsysteme weltweit verflochten. Die Sozialschutzsysteme treten in eine Wechselwirkung, in einen Wettbewerb und in Konkurrenz mit den entsprechenden Systemen anderer Länder. Zukünftig müssen alle sozialen Vorkehrungen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus unter die Lupe genommen werden.“ Daraus folgt, dass jede Sozialpolitik einer Regierung die Anforderungen der Unternehmen als Maßstab nehmen muss. Dies bedeutet insbesondere die Verringerung der Lohnanteile am Mehrwert (denn der Anteil der Kapitalrendite muss gesteigert werden).

Am 18. Januar 2000 bekundete die Generalversammlung der MEDEF, dass gesetzliche Rechte für die Arbeitnehmer nicht mehr erwünscht seien, sondern der Begriff eines „Vertrags“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer\_innen verallgemeinert werden sollte. Durchaus nicht „modern“, sondern eine Rückkehr zum Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Dies alles hat nichts mit Vereinfachung zu tun und mit Beschäftigung schon gar nichts (...)

### **3. Die Hierarchisierung der Normen ist ein zentraler Punkt im System der sozialen Beziehungen und der Sozialgesetzgebung**

Es geht um die Beziehung zwischen repräsentativer und sozialer Demokratie (...). In Frankreich herrscht „römisches Recht“: die von den Abgeordneten verabschiedeten Gesetze haben Vorrang über Verträge zwischen Sozialpartnern. In Frankreich herrscht seit dem 19. Jahrhundert folgende Hierarchie: Menschenrechte – Verfassung – Gesetz – Branchenübergreifende Vereinbarungen - Tarifvereinbarungen der Branche - Unternehmensvereinbarungen. Jede Stufe stellt Mindestanforderungen und ist die Basis für die folgende Stufe. Wenn also das Gesetz den Mindestlohn auf 1500 Euro monatlich festlegt, dann kann keine Branchen- oder Unternehmensvereinbarung den Mindestlohn für eine bestimmte Branche oder ein bestimmtes Unternehmen einfach auf 1000 Euro reduzieren. Im Gegenteil kann sogar die Dynamik des sozialen Fortschritts durch eine Unternehmensvereinbarung initiiert werden, die sich als Pionier in der Branche durchsetzt und somit per Gesetz zum neuen Mindestlohn werden kann.

Mit dem Gesetz Aubry 2 begann Martine Aubry schon, die Hierarchie der Normen auszuhebeln (1) ; nun durfte in einigen Fällen die Branchenvereinbarung vom Gesetz abweichen (beispielsweise für die Länge eines Arbeitstages). Mit dem Arbeitsgesetz wollte jedoch die französische Regierung noch viel weiter gehen. „Der Vorrang der Betriebsvereinbarung hinsichtlich der Arbeitszeit wird allgemeines Recht.“ Dies bedeutet also, dass eine Betriebs- bzw. Unternehmensvereinbarung oder –falls keine vorhanden ist – ein Branchenabkommen vom Gesetz abweichen kann. Somit werden in Unternehmen mit schwachem Betriebsrat oder gewerkschaftlichem Einfluss (und beide werden flächendeckend durch die organisierte Massenarbeitslosigkeit geschwächt) Vereinbarungen getroffen, die Sozialabbau bedeuten. Jene Unternehmensvereinbarungen üben dann Druck auf andere Unternehmen der gleichen Branche aus. Daraus ergibt sich ein Dominoeffekt, der alle Errungenschaften der Arbeitnehmer/-innen nach unten ziehen wird.

### **4. Eine Minderheitsregierung, die sich im Dienste der Finanzmacht radikalisiert**

Die Entscheidung der Regierung, eine zusätzliche Front im Klassenkampf zu eröffnen, hat zu einer starken gewerkschaftlichen, sozialen und bürgerschaftlichen Mobilisierung geführt. Neben den gewerkschaftlich organisierten Demonstrationen, die diesmal mehrere Monate andauerten und vollends einheitlich blieben (Bündnis der Gewerkschaften CGT, FO, FSU, Solidaire, UNEF, UNL, FIDL), und einigen Streiks zeigte der Widerstand seine Stärke durch andere Protestformen: zahlreiche breite Unterschriftenaktionen, Besetzungen, Blockaden, Aufbau von Bündnissen und Initiativen, Schaffung von Orten der Debatte und allmählich umfassendere Infragestellung der Gesellschaft durch die Aktivisten der Nuit Debout in einigen Städten, Erklärungen von Intellektuellen, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftlern usw. .

Die Antwort der Regierung war der Autoritarismus, sowie auf der Straße der Einsatz von Polizeikräften, kaum getarnte Provokationen, ständige Versuche einer physischen Konfrontation und der Manipulation von Randalierern (...). Im Parlament musste die Regierung bei fehlender Mehrheit in der Nationalversammlung bei jeder Lesung auf den Artikel 49-3 zurückgreifen (2). Die Folge war auch sozialer Autoritarismus, denn dieser Gesetzentwurf wurde nie richtig ausgehandelt.

Ein Communiqué der UPA (Union professionnelle artisanale, Vereinigung der Handwerker) macht das Ziel des Regierungsprojektes deutlich: „Die ‚Loi travail‘ wurde für die Großunternehmen maßgeschneidert. Dies zeigt vor allem der symbolträchtige Artikel, der es den Großunternehmen er-

laubt, abweichende Vereinbarungen zu treffen, was den Kleinstunternehmen und KMU - immerhin die größte Mehrheit der französischen Unternehmen - nicht möglich ist. Durch diese Bestimmungen wird eine neue Form unfairen Wettbewerbs entstehen, nämlich zwischen den Unternehmen, die nun in der Lage sind, von bestimmten Vorschriften des Arbeitsgesetzes abzuweichen und denen, die jene vollständig einhalten müssen. Für die UPA sollte umgekehrt die Tragweite der Branchenvereinbarungen, die fast die Gesamtheit der französischen Unternehmen und Arbeitnehmer/-innen betrifft, aufrechterhalten und sogar verstärkt werden.“ Diese Analyse der UPA bestätigt, dass wir dabei mit Spannungen zu tun haben, die innerhalb des kapitalistischen Systems, i.e. zwischen dem Unternehmenskapitalismus der KMU und dem globalisierten Finanzkapital immer stärker werden, wobei Letzteres schrittweise alles aufsaugt, auffrisst, kolonisiert und schließlich vernichtet. Die Regierung hat überall die Strategie der Spannung eingesetzt – physisch, ideologisch, auf der Straße, in den Reden und in den Medien. Das zeigt, wie stark die Forderungen des Finanzkapitals sind.

### **5. Die Radikalisierung des Neoliberalismus**

Das nach der französischen Arbeitsministerin Myriam El Khomri benannte Arbeitsgesetz markiert eine neue Etappe der oligarchischen Offensive gegen die sozialen und wirtschaftlichen Rechte einerseits und gegen die politischen und bürgerschaftlichen Rechte andererseits. Dabei soll nicht der Staat zum Verschwinden gebracht, sondern der neoliberale Staat in den Dienst privater Interessen gestellt werden. (...)

In Artikel 34 der französischen Verfassung heißt es, dass „das Gesetz die grundlegenden Prinzipien des Arbeits-, Gewerkschafts- und Sozialversicherungsrechtes bestimmt“. Wenn die Hierarchie der Rechtsnormen umgedreht wird, schrumpft das Prinzip zusammen, wonach alle Bürger/-innen vor dem Gesetz gleich sind. Je mehr der Anwendungsbereich des Gesetzes reduziert wird, umso häufiger wird den Verträgen Vorrang vor dem Gesetz gewährt und umso weniger findet der in der Verfassung verankerte Grundsatz der Gleichheit aller Bürger/-innen vor dem Gesetz Anwendung.

### **6. Wo steuern sie denn hin?**

Die Unternehmensführung der multinationalen Konzerne erhebt vor allem den Anspruch, dass den Unternehmern vollkommene Aktionsfreiheit in ihrem Unternehmen gewährt wird. Bestimmungen und Gesetze, die sich in Unternehmen, in die Unternehmensführung einmischen, sollen schrittweise verschwinden. Daher sei es heutzutage Aufgabe des Gesetzgebers, diesen schrittweisen Abbau des Gesetzes in-

nerhalb von Unternehmen zu fördern. Wenn die Forderungen der multinationalen Konzerne weiterhin die Gesetze diktieren, sollte die „Aufteilung“ der Aufgaben zwischen Staat und Unternehmen im Land stärker wahrgenommen werden.

Die Inhaber von großen Unternehmen hätten dann freie Hand, um „Wohlstand zu schaffen“ (mit anderen Worten: die Arbeitnehmer/-innen auszubeuten). Wenn die Unternehmensinhaber bei sich frei walten können, wird die Aufgabe des Gesetzgebers und des Staatsapparates verringert und vereinfacht. In einer solchen Perspektive würden sich die Aufgaben des Staates nur noch auf das beschränken, was man früher als Hoheitsaufgaben bezeichnet hatte: Polizei, Gerichtswesen, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (wohlgeordnet, der „bestehenden Ordnung“, d.h. die Aufrechterhaltung der Macht und der Vorteile der internationalen Konzerne), Steuerwesen (hierbei jedoch auch mit Rücksicht auf die Unternehmen, d.h. immer mit dem Ziel, die Forderungen an das Kapital zu reduzieren und die Anforderungen an die große Masse zu erhöhen).

Das Ziel der multinationalen Konzerne tritt also klar zutage: Dort, wo der Staat noch eingreifen kann, wird er von den Forderungen der Unternehmensinhaber gelenkt.

Wie diese Forderungen der multinationalen Konzerne konkret umgesetzt werden, sieht man auch am Beispiel der Unterzeichnung bilateraler oder „regionaler“ Handelsabkommen. Immer häufiger enthalten diese Verträge Bestimmungen, die neue nationalstaatliche Gesetze verhindern, wenn jene im betreffenden Land die Profite von Konzernen gefährden. Zusammen mit der Schaffung „privater Schiedsgerichte“ sollen solche Bestimmungen die multinationalen Konzerne letztendlich vor „demokratischen Unwägbarkeiten“ schützen: Ein Land könnte sich ganz demokratisch eine Regierung geben, welche dessen Schulden reduzieren möchte, zum Beispiel durch stärkere Besteuerung der Investitionen und Profite von Konzernen, müsste allerdings in einem solchen Fall diesen entgangenen Gewinn bei den Konzernen „kompensieren“.

In einem solchen System ist die Schaffung von Reichtum in den Unternehmen einzig und allein Sache der Unternehmensinhaber: Investitionsentscheidungen, Beschäftigungspolitik, Arbeitsbedingungen, Wahl der Märkte usw. Zur Logik der Arbeitgeberforderungen gehört auch, dass der Arbeitgeber allein über die Verteilung der Gewinne entscheidet (welchen Anteil steht den Aktionären, Führungskräften, Angestellten etc. zu). Der Arbeitgeberverband Medef beansprucht auch ein Kontrollrecht über Verteilung des Reichtums innerhalb der Gesellschaft, da jegliche Sozialgesetzgebung gemäß der Interessen der Unternehmen zu erfolgen hat.

Ein solches demokratisches Defizit gerade da, wo Reichtum erzeugt wird - in den Unternehmen - bei gleichzeitiger Verringerung des Anwendungsbereichs und der Eingriffsmöglichkeiten des Gesetzes würde sich unabweichlich auf das demokratische Funktionieren des Landes auswirken. Dies ist übrigens immer häufiger in Frankreich und in den meisten reichen „entwickelten“ Ländern zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund hat das politische Votum nur noch eine echte und unmittelbare Wirkung in den noch abgesteckten Bereichen der politischen Macht. So ist, unabhängig davon, wie gewählt wurde, die Wirtschaftspolitik mehr oder weniger identisch; Unterschiede treten nur noch beim Niveau, Umsetzungstempo, Ausmaß und bei der Brutalität der sogenannten Reformen auf. (...) In diesem Kontext, wo der Anwendungsbereich des Gesetzes immer mehr zusammenschrumpft und schrittweise von der Wirtschaft ausgeschlossen wird, konzentrieren sich die politischen Auseinandersetzungen auf den „Rest“. In Frankreich gibt es rege Debatten über Themen, die in den Vordergrund geschoben werden: Ehe für alle, Widerruf der Staatsangehörigkeit, Flüchtlingspolitik, „Sicherheits“-Politik, islamisches Kopftuch, Burkini, Essen in den Schulkantinen usw.! Dies wirkt sich notwendig auf die konkrete Gestaltung des politischen Lebens in jedem Land aus. Die Handlungsmöglichkeiten der Regierung zur tatsächlichen Umverteilung

von Reichtum zugunsten der Arbeit werden immer weniger. Jene stecken nämlich in der Klemme aufgrund der von sich selbst und ihren Vorgänger/-innen akzeptierten und umgesetzten Begrenzungen, Zwänge und Vorgaben. Wenn Kandidaten derartige Versprechungen machen (beispielsweise „das Finanzkapital ist mein Feind“), halten sie später jene keineswegs ein. Entweder waren ihre Versprechen von Anfang an gelogen oder deren Umsetzung scheint aufgrund der bestehenden politischen Kräfteverhältnisse unmöglich. Und wenn sich eine Regierung eine Zeit lang anscheinend entscheidet, eine andere Umverteilung vorzunehmen, werden die Verfechter eines Systems von immer stärkeren Ungleichheiten zu allen Druckmitteln greifen, um diese Regierung zum Rückzug zu zwingen, es sei denn, sie tritt in eine ausschlaggebende Konfrontation mit ungewissem Ausgang. So ergab es den Griechinnen und Griechen seit Anfang 2015. (...)

Über den Autor: Gérard Gourguechon ist ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftsrates von Attac (Fachgebiete: Besteuerung, finanzielle Globalisierung, Steuerparadiese etc.) und Mitglied der französischen Stiftung Copernic (Fachgebiete: Besteuerung, Abhängigkeit usw.).

In der online-Zeitschrift „[Les Possibles](#)“ des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich erschienen

Übersetzung: Kerstin Heininger, Michèle Mialane, (coeditrad) und SiG-Redaktion

#### **Anm. der SiG-Redaktion**

(1) „Loi Aubry 2“ über die Modalitäten der Umsetzung der 35-Stunden-Woche:

<http://3ci.free.fr/Infos/Aubry2.pdf>

(2) Nach diesem Paragraph der französischen Verfassung darf die Regierung einmal im Jahr ein Gesetz ohne Zustimmung der Nationalversammlung beschließen. Dies kann nur durch die Annahme eines Mißtrauensvotums durch die Nationalversammlung rückgängig gemacht werden [Text](#)

### **Landesweiter [Aktionstag](#) gegen „Loi travail“ am 15. September -**

**Streiks, Kundgebungen oder Demonstrationen gegen das Loi travail in über 100 Städten**, dies trotz starken behindernden Polizeikontrollen und dem gegenüber mehreren Aktiven ausgesprochenen Demonstrationsverbot.

Und wieder griff die Polizei massiv ein (s. Bericht von [Solidaires](#) und [Kommentar](#) in der Jungwelt).

Auf Französisch, Erklärungen der Gewerkschaften [CGT](#), [Force Ouvrière](#) und [Solidaires](#) nach dem 15. September „[4 pages](#)“ - 6 Monate später - von Solidaires, 23.8.2016

Viele Infos über die Monate des Widerstands in Frankreich gegen das „Loi travail“ und die europäische Solidarität in [SiG 120](#) und in der [SiG-Werkstatt](#) für Nr.120

Wie entwickelt sich die französische Gewerkschaftsbewegung nach der Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzes? [Labournet](#)

#### **[Faktencheck Europa, Nov 2016](#)**

**u.a. Trump Demokratie und Utopie - Jungle in Calais - Flüchtlinge in Griechenland - ArbeitsUNrecht in der EU - Opposition zur Erdogans Diktatur u.v.m.**

Ulla Jelpke

## Frontex 2.0: EU-Grenzschutzagentur bekommt Eingreiftruppe und mehr Kompetenzen gegenüber Nationalstaaten - Seenotrettung gehört nicht dazu

Mit einem medienwirksamen Auftritt wurde die Befugnisserweiterung der EU-Grenzschutzagentur »Neues Frontex« am 6. Oktober an der türkisch-bulgarischen Grenze unter Anwesenheit des EU-Flüchtlingskommissars Dimitris Avramopoulos verkündet. Die Wahl des Ortes war kein Zufall, geht es doch um die Verstärkung der Frontex-Einheiten in Bulgarien durch Technik und Personal.

Zukünftig kann die in Warschau ansässige Grenzagentur sogar gegen den Willen der jeweiligen nationalen Regierungen die »notwendigen« Maßnahmen zum Schutz des Schengen-Raums treffen, etwa wenn Mitgliedsstaaten nach Ansicht von Frontex ihre Grenzen nicht ausreichend abdichten oder Nicht-EU-Ausländer nicht oft genug abschieben.

Hierzu wird die Agentur, die ursprünglich nur Koordinationsaufgaben für die Grenzabschottung der EU-Staaten ausübte, über eigenes Personal verfügen. Damit sei ein großer Schritt zu einer »echten EU-Grenzpolizei« getan, jubelte Frontex-Chef Fabrice Leggeri. Eine 1.500 Personen starke »schnelle Eingreiftruppe« soll ab dem 6. Dezember permanent in Bereitschaft ste-

hen. Die Truppe kann nun zudem selbstständig Flugzeuge chartern, während sie bislang darauf warten musste, dass ein EU-Mitgliedsstaat ihr die gewünschten Maschinen überließ. 200 dieser Grenzer werden künftig in Bulgarien stationiert sein. Dort ist ein der Abwehr von Flüchtlingen dienender Drahtzaun entlang der Landgrenze zur Türkei bis auf wenige Kilometer fertiggestellt, wie die bulgarische Europaministerin Meglena Kunewa erklärte.

Abschiebungen seien »nicht das Kerngeschäft«, wies Frontex-Direktor Klaus Röslers Vorwürfe zurück, Frontex werde nun zur Abschiebeagentur. Schließlich würden negative Aufnahmebescheide für Asylsuchende weiterhin von den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten ausgestellt. Doch mit ihren abkommendem Jahr zur Verfügung stehenden »Einheiten für schnelle Abschiebungen« kann Frontex selbst die zwangsweise Rückführung von Schutzsuchenden organisieren.

Seit mehr als einem Jahr wird die Grenzschutzagentur systematisch vor dem Hintergrund der sogenannten »Flüchtlingskrise« mit weiteren Kompetenzen und neuer Logistik ausgebaut. Die damit verbundene Militarisierung der EU-Außengrenzen führte

zu einem Anstieg der auf immer riskanteren Fluchtrouten ertrunkenen Schutzsuchenden.

Die Frontex-Reform sieht verstärkt Operationen außerhalb der EU vor. Zum einen mit Staaten wie Serbien und Mazedonien, über die im vergangenen Jahr ein Großteil der Flüchtenden und Migranten nach Europa kam. Aber auch mit Ländern im Nahen Osten oder in Afrika soll nach Angaben von Frontex-Chef Leggeri die Zusammenarbeit ausgebaut werden. So bildet die Agentur bereits heute Grenzschützer des Bürgerkriegslandes Libyen aus, das derzeit nicht einmal über eine allgemein anerkannte Regierung verfügt.

Weiterhin kein Bestandteil der Frontex-Reform ist ein Mandat zur Rettung von Flüchtlingen und Migranten aus Seenot. Eine entsprechende Forderung wurde vom Europäischen Rat als der Vertretung der nationalen Regierungen abgeschmettert.

*Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag*

<http://www.ulla-jelpke.de/>

<https://www.jungewelt.de/2016/10-10/015.php>

Abschiebungen nach Afghanistan:  
Zurück ins Elend - Jungewelt

Stefan Wilker

## Initiativen 50 aus Idomeni / Durchsetzung der Relocation

### Kommunale Initiativen fordern Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland

Als im Frühjahr 2016 die Balkanroute geschlossen wurde, saßen plötzlich zehntausende Flüchtlinge in Griechenland fest. Die meisten von ihnen hatten darauf gesetzt, von dort nach Deutschland oder in andere europäische Länder weiterreisen zu können. In Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze harrierten Tausende unter katastrophalen Bedingungen aus in der Hoffnung, doch noch durchgelassen zu werden.

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht: die Grenze blieb dicht, das „wilde“ Lager Idomeni wurde aufgelöst und die dort lebenden Menschen in andere „offizielle“ Camps in Griechenland verlegt. Die Zustände dort sind allerdings keinen Deut besser: Die Lager sind oftmals überfüllt, es gibt keine angemessene medizinische Versorgung, die Verpflegung ist schlecht. Viele Camps befinden sich in abgelegenen Gegenden, die Geflüchteten leben in Zelten in verlassenem Industrie- und Lagerhallen ohne Heizung und ausreichende sanitäre Anlagen.

Damit wollten sich Aktive aus verschiedenen Flüchtlingsinitiativen in Deutschland

nicht abfinden. Seit dem Frühjahr haben sich in einer Reihe von Städten und Gemeinden Bündnisse formiert, die die schnelle Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland in ihrer Kommune fordern.

### Startschuss in Osnabrück – die Initiative „50 aus Idomeni“

Eine der ersten Initiativen entstand im März in Osnabrück. Den Startschuss gab eine Stadtteilgruppe, die schon seit längerem Flüchtlinge betreut und unterstützt hatte. Darunter waren etliche Geflüchtete, deren Verwandte oder Bekannte noch in Griechenland waren und die nun die geplante Weiterreise zu ihren Angehörigen in Osnabrück nicht mehr antreten konnten. So entwickelte sich die Idee, die Stadt Osnabrück dazu zu bewegen, sich zur Aufnahme von 50 Geflüchteten aus Idomeni bereit zu erklären und sich dafür auch bei der Bundesregierung einzusetzen. Es wurde ein Offener Brief mit dieser Forderung an den Stadtrat geschrieben, für den lokale Unterstützer\*innen aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsinitiativen und andere gewonnen wurden.

Gleichzeitig lancierte das inzwischen entstandene lokale Bündnis „50 aus Idomeni“ über WeAct! eine Online-Petition, die in kurzer Zeit von über 1500 Menschen unterschrieben wurde. Dazu kam eine intensive Pressearbeit sowie Hintergrundgespräche mit dem Osnabrücker OB, dem niedersächsischen Innenminister und den Ratsfraktionen – mit dem Ergebnis, dass der Stadtrat Mitte Juni mit den Stimmen aller Fraktionen (außer der CDU) einen Beschluss im Sinne des Offenen Briefs fasste.

### Das Beispiel macht Schule – andere Städte ziehen nach

Die Initiative aus Osnabrück fand bald Nachahmer in anderen deutschen Städten. „50 aus Idomeni“ hatte von Anfang an versucht, die eigene Aktion bundesweit bekannt zu machen und ähnliche Projekte in weiteren Kommunen anzustoßen. Denn den Aktiven war klar, dass – wenn überhaupt – nur eine breitere Bewegung von unten den notwendigen Druck erzeugen kann, um die Bundesregierung zur Aufnahme einer größeren Zahl von Geflüchteten aus Griechenland zu bewegen.

**Mittlerweile gibt es vergleichbare Bündnisse in Darmstadt, Hamburg, Hannover, Mainz, Marburg, Mannheim, Münster, Potsdam und im Wendland.**

Auch sie versuchen, Beschlüsse ihrer Stadträte zu erreichen, in denen die sich zur zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen in ihrer Stadt bereit erklären. Unterstützt werden diese Bestrebungen von Pro Asyl und verschiedenen Landesflüchtlingsräten. Eine Mailingliste sorgt für Informationsaustausch und Kontakt unter den bestehenden Initiativen.

Neben der lokalen Arbeit planen die aktiven Gruppen ab Ende Oktober eine bundesweite Online-Petition. Mit der wird die Bundes-

regierung aufgefordert, ihren Verpflichtungen aus dem „Relocation“-Programm der EU nachzukommen. Danach sollen bis September 2017 insgesamt 160.000 Flüchtlinge aus griechischen und italienischen Camps in die EU-Mitgliedsstaaten „umverteilt“ werden.

Dieses Programm wird von den meisten Staaten so gut wie gar nicht umgesetzt: bis heute sind gerade mal 6000 Menschen darüber aufgenommen worden. Auch Deutschland hat erst 216 von zugesagten 27.300 Plätzen zur Verfügung gestellt.

Links zu den örtlichen Initiativen:  
weitere Infos: [50ausidomeni](http://50ausidomeni)

**Initiativen in anderen Städten**

Darmstadt [verdoppelt](#) ( [Petition](#))

Hamburg [Offener Brief an Bürgerschaft und Senat](#)

Mainz: <http://welcome-mainz.de/griechenland/>

Mannheim [Save me Mannheim](#)

Münster:

Osnabrück: <http://50ausidomeni.de/>

Potsdam [Potsdam-Konvoi](#)

Wendland [Zuflucht Wendland](#)

**Petition:**

**Geflüchtete aus Griechenland und Italien nach Deutschland holen – Relocation jetzt umsetzen!**

Watch the med [AlarmPhone](#): Hotline for boatpeople in distress. No rescue, but Alarm.

Die große Flucht: Fluchtursachen, die Festung Europa, Alternativen - Der [Vortrag](#) wurde von Walter Listl auf der [attac Sommerakademie 2016 in Düsseldorf](#) gehalten.

*Die Internationale Liga für Menschenrechte e.V. verleiht in diesem Jahr die Carl-von-Ossietsky-Medaillen 2016 an: SOS Méditerranée e.V., zivile Organisation zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer und an den Dokumentar Fotografen Kai Wiedenhöfer (Berlin)*

**Wissenschaftlicher Beirat von Attac Deutschland**

## **Herbert Schui (1940-2016) ist gestorben - wir trauern um ihn**

Am 14. August ist Herbert Schui gestorben. Mit ihm verlieren wir einen authentischen wie charismatischen politischen Ökonomen, der über Jahrzehnte den intellektuellen Kampf gegen die Marktmythen der Neoklassik und des Neoliberalismus geführt hat.

Herbert Schui hatte seine wissenschaftliche Ausbildung als Volkswirt in einem klassischen bürgerlichen Milieu erfahren. Seine Promotion zur Geldtheorie in der Phase der französischen Planification schloss er bei dem Monetaristen Karl Brunner ab. In dieser Auseinandersetzung mit dem ökonomischen Mainstream entwickelte er sich zu einem kritisch-reflektierenden Wirtschaftswissenschaftler, wurde zu einem politisch inspirierten Keynesianer, der von den Arbeiten eines Michael Kalecki, einer Joan Robinson oder von Werner Hofmann inspiriert war. Er wurde zu einer treibenden Kraft der politischen Vernetzung kritischer Ökonominen und Ökonomen in der Bundesrepublik, war Gründungsmitglied der Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik, der Memo-Gruppe.

Noch bevor die neoklassisch/neoliberale Renaissance die wirtschaftswissenschaftliche Disziplin im Westdeutschland der 1980er-Jahren allmählich zu durchdringen begann und später fast vollständig erfasste, erhielt Herbert Schui eine Professur an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Er hat als prägender Hochschullehrer wesentlich dazu beigetragen, dass die HWP neben Bremen und Marburg zu einem universitären Zen-

trum heterodoxer Ökonomie und kritischer Sozialwissenschaft werden konnte. Tausende von Studierenden wurden von seiner charmanten akademischen Strenge inspiriert und – bei mancher Verzweigung über den Grad der Abstraktion – immer wieder durch ihn zum eigenständigen Denken inspiriert.

Sein Denken war komplex und interdisziplinär. Er war ein umfassend gebildeter politischer Ökonom, mit heutigen Worten gesprochen kann man ihn nur als heterodoxen Ökonomen bezeichnen, wenngleich ihm solche Zuschreibungen nicht geheuer waren. Seine niemals schwindende Neugierde war beeindruckend, gerade deshalb war er im Kuhn'schen Sinne ein echter Rätselföser, der frei dachte und sich auch an Themen heranwagte, die eigentlich nicht in das Arbeitsfeld eines Ökonomen passten. Das zeigt sich insbesondere an seinem Interesse für historische Fragen wie auch für psychologische Dimension, um zu verstehen wie Menschen handeln.

Das Werk von Herbert Schui hat deshalb viele Facetten: Als Keynesianer beschäftigte er sich neben Grundfragen der Wirtschaftstheorie mit speziellen Aspekten der Geld- und Verteilungstheorie. Bemerkenswert sind seine Studien zum grundsätzlichen Verständnis der Strukturen kapitalistischer Ökonomie, wobei er in seiner Grundsätzlichkeit stets streng logisch und niemals ideologisch argumentierte. Ab den 1990er-Jahren setzte sich Herbert Schui wie kaum ein anderer Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland mit der Genese des wissen-

schaftlichen Neoliberalismus auseinander, dessen Wirkmächtigkeit er früh erkannte. Er hat deshalb wesentlich zu einer intellektuell fundierten Kritik am Neoliberalismus beigetragen. Im Folgenden beschäftigte sich Herbert Schui intensiv mit dem Verhältnis von Demokratie und Ökonomie und untersuchte in diesem Zusammenhang die Wirtschaftsprogrammatische extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien in Europa. Dabei interessierte ihn insbesondere die Frage, warum sich diese Rechtsausleger immer wieder auf neoliberales Gedankengut beziehen.

In den 2000er-Jahren engagierte Herbert Schui sich unmittelbar politisch, wurde nach langer sozialdemokratischer Orientierung Mitglied der WASG und in der Folge ein aktiver Unterstützer beim Aufbau der Linkspartei. Von 2005-2010 wagte er einen Ausflug in die aktive Politik und war für Die Linke Mitglied des Bundestages.

Herbert Schui war vor allen Dingen auch ein großzügiger und humorvoller Rheinländer mit frankophoner Orientierung, ein offener Kulturbürger, der es verstand das Leben zu genießen. In diesem Sinne stoßen wir auf Dich Herbert an, mit einem guten Glas Bordeaux: *Mach et jot.*

Für die Steuerungsgruppe des [Wissenschaftlichen Beirats](#) von Attac, Ralf Ptak

**Nachruf von Rudolf Hickel in der [FR](#) (18.8.2016)**

## Attac Österreich

# Konferenz: Sackgasse EU. Wie kommen wir da raus?

Freitag/Samstag, 18./19. November 2016, VHS polycollege Margareten, Stöbergasse 11-15, 1050 Wien

### Positionen und Strategien jenseits des irreführenden Gegensatzes „EU reformieren - oder austreten“

Ob europäische Kürzungs-, Handels- oder Flüchtlingspolitik: Die letzten Jahre haben gezeigt, wie sehr die Europäische Union dem guten Leben für Alle im Weg steht. Mit der Griechenland-Erpressung im Sommer 2015 und dem Brexit gewinnt die Debatte um die EU in der Zivilgesellschaft neue Brisanz. Denn bisher wird öffentlich vor allem die Kritik der extremen Rechten an der Union wahrgenommen. Progressive Kräfte kommen dagegen kaum zu Wort. In ganz Europa überdenken Linke, soziale Bewegungen und die

Zivilgesellschaft ihre bisherigen Positionierungen zu EU und Euro. Die Erfahrungen der letzten Jahre legen nahe, dass die EU nicht progressiv reformierbar ist und, im Gegenteil, progressive politische Spielräume immer weiter einschränkt. Es fehlt aber eine klare Perspektive wie es weitergehen kann: Forderungen nach einem "Lexit", einem Austritt von links, oder nach einer Neugründung der EU sind umstritten.

Ziel der Konferenz ist es, Positionen und Strategien jenseits des irreführenden Gegensatzes „EU reformieren - oder austreten“ zu entwickeln und neue Handlungsmöglichkeiten zu schaffen.

[Programm](#) Anmeldung: [www.attac.at/sackgasse-eu.html](http://www.attac.at/sackgasse-eu.html)  
[Tagungsmappe](#) mit allen Details



### Étienne Balibar: Europa: Krise und Ende?

aus dem Französischen übersetzt von  
Frieder Otto Wolf

Étienne Balibar ISBN: 978-3-89691-842-0  
276 Seiten Preis: 24,90 € Erschienen:  
2016, [Dampfbboot-Verlag](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

Videoaufzeichnung von "[Europe, EU: Crises and Crash?](#)" mit Étienne Balibar vom 24.06.2016 in Berlin ([Video hier](#))

## EUROPÄISCHE KONFERENZ RIGHTS 4 ALL NOW!

**Soziale und Arbeitnehmerrechte in Zeiten von Austerität und Deregulierung  
Verstärkung und Vernetzung der Kämpfe in Europa  
BRÜSSEL – 25&26 NOVEMBER 2016, Rue Pléinckx 19 Pletinckxstraat**

*Wenn wir unser eigenes Europa bauen wollen, müssen wir die Regeln der EU in Frage stellen. Das Versagen der EU-Wirtschaftspolitik, die autoritäre Politik und die Delegitimation ihrer Bürokratie sind der Nährboden für nationalistische und fremdenfeindliche Stimmungsmache, die Demokratie und Frieden bedroht.*

*Was uns von den europäischen Eliten als Zukunftsmodell vorgeschlagen und von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten mitgetragen wird, wird diese Widersprüche noch verstärken: Der Fünf-Präsidenten-Bericht, das REFIT-Programm und die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA werden – unter dem Druck der Schuldentilgung und der Wettbewerbspolitik – die Errungenschaften der Arbeitskämpfe und Widerstandsbewegungen eines ganzen Jahrhunderts bedrohen.*

*Dennoch haben wir auf Europa gesetzt. Europa mit seiner Geschichte derselben Kämpfe und als Ort unserer gemeinsamen Kämpfe. Europa als Ort der grenzüberschreitenden Solidarität im Kampf gegen die ungeheure Kapitalmacht als Antwort auf die globalen Herausforderungen der Menschheit. Dieses Europa kann nur durch die Vernetzung lokaler Kämpfe und auf der Basis einer umfassenden Analyse der EU geschaffen werden, die zum größten Gegner unseres europäischen gesellschaftlichen Erbes geworden ist.*

### 25. November 2016

**10 - 13 Uhr: Plenum**

**14 - 18 Uhr: WORKSHOPS**

- Kämpfe gegen Klimawandel und Austerität -Kann der ökologische Umbau das uns einende Ziel sein?
- Zusammenführung der Kämpfe, Brücken zur Einheit bauen
- Widerstand 2.0: Veränderungen in Produktion und Wirtschaft durch Technologie - Antworten auf eine neue Arbeitswirklichkeit entwickeln
- Verteidigung und Förderung der Gemeingüter und der öffentlichen Dienste

### 26. November 2016

**9.30 Uhr – 11.30 Uhr: Workshops (Fortsetzung)**

**12 Uhr - 16.30 Uhr: Plenum:**

**Ergebnisse - Eine gemeinsame Agenda aufbauen!**

*Alle Veranstaltungen werden übersetzt ins Deutsche, Englische, Französische, Spanische. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg Stiftung (Brüssel), von transform! und Attac Deutschland*

Eine Initiative des **ALTER SUMMIT** [Online-Registrierung](#)